

Ulrich Eisel

NATUR- RECHT IM WIDER- SPRUCH

Das ambivalente System
der Demokratie unter
dem Druck von Tech-Kapital
und völkischer Politik

[transcript]

Ulrich Eisel
Naturrecht im Widerspruch

Ulrich Eisel (Dr. rer. nat.), geb. 1941, lehrte Sozialwissenschaftliche Humanökologie (später umbenannt in Kulturgeschichte der Natur) am ehemaligen Fachbereich 14 Landschaftsentwicklung der Technischen Universität Berlin (später Fakultät VI: Planen, Bauen, Umwelt).

Ulrich Eisel

Naturrecht im Widerspruch

Das ambivalente System der Demokratie unter dem Druck von Tech-Kapital
und völkischer Politik

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY-SA 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Ulrich Eisel

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG (Text und Data Mining) zu gewinnen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Rechteinhaber*innen untersagt.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839477168>

Print-ISBN: 978-3-8376-8141-3 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7716-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung: Natur- und Umweltschutz als kapitalistisches Anliegen	9
Paradoxe Umbruch: Subjektivität im Niedergang – Selbstbestimmung im Vormarsch	15
Problemvergewisserung: Emanzipation erzeugt Unmut.....	27
Naturgegebenheit und völkische Tradition	33
Bürgerrechte im Widerspruch: Politischer Widerstand als öffentliche Angelegenheit und tugendsame Staatstreue durch Selbstbefreiung.....	39
Konservativer Liberalismus	59
Identität gegen Vielfalt gegen Identität durch Vielfalt	67
Grüne Besserwisser	79
Der völkische und rassistische Unterbau.....	85
Drei Ideen von Selbstbestimmung	89
Exkurs: Der rassistische Bodensatz der modernen Gesellschaft	95
Der Republikanismus ist theologisch ausbaufähig	111

Zur Weltlage	121
Anschlüsse und Ausschlüsse: Demokratie als fauler Kompromiss	
Der Konservatismus im demokratischen Spannungsfeld	133
Über ökologisch angepasste Naturnutzung, die Permanenz	
von Naturzerstörung und die beiden Ausrichtungen grüner Politik	141
Naturrecht im Widerspruch – eine kritische Rekapitulation	
mit Klarstellungen.....	147
Digitalisierte Kapitalverwertung, digitalisierter Stalinismus	
und degenerierter Republikanismus – mit Folgerungen	
zur Diskriminierung von aufgeklärter Wissenschaft.....	157
Wunsch und Wirklichkeit: Über politische Selbstblockaden	169
Danksagung	175
Literatur	177

Vorbemerkung

Die bürgerliche Gesellschaft ist zwei fundamentalen Transformationen ausgesetzt. Zum einen gerät das politische System der Demokratie weltweit unter Druck. Der Druck resultiert nicht mehr aus einer Konkurrenz zum sozialistischen System, sondern aus den Globalisierungsprozessen des Kapitals, der Digitalisierungstechnologie und dem inneren Widerspruch des demokratischen Prinzips überhaupt. Dieser Widerspruch wird unter den beiden anderen Bedingungen sowie der US-amerikanischen Politik signifikant. Er bietet nationalistischen, rassistischen und faschistischen Denkweisen sowie den entsprechenden politischen Gruppierungen das geeignete Einfallstor für ihre Einflussnahme auf das demokratische Geschehen. In der vorliegende Arbeit wird diese Transformation des demokratischen Systems behandelt.

Zum anderen verändert sich das ökonomische Ausbeutungsgeschehen der Natur grundlegend. Die Natur wird als wertvolle ökonomische Ressource politisch anerkannt und auf neuartige Weise in die Kapitalverwertung einbezogen. Dieser Themenbereich flankiert das genannte demokratietheoretische Problem und wird daher zunächst einleitend umrissen. Ausführlich wird die Thematik in einer anderen, parallel erscheinenden Arbeit entfaltet (Eisel 2026). Die Einleitung fasst daraus einige der für das Verständnis des vorliegenden Textes notwendigen Aspekte knapp zusammen. Die andere Thematik, die den gesamten Text durchzieht und in wechselnden Kontexten ihre fundamentale Bedeutung dokumentiert, ist die Idee der Individualität und Selbstbestimmung in ihrer Funktion, die politischen Philosophien und auch das

ökologische Paradigma sowohl zu differenzieren als auch trotz ihrer Differenzen anschlussfähig zu halten.

Einleitung: Natur- und Umweltschutz als kapitalistisches Anliegen

Das, was in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft sowie ihrer kurzzeitigen, aber schief gegangenen »Überwindung« in den sozialistischen Gesellschaften »Naturbeherrschung« genannt wurde, nimmt neue Formen an. Die Aneignung von Natur im industriellen Produktionsprozess einschließlich der industriellen Landwirtschaft besteht weiterhin und wird immer ausgeklügelter organisiert. Zugleich transformiert sich das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur. Die Natur wird als ökologisches System nicht nur in der ökologischen Teildisziplin der Biologie theoretisch beschrieben, sondern auch politisch in der Weise als »Umwelt« gewürdigt, dass ihr Überlebensrechte zugebilligt werden. Die beziehen sich vorrangig darauf, dass ihre ökonomische Ausbeutung nicht mehr allein dem Verwertungskalkül von Kapital überlassen wird. Für die ökonomische Aneignung von Natur werden Auflagen erteilt, die deren ökologischen Gesetzmäßigkeiten Rechnung tragen sollen.

Das hat zu Folge, dass die Kapitalverwertung zur Natur in ein ganz anderes Aneignungsverhältnis gerät. Was – seit der Antike – als »freies Gut« im Sinne eines gewaltigen Reservoirs von nutzbar zur Verfügung stehenden, unentgeltlichen natürlichen »Dienstleistungen« im ökonomischen Kalkül eingesetzt wurde, das heißt nicht einkalkuliert werden musste, verursacht nun Kosten. Damit sind nicht die Rohstoffe gemeint, die als »Arbeitsmittel« eingesetzt schon immer ökonomisch bilanziert wurden, sondern ökosystemare Funktionen wie Selbstregenerations-

mechanismen der Natur, die dem Überleben der menschlichen Gattung dienen.

Die neue Art von geldförmiger Wertigkeit der Natur kann auf das Marktgeschehen bezogen werden, so zum Beispiel durch den Handel mit Umweltzertifikaten. Darüber hinaus stellt sich das Problem, wie auch die Produktion von Waren so auf die Natur bezogen werden kann, dass der Schutz ökologischer Systeme dadurch gewährleistet wird, dass deren Funktionsweise Geldwert erhält. Jener Status, ein frei verfügbarer Bereich von Ressourcen für die Warenproduktion zu sein, muss derart transformiert werden, dass der Ressourcenschutz den ökonomischen Nutzer Geld kostet und eben dies ökologisch positiv zu Buche schlägt. Es entstand eine »Umweltpolitik«, und es werden »Umweltauflagen« für die Produktion von Waren gemacht. Ihre Einhaltung wird finanziell honoriert durch Steuererleichterungen, Subventionen, Abschreibungsmöglichkeiten usw. Der Staat (und damit die Steuerzahler) alimentiert die Kapitalverwertung dafür, dass sie ökologische Naturgesetze beachtet. Auf diese Weise erhält die zuvor wertlose Natur Geldwert. Aber das Geld kann natürlich nicht an die Natur ausgezahlt werden. Verträge mit der Natur können nur indirekt abgeschlossen werden. Der »Lohn« für ihre Leistungen besteht in ihrem Schutz als solchem. Dennoch muss in einem kapitalistischen System, das ökonomisch gesehen der »Wertform« unterliegt, in irgendeiner Weise dieser »Schutzlohn« in Geld berechnet und bilanziert werden; »Wertform« bedeutet hierbei, dass die »Wirtschaft der Gesellschaft« (Luhmann) ein Bereich ist, in dem und dem zufolge alle Produktionsprozesse Waren zum Ergebnis haben. Der Warentausch wirft auf einem Markt Gewinn in Geld ab. Warengesellschaften setzen die Wertform als Maß von gesellschaftlicher Geltung durch, das heißt Geltung wird in Geld ausgedrückt und gehandhabt. Die Natur erhält damit den Status eines indirekt, das heißt via jener staatlichen Zuschüsse für das Kapital, definierten Rechtssubjekts – der Terminus »Natursubjekt ist dafür in Anlehnung an die Philosophie im ökologischen Diskurs gebräuchlich.

Der andere Weg, die Ökosysteme ökonomisch zur Geltung zu bringen, besteht darin, dass Innovationen im Bereich der Produktionsprozesse auf nachhaltig hergestellte Naturprodukten abzielen und

dem Schutz von ökosystemaren Eigenschaften der Umwelt entgegenkommen. Die Kapitalverwertung wird – ausgerichtet an nationalen umweltpolitischen Zielen sowie insgesamt am planetarischen Krisenmanagement – durch die spezifisch Erweiterung der Produktpalette direkt, ohne den Umweg über Subventionen, vom Kapital selbst ausgebaut. Das gilt insbesondere mit Blick auf zukünftige Trends des (dem Natursubjekt politisch und ideologisch dienlich gemachten) ökopolitisch korrekten Konsumverhaltens.

Neu ist in beiden Fällen, dass damit die Kapitalverwertung auf die freie Ressource »Umwelt« derart eingestellt wird, dass ökosystemare Funktionen auf zwei Wegen monetarisiert werden. Dieser Transformationsprozess, der den ökologischen Zustand der Natur in den Status eines ökonomisch bilanzierten gesellschaftlichen Gutes überführt, stellt eine grundlegende Neuerung in der kapitalistischen Produktionsweise dar. Die Natur steht nicht mehr der Gesellschaft und den Subjekten als Objektivität in der Weise gegenüber, wie sie durch die bisherige Art der Warenproduktion als eine ausgegrenzte Umwelt, die aber durch ihre freie Nutzung dennoch in den ökonomischen Prozess einbezogen wird, unentgeltlich genutzt wurde. Sie wird nun durch kapitalistisches Innovationskalkül, geeignet staatlich gewährleistete ökonomische Bewertung, politische Fürsprache durch Parteien und juristische Anerkennung in den ökonomischen Prozess als anerkannter Wertträger integriert.

Die geophysikalischen und ökologischen Eigenschaften des Planeten haben nunmehr also gesellschaftlichen Status in dem Sinne, dass ihre kategorielle Negation von Subjektivität außer Kraft gesetzt ist. Sie werden paradox als ein gesellschaftliches Geschehen anerkannt, indem ihre ökologischen Funktionen Geldwert erhalten, aber eine Welt bleiben, die die Gesellschaft »umgibt«. Daraus folgt, dass Natur- und Umweltschutz als staatliche Maßnahme, als ökonomisches Kalkül und als grüne Politik eine neue Form und Stufe der Selbstverwertung des Werts durch Kapitalbildung ist. Unbenommen bleibt, dass es sinnvoll ist, die Natur zu schützen, auch wenn Nachhaltigkeit die Welt nicht rettet, sondern eine erweiterte Optimierung von Kapitalverwertung ist.

Diese Konstellation der Transformation des gesellschaftlichen Status hat eine Parallele im Inneren der Gesellschaft. Dort fungiert die Hälfte der Weltbevölkerung auf die gleiche Weise als frei verfügbares Reservoir an natürlichen Ressourcen. Die Frauenrolle deklariert die Frauen im Verhältnis zu den Männern als Naturwesen – kulturgeschichtlich vor allem festgemacht an ihrer Funktion als Gebärerinnen von Leben. Produktive Subjektivität wird den Männern zugeschrieben, reproduktive Subjektivität den Frauen. Offenbar gilt: Produktivität ist eine gesellschaftliche Funktionsweise; sie bringt die Gesellschaft voran. Reproduktivität ist eine Naturfunktion, die das Fortschrittsgeschehen untermauert und es auf grundlegende Weise aufrechterhält. Die Nutzung der reproduktiven Funktionen wird wie eine Art von selbstverständlicher Tributpflicht organisiert. Es werden ohne Vertrag vielfältige Leistungen einer naturgegebenen Instanz angeeignet, und der Ehevertrag sanktioniert dies gerade in seiner Naturgegebenheit als göttlichen Willen. Allerlei Liberalisierungen ersetzen dann zunehmend Gottes Willen durch die Idee der Natur und fixieren den Naturstatus der Frauen endgültig; die Frauenrolle wird aufgeklärt modernisiert.

Das kulturelle Klischee hat eine ökonomische Funktion, die mit der Entstehung jenes ökologischen Natursubjekts in Verbindung steht. Wenn in der industriekapitalistischen Produktionsweise die Arbeitskraft der Arbeiter und Arbeiterinnen für die Produktion von Waren eingesetzt und dafür entlohnt wird, so sind in diesem Lohn die Leistungen bereits eingepreist, die diese Arbeitskraft in ihrer Reproduktionssphäre regenerieren; das heißt, die Leistungen werden behandelt als seien sie wertmäßig nicht existent. Das trifft zu, insofern sie einfach ausgenutzt werden, und es trifft nicht zu, insofern das dem Wertschöpfungsprozess zu Gute kommt. Sie werden als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, die nicht in Lohnverhandlungen im Arbeitskampf Gegenstand einer Diskussion über angemessene Bezahlung von produktiver Arbeit werden kann. In der Reproduktionssphäre gehört es zur Frauenrolle durch Hausarbeit, Liebe, Fürsorglichkeit, Sinnlichkeit und Erotik, zuvorkommende Freundlichkeit, Hauptverantwortlichkeit für die Kinderaufzucht tagtäglich die Arbeitskraft aufzumöbeln, so dass sie dem ökonomisch bilanzierten Arbeitsprozess einigermaßen regeneriert zur Verfügung

steht. (Für die entlohnt im Produktionsprozess tätigen Frauen nennt sich diese Reproduktionsfunktion »Doppelbelastung«; sie wird allseits schlechten Gewissens, ambivalent lobend eingestanden.) Für den Sozialismus galt mit geringen Abweichungen das Gleiche.

Aber die Frauenrolle steht in der Kritik. Es gibt einen vergleichbaren Transformationsprozess des Naturstatus der Frau wie im Falle des Raubs an ökologischen Ressourcen. Der Feminismus und der Ökologismus sind parallellaufende Prozesse der gesellschaftlichen Rehabilitation und Emanzipation. Genderpolitik und grüne Politik weisen bislang Naturgegebenem – mehr oder weniger erfolgreich – den Status gesellschaftlicher Geltung zu. Das bedeutet, Frauen und Ökosysteme beanspruchen und erhalten bzw. befestigen ihren Subjektstatus, der sie im demokratischen System den politischen Ideen von Freiheit und Gleichheit unterstellt. Ihre Geltung bemisst sich an ihrer Gleichstellung als handelnde Individuen – im Falle der ökologischen Natur auf die geschilderte indirekte Weise. Hier überschneiden sich die geschilderte Problematik eines neuen Verhältnisses zwischen Kapital und Natur und die demokratiethoretische Fragestellung dieses Buches.

Der gesellschaftliche Umbruch, der einerseits das Kapital in seiner Funktion, Ort gesellschaftlicher Naturaneignung zu sein erfasst hat und nun der Natur Subjektstatus beimisst, und andererseits an der Frauenrolle rüttelt, geht damit einher, dass die Idee vom Subjekt verschwimmt. Die reproduktiven Bereiche – das was »Natur« war – werden in die Welt der Selbstbestimmung transformiert. Für die objektive Natur der Ökosysteme wird das durch juristische, politische und ökonomische Stellvertretung organisiert. Ebenso kommt jene innergesellschaftliche »Natur« in den Genuss gesellschaftlicher Geltung. Damit gerät Vieles, das bisher als naturgegeben gesehen und gelebt wurde, in einen Sog des Anspruchs auf Selbstbestimmung. Dieser Trend unterliegt zwangsläufig den Kriterien, die Selbstbestimmung zu definieren erlauben. Das sind die demokratischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Sie wurden in der bürgerlichen Revolution als Naturrechte, das heißt als das, was die Natur aller Menschen gleichermaßen auszeichnet und gerade von der objektiven Natur abhebt, definiert. Das erstritten die französische Aufklärung und Revolution.

Dem Zusammenhang von Selbstbestimmung, Gleichheitsprinzip und staatlicher Aufsicht über die Verwirklichung von beidem durch einen politisch und rechtlich garantierten Status steht eine konkurrierende Definitionen von Naturrecht gegenüber, die ebenfalls die bürgerliche Revolution gegen den Absolutismus trug. Sie war Ausdruck der Logik der neuen, industriekapitalistischen Produktionsweise und auf deren politische Absicherung eingestellt. Die im Liberalismus in gleichlautenden Begriffen formulierten Ideale, bedeuten aber etwas völlig Anderes als im französisch-revolutionären Kontext. Der Liberalismus besteht auf der Begründung von gesellschaftlicher Geltung durch Naturgegebenheit und Tradition. Das widerspricht nicht der gleichzeitigen Verherrlichung von Fortschritt. Fortschritt ergibt sich aus uneingeschränkter Naturbeherrschung und dem naturgegebenen Drang, Bedürfnisbefriedigung, persönlicher Unabhängigkeit vom Staat und Wohlstand gesellschaftlich Rechnung zu tragen.

Diese beiden Theorien des naturgegeben Rechts auf Selbstbestimmung stehen in Konkurrenz zueinander. An ihrem Verhältnis entzündet sich die politische Kontroverse über den Charakter von Demokratie. Die Auseinandersetzung reagiert auf die aktuelle technologische und ökonomische Umbruchsituation, in der die Idee der Subjektivität zunehmend diffus wird.

Paradoxe Umbruch: Subjektivität im Niedergang – Selbstbestimmung im Vormarsch¹

Im Hinblick auf die Frauenrolle gibt es seit langem einen schleichenden, mühseligen Übergang von der überwiegenden Reproduktionsfunktion zur anerkannten Ausbeutung in der normalen Arbeitswelt – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der tributären Leistungen, die aus der Frauenrolle folgen. Der doppelbödige Prozess dieser politischen und ökonomischen Anerkennung durch allerlei Gesetze, Verordnungen, Appelle und Sprachregelungen kann in seiner diffusen Komplexität hier nicht dargestellt werden;² der Status der Frauen bleibt mehrschichtig, aber die Tendenz der Kapitalisierung einer neuen Produktivkraft, wenn auch überwiegend immer noch unter ideologischer Zuweisung spezifisch »naturnaher«, »sinnlicher« und »emotionaler« Qualitäten – insgesamt neu geheiligt und benannt als angeblich ganz andere Formen der Produktivität, Aufmerksamkeit und Kommunikation –, ist unübersehbar. Ironischerweise dokumentiert und realisiert sich der Veränderungsprozess eher darin, dass den Männern Reproduktionsfunktionen zumutet und vergütet sowie allerlei »softes« Gehabe erlaubt werden. Das heißt, die Frauenrolle und -situation ändert sich marginal

-
- 1 Dieser Zugang zu der Abhandlung über den weltweiten Angriff auf Emanzipationsbestrebungen, die »woke« genannt werden, ist eine gekürzt umgearbeitete Fassung des abschließenden Ausblicks in Eisel 2026.
 - 2 Ausführlich zur polit-ökonomischen Reflexion der Frauenrolle Saave 2022.

unter anderem dadurch, dass sie kopiert wird und den Frauen etwas abgenommen wird, was zuvor Pflicht war.

Was deutlich wird als übergeordnete Entwicklung, ist der gesellschaftliche Umbruch im Hinblick auf die Ebene, auf der auch die materielle Natur der Subjekte einen nunmehr paradoxen Status erhält: die Ebene der Geschlechterzugehörigkeit. Nicht nur die Rollenebene, sondern der biologische Status der Subjektivität im Rahmen sexuellen Verhaltens beginnt sich im gesellschaftlichen Bewusstsein aufzulösen. Es wird den Individuen zugestanden, ihre sexuelle Identität selbst zu »entdecken«, frei zu wählen und juristisch festzusetzen. Aus dem natürlich Gegebenen wird gesellschaftlich Verfügbares, das aber damit erst recht als natürlich gelten soll. Das umgibt gewissermaßen – vom Kampf der Frauen gegen ihre Rolle angestoßen – als kulturelle Liberalisierung von Subjektivität die ökonomische Transformation der Frauenrolle. Traditionelle Definitionen von naturwüchsiger sexueller Gegebenheit und Geltung lösen sich auf. Nicht nur die materielle Natur wird Subjekt, sondern – umgekehrt – auch subjektive Körperlichkeit wird kulturell verfügbar. Der Ebenenwechsel nützt langfristig dem Kapital; es könnte Produktivkraft aus der Legalisierung von Subkulturen gewonnen werden;³ in medialen »Events« hat das bereits begonnen. Nicht nur die Vielfalt von persönlichen Eigenarten, die – differenziert innerhalb der Männer- und der Frauenrolle – Individualität ausmacht, hat Geltung; auch die Mannigfaltigkeit von Andersartigkeiten – über die Varianten jahrtausendealter homosexueller Praxis hinaus – wird politisch anerkannt. Die Verwirklichung von Individualität knüpft sich an ein allgemeines Einheitsprinzip der *selbstverfügbaren Umwandlung* zu möglicher Andersartigkeit auf einer Ebene, die bis anhin als naturhaft festgeschrieben galt. Die moderne Kultur diversifiziert sich weiter. Individualität bedeutet nicht nur, alles nur *Erdenkbare* aus sich machen zu können, sondern auch alles körperlich Erfahr- und Herstellbare. Biologische Besonderheiten und körperliche Manipulationen können als gesellschaftlich allgemeingültig eingeklagt werden. Damit wird

3 Zur Reproduktionsfunktion der Subkulturen als ungewollter, gewissermaßen natürlicher Bodensatz gesellschaftlicher Produktivität vgl. Eisel 1986, Kap. 5.

demokratieimmanent das Gleichheits-, Freiheits- und Pluralismusprinzip emanzipatorisch fortgeschrieben. Aber auf der kulturellen Ebene deutet sich mit der forcierten Emanzipationspolitik ein tiefer werdender Bruch an, dessen Erscheinungsformen – ironischerweise – demokratieimmanent dann wieder in aufklärerischer naturrechtlicher Tradition als moralisch zuzugestehende Erweiterung von Naturgegebenheit proklamiert werden. Identität wird immer undeutlicher und damit kontrovers.

Dieser Wandel zeigt sich auch – buchstäblich – an der Oberfläche der Subjekte. Die individuelle Gestaltung des Selbst wird zunehmend auf die Körper ausgedehnt. Die Veranschaulichungen der Körperoberflächen sind darauf angelegt, das Naturgegebene ungeschehen zu machen. Tattoos überdecken große Hautflächen, ohne dass das etwa noch etwas mit der Selbststigmatisierung von Gefängnisinsassen oder Rocker-Banden zu tun hätte; es ist im Gegenteil der Versuch, eine neue exklusive Normalität der künstlichen Selbstverfügung zu schaffen. Körperbehaarung wird entfernt. Modische Frisuren jeder erdenklichen Art sind konsequent darauf abgestellt, dass in Schnitt und Farbe alles verhindert wird, was dem einhegen und zugleich Veranschaulichen natürlicher Wuchsformen Vorschub leisten würde. Frisuren gab es schon immer, aber nun werden sie zum demonstrativen Mittel der beliebig verfügbaren Modellierbarkeit des Kopfes. Natürliche Körperlichkeit wird verdeckt durch ambitionierte Übermalung und Umgestaltung. Die Differenz zu ebensolchen Praktiken körperlicher Verwandlung in früheren und anderen Kulturen besteht darin, dass alle Zeichen auf nichts mehr verweisen, außer auf das Selbst – was naheliegt in einer Kultur der Selbstbestimmung.

Der Entnaturalisierung widersprechen nicht die parallellaufenden Praktiken der Hinwendung zu den eigenen Körpern, das heißt dem Fitness-Kult sowie der Sorgsamkeit um gesunde Ernährung und körperliche »Wellness« aller Art. Insofern sich hierbei der Natur angenähert wird, kommt das mit der Abwendung auf der Ebene der körperlichen Gestalt- und Schönheitsideale sowie von naturwüchsiger Sexualität darin überein, dass auch in all diesen Fällen der pfleglichen Naturbewusstheit die subjektive Körperlichkeit der eigenen Selbstgestaltung

und Selbstverantwortung übergeben wird. Sowohl die Funktionsweise als auch die Ausdrucksmöglichkeit menschlicher Körper wird übergreifend zum kulturellen Tatbestand und auch bewusst in diesem Sinne programmatisch postuliert.

Selbst der eigene Leichnam ist nicht vor der Selbstbestimmung sicher. Begräbnisformen aller Art werden Mode und darin sukzessive legalisiert: Asche kann verstreut werden im Wald, in Flüssen, im Meer oder auch aufgeteilt werden unter Familienmitgliedern und Freunden, aber auch zu einem Diamanten kristallisiert werden – so kann die Oma selbst bestimmen, dass sie sich am Ohr des Enkels weiterhin verwirklicht sehen kann. Urnen können beigesetzt werden auf dem Friedhof, im Wald oder zu Hause im Garten oder aber auf dem Regal – in manchen Staaten bereits bewilligt, in anderen geplant. Es gilt nun geschlechtsunabhängig bis zuletzt, auch wenn er schon nicht mehr über sich verfügen kann: »Mein Körper gehört mir«. Das Subjekt ist seiner Natur mächtig, selbst wenn es sich dessen nur noch als selbstverfügte Leiche bestätigen kann. Die Selbstbestimmung macht vor nichts Halt; auch das Naturgegebense fällt der Emanzipation zum Opfer: der Tod.

Dem Trend der subjektiven Verfügung über das Naturgegebene entspricht die gesellschaftliche Hinwendung zur objektiven Natur in allen Formen des ökologischen Bewusstseins und der Umweltpolitik. Diese Anerkennung, Besorgtheit und moralische Normierung gestaltet sich – wie oben beschrieben – als Bestrebung der Anerkennung eines »Natursubjekts«. Damit wird nicht mehr nur eine Denkfigur der idealistischen Philosophie formuliert. Vielmehr wird der materielle Objektstatus der Natur durch gesellschaftliche Maßnahmen so konstituiert, dass die natürlichen evolutionären und ökologischen Funktionsweisen von der Fortpflanzung und der Artenvielfalt bis zur Schönheit der Landschaft – und sei es die der Wildnis – dem politischen, ökonomischen und ethischen Regime der Subjektwelt unterworfen werden. Die Natur wird zum »höchsten Gut« erklärt – oder zumindest zu einem der höchsten Güter – und gerät damit in Konflikt zu den bisherigen höchsten Gütern humanistischer und demokratischer Vergesellschaftung: der Freiheit und Menschenwürde des Individuums. Denn diese Güter erhalten ihren

Status nur im fundamentalen Kontrast zur Natur als Nicht-Subjekt.⁴ Der Widerspruch kann nur entschärft werden, wenn die Natur mit ihren eigenen – ökologietheoretisch objektivierten – Belangen der Seite der Subjektivität zugeschlagen wird. Das gelingt, indem man die alles übergreifende Idee des Lebens einsetzt. Das Leben soll nicht nur frei und würdevoll gelebt werden, sondern es soll, damit in einer ökologisch definierten Einheit mit der Natur überlebt werden kann, auch der Natur ihre Würde zuteilwerden.⁵ Das wird kapitalistisch organisiert und ökologisch normiert, weil die neuen Interessen des Kapitals, das heißt jene neue Konstellation der Produktionsweise, ein »Umdenken« erzwingen. Die den Menschen gegenüberstehende objektive Natur ist dann dem kulturellen Subjektivierungsprozess einverleibt und bildet eine Einheit mit den selbstgestalteten und selbstverantworteten Körpern. Der gesellschaftliche Impuls zur Denaturalisierung der Körper und kulturellen Ausweitung natürlicher Selbstbefindlichkeit ist koordiniert mit dem Impuls zur Priorisierung des ökologischen Bewusstseins und der Sorge um den Planeten. Die Ausweitung der Idee und der Praktiken der Selbstbestimmung integriert die paradoxen Ebenen. Die demokratische Modernisierung kommt voran.

Dem stellen sich konservative Bewegungen, Politiker, Parteien, Religionen aller Art, Verschwörungstheoretiker und Modernisierungsverlierer, aber auch dogmatisch republikanische Demokraten zunehmend entgegen. Sie bestehen auf evolutionärer und genetischer Naturgegebenheit und darauf, dass eine gesellschaftlich verursachte ökologische Krise nicht existiert, so dass die Natur keiner Würdigung bedarf. Im letzteren Fall hat die Natur nicht nur den Status fragloser Gegebenheit,

4 Vgl. die für das aufgeklärte moderne Bewusstsein, bis in die juristische Festlegung des Dingcharakters von Tieren hinein wirksame, konstitutive Begründung für die Exklusivität menschlicher Subjektivität durch Kant. Vgl. zu den Folgen für die Ethik Maurer 1982 und 1988 sowie allgemein zur ökologischen Ethik Eisel 2009a und Nagel, Eisel 2003.

5 Das zeigt sich darin, dass zum Beispiel im deutschen Bundesnaturschutzgesetz in der »Eingriffsregelung« der Natur im ökologischen Sinne durch die Regelung von Verantwortlichkeiten im Falle ihrer Beeinträchtigung de facto Eigenrechte des Überlebens zugesprochen werden.

sondern daraus abgeleitet auch den der grundsätzlich ausbeuterischen Verfügbarkeit.

Die Entwicklung geht einher mit einem weiteren Umbruch. Die geistige Natur der Subjektivität, das Bewusstsein in der Gestalt logischer Vermögen der Vernunft sowie der heuristischen Vermögen der Einbildungskraft wird in der digitalen Revolution und insbesondere in der Erstellung von lernenden Algorithmen und Maschinen mit künstlicher Intelligenz in den Warenproduktionsprozess und die Prozesse der Geldzirkulation (vgl. Vogl 2021) eingebaut. Das ist eine andere Ebene als jene, auf der über das handwerkliche Erfahrungswissen hinaus mittels Wissenschaft die Fabrikarbeit rationalisiert wurde. Nun wird nicht nur die »abstrakte Arbeit«, sondern auch der in Prozessen des Bewusstseins verwirklichte Aspekt »lebendiger Arbeit« ersetzt, um den Einsatz des konstanten Kapitals in Verbindung mit dem variablen gewinnbringend zu erhöhen und autonom umstrukturieren zu können. Kreative produktive Leistungen, gewissermaßen Leistungen individueller natürlicher Lebendigkeit, die bislang naturwüchsig zur Verfügung standen und ausgeraubt wurden, bilden die Einheit eines Bereichs, der nun kapitalistisch industrialisiert wird. Für die kognitive Erziehung und die ideelle Produktion kündigen sich jedoch unlösbare Probleme der technischen und ökonomischen Vergesellschaftung der Kopfarbeit durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz an: die Idee der Subjektivität und alles, was an der Würde von Individualität normiert ist, beginnt sich aufzulösen in einer unkontrolliert ausufernden virtuell-realen Mischwelt.

Damit wird das Zentrum der abendländischen Idee der Subjektivität attackiert und auch in diesem Sinne – wach und besorgt oder diffus fortschrittsfeindlich – registriert. Insbesondere die digitalisierte Veröffentlichung des globalen Kommunikationsgeschehens, das heißt die Manipulationsmöglichkeit der Verständigung zwischen den Subjekten des gesamten Erdballs und die in die individuell authentische Wahrnehmung eindringende virtuelle Realitätsschicht, in der die Bilder nicht mehr an die Welt anknüpfen, sondern semiotisch generiert werden, bemächtigen sich der Subjektivität; sie lassen sie verschwimmen. Hält man sich die Entwicklung der künstlichen Intelligenz im Sinne der Ar-

tificial General Intelligence vor Augen, so potenziert sich das Problem. Die Subjektivität der bisherigen Nutzer der Systeme gründete in letzter Instanz noch in der Antike, war »abendländisch« – oder alternativ in orientalischen oder fernöstlichen Ursprüngen der Weltzivilisation verwurzelt. Sie setzten die Soft- und Hardware der Digitalisierung als technisches Mittel ein und räsionierten über Vor- und Nachteile von solchen »Hilfsmitteln«. Die Entscheidung, ob ein Schüler seine Hausaufgaben selbst erledigt oder Hilfen aus »dem Netz« bezieht, blieb ihm überlassen. Aber wie lange hält diese Distanz? Aus den Hilfsmitteln werden Selbstkonstitutionsmittel. Wenn Generationen von Kindern von Anbeginn nichts Anderes mehr kennen und können, als dass sie sich vermischt mit den technisierten Kreativangeboten aus einem Sumpf von heterogenem Weltbewusstsein »ihre Gedanken machen«, Gedanken, die gar nicht mehr ihre sind oder zumindest undurchschaubar mit vorgefertigten vermischt, das heißt, wenn ihre geistige Individualität im unüberschaubaren und diffusen, universellen Raum von nicht mehr erfahrungsvermitteltem Wissen ausgebildet wird, was ist dann noch eine »Biographie« und ein »Subjekt«? Wenn Identität sich in Mischwesen entwickelt, die sich einerseits auf Tausende von Plattform-Meinungen und »Influenzern« verlassen, und in denen andererseits Selbstbewusstsein aus einer permanenten Interaktion zwischen den Einzelnen und einer übermächtigen, keinerlei anschauliche und beurteilbare lebensweltliche Personalität repräsentierende, technischen Wissensinstanz, die immer bereits längst nachgedacht hat, besteht, was ist dann ein Einzelner? Bücherwissen musste als vorliegende Welterklärung zur Kenntnis genommen und mit eigener Erfahrung und eigenem Wissen abgeglichen verarbeitet werden; das eigene Wissen wurde distanziert zu anderem Wissen erweitert. Es wurde Wissen »verarbeitet«. Nun wird bereits der Impuls des eigenen Nachdenkens vorab per MouseClick auf technisch generalisierte Datencluster ausgeführt. Was bedeutet dann »Ich«? Werden dann noch Bücher wie die Kritik der Urteilskraft von Kant geschrieben werden können oder Der Mann ohne Eigenschaften von Musil?

Auf der sozialen Ebene eröffnen Chatbots die Möglichkeit, zwischenmenschliches Leben durch Mensch-Maschine-Beziehungen zu

ersetzen, die auf kritiklose Kommunikation durch die Affirmation aller vom menschlichen Sprecher getätigten Aussagen ausgerichtet sind. Welche Identität werden unter dieser Bedingung Kinder entwickeln, und welchen Status haben dann noch Eltern? So wächst die Sorge, dass die technische Nachbildung logischer und kreativer Bewusstseinsfunktionen in Arbeitsmaschinen und Maschinen, die ein persönliches Kommunikationsgegenüber simulieren, auf der Grundlage lernender Algorithmen zusammen mit jener virtuell zurechtgemischten Lebenswelt eine Trennlinie überschreitet, jenseits derer die Idee vom Menschen nur noch kapitalistischen Verwertungsprozessen geopfert wird. Und genau dies passiert. Das Kapital subsumiert die kognitiven Grundlagen aller geistigen Vermögen der Menschen der Produktivkraftsteigerung zur Wertbildung und organisiert durch maschinelle Pseudo-Subjektivität eine ihm dienliche Lebenswelt. Die Idee vom Subjekt, die dabei nun ins Schwimmen gerät, weil auch die andere Unterscheidung, die die Differenz zur Maschine betrifft, diffus wird, ist die humanistische Idee der Individualität. Die Menschheit – zumindest die abendländisch geprägte – sieht ihre Würde in Gefahr. Denn die fundamentalen Umbrüche, die die Moderne im Hinblick darauf erfasst haben, führen dazu, dass durch neue Technologien und durch politische Maximen die Idee und Wirklichkeit von Subjektivität und Individualität weiter ausdifferenziert wird und zugleich diffus zerfällt. Gleichzeitig wird dem Zauberlehrling in einer paradoxen Flucht nach vorn politisch gehuldigt: Nachgerade alle Lebensbereiche werden mit Nachdruck digitalisiert. Die ethischen Folgeprobleme werden mehr oder weniger hilflos diskutiert und in Talkshows durch Zukunftsforscher und Berufsoptimisten aller Art schönegeredet.

Ob es allerdings wert ist, die abendländische, patriarchalische Idee des Menschen, die eigentlich die des Mannes ist, zu bewahren und zusammen mit dem weiblichen Rollenkomplement zu retten, sei dahingestellt.

In diesem ökonomischen Umbruch des Verhältnisses zu den Naturressourcen sowie im Rahmen der emanzipatorischen Vervielfältigung von Subjektivität ereignet sich eine diametral entgegengesetzte Wende. Die Umweltkrise wird seitens der europäischen rechtsgerichteten popu-

listischen Bewegungen und Parteien sowie der Umwelt- und Energiepolitik der im Jahr 2024 gewählten US-amerikanischen Regierung durchgehend geleugnet. Das heißt: Der kapitalistische Raub an Natur funktioniert wie eh und je. Wenn es zutrifft, dass im Kapitalismus eine der Kapitalverwertung dienliche Wende zur nachhaltigen Naturnutzung stattfindet und zugleich im Rahmen der Umweltpolitik der USA sowie anderer Staaten mit der forcierten Nutzung natürlicher Ressourcen sowie der Missachtung aller verabredeten Grenzwerte der ökologischen Krisenintervention das Gegenteil praktiziert wird – vergleichbare Tendenzen eines umweltpolitischen Strategiewechsels deuten sich in der Europäischen Union sowie speziell in der BRD an –, ergänzen sich damit offenbar zwei unterschiedliche Naturausbeutungsprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise.

Aber in dem Impuls, die Ausbeutung der Natur ungebremst voran zu treiben, taucht dennoch ein grundlegender Rückbezug auf Natur auf. Die Leugner der Umweltkrise begründen damit ihre politische Strategie, und sie greifen über diese Leugnung hinaus auch das demokratische System und dabei vor allem dessen emanzipatorischen Gehalt an. Dieser Angriff richtet sich gegen das Prinzip der Gleichheit. Er findet im Namen von Freiheit gegen die Gleichberechtigung jeglicher selbstgewählter besonderer Körperlichkeit und Lebensweise statt. Der offenbar ganz andere grundsätzliche Rückbezug auf ein natürliches Recht auf Freiheit seitens der Kritiker des demokratischen Systems diene aber ursprünglich ebenfalls zur Legitimation der demokratischen Vergesellschaftung nach den bürgerlichen Revolutionen. Ein Widerspruch deutet sich an. Denn nachdem durch die Aufklärung die Legitimation politischer Herrschaft durch Gott, die für den Feudalismus konstitutiv gewesen war, gegenstandslos gemacht wurde, wurde auf der Gegenseite der Transzendenz auf das rekurriert, was ebenfalls als gesetzgebend begriffen werden konnte: die Natur. So entstanden die Naturrechtslehren, die den politischen Rechtsstatus des Bürgers definierten. Da dieser Prozess mit der Durchsetzung der industriekapitalistischen Produktionsweise einher ging, war das Naturrecht zugleich die Legitimationsideologie für den Zusammenhang zwischen demokratischer Herrschaft und dieser Produktionsweise. Die neu gewonnene

bürgerliche Freiheit war ein naturgegebenes Recht und verwirklicht in der Demokratie. Dennoch berufen sich die Leugner der Umweltkrise in ihrer Kritik an der Demokratie auf die Idee der Natur. Sie kritisieren im Namen der Natur an der Demokratie das, was in deren Namen für die Grundlegung der demokratischen Gesellschaft von ihnen durchgesetzt worden war. Ein Paradox?

Mit Blick auf diese Ausgangslage wird im Folgenden gezeigt, wie die Idee des Naturgegebenen als Legitimationsargument sowohl in den demokratischen Verfassungen als auch im alltäglichen Bewusstsein eigentümlich zu einer Aversion gegen Naturschutz und zu forcierter Naturausbeutung führt. Denn der Bezug auf Natur durch die Leugner der Umweltkrise ist nicht paradox. Vielmehr sind die Bezugsebenen der Idee des Naturgegebenen seitens der Ausbeuter von Natur einerseits und der Retter von Natur andererseits unterschiedlich und werden undurchschaubar politisch gegeneinander ausgespielt.

In diesem verwirrenden Rahmen wird die innere Spannung zwischen den beiden grundlegenden demokratischen Naturrechtslehren bzw. der ihnen folgenden politischen Praxis exponiert und zur Erklärung eines signifikanten Phänomens genutzt: Der Widerstand vieler Bürger, vor allem aber auch der jener rechtspopulistischen Bewegungen sowie der US-Regierung, gegen administrative und moralische Bevormundungen, ist eine Position, die sich – in der BRD bis weit in die liberale und die konservative Partei hinein – durch Verweis auf naturgegebene Normalität nicht nur vehement auf die Kritik an umweltpolitischen Maßnahmen, sondern auch auf die Politik der grünen Parteien konzentriert. In dieser Tendenz ist der Rückgriff auf naturgegebenes Freiheitsbedürfnis mit einer Aversion gegenüber staatlicher Einflussnahme auf die Autonomie lebensweltlicher Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten verbunden. Das geht offenbar einher damit, dass sich die allgegenwärtige Kritik an »Überregulierung« mit völkischem Gedankengut anreichert; die Entwicklungen in den USA und den europäischen Staaten zeigen das. Wie sich der erkennbare Prozess der Einvernahme jener widerständigen Bürger durch völkische und rassistische Bewegungen erklären lässt, wird im Folgenden diskutiert. Diese Diskussion wird in den Rahmen des weltpolitischen Umbruchs

durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme gestellt im Hinblick darauf, dass damit nicht nur der ökonomische Gegner des Kapitalismus Bankrott geht, sondern auch – wie es sich aktuell zeigt – die Demokratien ins Ungleichgewicht geraten.

Innerhalb der demokratischen Staaten wird dies alles als schleichende politische Krise registriert, beklagt und nicht begriffen. Alte, in den Demokratien immer lebendig gebliebene antidemokratische Muster werden dort verstärkt.⁶ In einer auf dem Kopf stehenden Welt, in der das Objektivste, die Natur, Subjekt wird, die bis dahin naturgegebene Geschlechtsidentität wählbar wird und das Heiligste des Humanismus, der menschliche Geist, zur Maschine erklärt und nachgebaut wird, wächst das Potenzial derer, die – wenn auch nicht, weil sie die modernen Transformationen durchschauen, sondern diffus aufbegehrend – keinen Wandel wollen und auf antidemokratische bzw. antimoderne Zustände setzen. Das ist nicht begrüßenswert, aber erklärlich.

Die geschilderte, mehrschichtige Situation charakterisiert den atmosphärischen Rahmen, in dem der Diskurs über die Angriffe auf das demokratische Herrschaftssystem stattfindet. Die Angriffe richten sich gegen den emanzipatorischen Aspekt moderner Subjektivität. Und sie erfolgen nicht nur von außen durch die Gegner der Demokratie, sondern kommen zunächst aus dem Inneren der bürgerlichen Gesellschaft und werden dann von deren Gegnern okkupiert.

Eine kritische Bestandsaufnahme des Umbruchs in der demokratischen Zivilisation und der Transformationen der Idee der Subjektivität spricht jedoch nicht gegen die emanzipatorischen Seiten des diffusen Verschwimmens dieser Idee durch die wirkliche Öffnung ihrer Erfahrungs- und Definitionsmöglichkeiten sowie durch die technische Simulation kognitiver Fähigkeiten und ebenso wenig gegen konsequenten Natur- und Umweltschutz – wenngleich immer alles auch zum Nutzen der Kapitalbildung und mit sehr ambivalenten Perspektiven.

6 Vgl. dazu Vogl 2021 sowie zum strukturellen Kontext Eisel 2021, 357–365 sowie 457–461.

Problemvergewisserung: Emanzipation erzeugt Unmut

Die globale politische Situation im Hinblick auf das Verhältnis des Kapitals zur Natur hat sich parallel zur Umwandlung von Raub in die ökonomisch bilanzierte nachhaltige Nutzung von Ökosystemen aktuell dramatisch gewendet. Die Umweltkrise wird geleugnet, die fossilen Rohstoffe werden hemmungslos ausgebeutet. Die entscheidende Veränderung ergibt sich aus der Transformation der US-amerikanischen Demokratie und der damit in ökonomischer Konkurrenz paradox einhergehenden Kumpanei mit dem despotischen Kapitalismus auf der Basis von Privateigentum; dieser Transformation und Kumpanei entspricht die gleiche Tendenz in den Fantasien hemmungsloser Naturbeherrschung seitens rechtsgerichteter populistischer Bewegungen und Parteien in den meisten der anderen westlichen Demokratien. Die entscheidende Differenz ist, dass dort nur wenige dieser Bewegungen das Land regieren und vor allem, dass mit den USA die führende demokratische Weltmacht diese Wende vollzieht.

Die umweltpolitische Veränderung und die Annäherung der US-amerikanischen Demokratie an undemokratische Staaten haben ihre Grundlage im demokratischen System selbst. Interessieren soll uns daher im Folgenden nicht, was von außen über die Demokratien hereinbricht. Das folgt aus den Interessen undemokratischer Weltmächte und ist von den Spannungen in den Demokratien ganz unabhängig, nutzt diese aber für die eigenen Ziele. Dieser Aspekt wird journalistisch hinreichend ausgebreitet und in der These zusammengefasst, Autokratien hätten – darin bei allen Differenzen einig – das Programm, Europa

und die demokratischen Systeme überhaupt zu destabilisieren. Uns soll demgegenüber interessieren, was an der offenkundigen Krise der westlichen Demokratien »selbstgemacht« ist.

Die Krise ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen zwei grundverschiedenen Freiheitsbegriffen, welche aber beide auf das Recht auf individuelle Autonomie zurückgreifen. Die Argumente und politischen Schritte, mit denen die republikanische Partei (und Präsidentschaft) der USA gegen das zu Felde zieht, was von den Republikanern, aber auch allgemein, polemisch »woke« genannt wird, zeigen, dass im Wesentlichen diejenigen Tendenzen der beschriebenen Transformationsprozesse bekämpft werden, die auf eine kulturelle Verfügbarkeit von Naturgegebenem angelegt sind. Es handelt sich dabei auf der politischen Ebene um Anliegen der Selbstverfügbarkeit im emanzipatorischen Sinne, also um ein freiheitliches Grundprinzip der französischen Aufklärung und der bürgerlichen Revolution. Auf der Grundlage eines ganz anderen Begriffs von Selbstverfügung ist »Wokeness« mit dem Vorwurf konfrontiert, es handle sich beim emanzipativen Freiheitsprinzip um eine unerträgliche Bevormundung freiheitsliebender Menschen.¹

Ein zur französischen Aufklärung konträrer Freiheitsbegriff wird ins Feld geführt, der sich zwar ebenfalls auf die Freiheit des Individuums bezieht, aber jener Vorwurf gibt dem Begriff eine konträre Stoßrichtung: Er richtet sich gegen die Anmaßung, dass persönliche Emanzipationsprozesse von mancherlei Naturgegebenheiten Anspruch auf allgemeine Geltung beanspruchen, das heißt, dass sie mit dem anderen Grundprinzip der Demokratie verbunden sind: dem Gleichheitsprinzip. Denn im Namen der Gleichheit sollen dem aufklärerischen Freiheitbegriff aus der französischen Revolution zufolge jene zunächst höchst individuellen Emanzipationsstrategien gesellschaftsfähig gemacht werden. Das bedeutet in der Demokratie praktisch, ihre Repräsentanten mit allen anderen Bürgern vor dem Gesetz gleich zu

1 Im Folgenden werde ich die Begriffe woke und Wokeness aus formalen Gründen nicht mehr durchgehend in Anführungszeichen setzen, obwohl es sich um polemisch oder aber gelegentlich auch affirmativ gebrauchte Schlagwörter handelt.

stellen, und dies in oft komplizierten Regelungen differenziert im Hinblick auf das Zusammenleben (wie etwa Heiraten und Kinder haben, Geschlechtergleichstellung, Wahl von persönlichen Eigennamen, Suizidregelungen, Bestattungsrituale, Benennungen durch das generische Maskulinum) rechtlich zu normieren. Der Bezug auf das Gleichheitsprinzip ist kombiniert mit dem parallellaufenden, letztlich nur anders formulierten, Anliegen: Solche Emanzipationsstrategien seien als Lebensweise von Minderheiten zu begreifen, die zu schützen sind.² Die Einwände gegen die politische Durchsetzung von bürgerlicher Lebensvielfalt und Chancengleichheit wären vermutlich weniger vehement, gäbe es nicht die zunehmende Tendenz, dass jene Normierung auch auf kulturelle Medien wie zum Beispiel die Umgangssprache – die so heißt, weil in ihr der als bis anhin normal empfundene Umgang miteinander erfolgt – oder zum Beispiel auf »Gepflogenheiten« und Vorlieben wie Essgewohnheiten oder Vorgartengestaltung, auf Gesundheitsvorsorge und Suchtverhalten im Hinblick auf legale Genussmittel, aber auch auf sexuelle Orientierung oder aber auf persönliche Entscheidungen wie bezüglich der Lebenssicherung beim Autofahren usw. übertragen wird. Die allgemeine Zustimmung zu dieser Einmischung in private Gepflogenheiten wird administrativ verfügt sowie moralisch eingeklagt. Zusammengefasst bedeutet diese für die Demokratie und ihre freiheitlichen Prinzipien zwingende Entwicklung, dass unversehens Akte der Emanzipation staatlich geregelt allen Bürgern zugemutet (oder deren Ablehnung verweigert) werden. Das ist ein fundamentaler Widerspruch zu dem, was Emanzipation zunächst bedeutet, nämlich dass man individuell mit alten Regeln bricht, die Herrschaft – etwa seitens der Familie, der Tradition oder des Staates – über die eigene, mit Absicht gewählte Lebensweise ausüben sowie Bedürfnisse und Anlagen

-
- 2 Der Problemkreis des Schutzes von Minderheiten ist zudem sehr viel weiter, denn damit geht auch die ganze Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und die Rehabilitation sowie nicht-diskriminierende Behandlung von ethnischen und religiösen Minderheiten einher. Auch hier werden allerlei skurrile Schutzmaßnahmen getroffen und – mehr oder weniger geschickte – Sprachungetüme geschaffen.

unterdrücken: Emanzipation wird jeglicher »Gängelung« entschieden entgegengestellt. Aber auf Gängelung im Dienste verallgemeinerter Emanzipation reagiert auch jener – im öffentlichen demokratischen Diskurs mit Verwunderung konstatierte und nicht verstandene – Freiheitsbegriff, wie er von Elon Musk, Peter Thiel oder J. D. Vance ins Feld geführt wird. Seine Befürworter verwahren sich gegen die Einmischung des Staates oder von Sittenwächtern in private Angelegenheiten im Namen von Minderheiten, Gerechtigkeit, Fürsorge – kurzum im Namen »gut gemeinter« Gängelung. In beiden Fällen widersetzt sich Freiheit der Gängelung, aber Gängelung ist offenbar nicht gleich Gängelung, wie Freiheit nicht gleich Freiheit ist.

Gegen Gängelung wird von der Seite jener Tech-Milliardäre und ihrer Bewunderer und politischen Gefolgschaft, aber auch von vielen im Alltagsbewusstsein befangenen, unpräventiös lebenden, mündigen Bürgern, auf mehreren Ebenen mobil gemacht. Eines der klischeierten Argumente richtet sich gegen »Überregulierung«; damit ist sowohl die skizzierte politische, kulturelle und moralische Bevormundung gemeint – sie bildet den emotionalen Stachel des Unmuts –, als auch gegen Administration überhaupt, das heißt gegen die unvermeidliche Komplexität staatlicher Verwaltungen in der Demokratie, die sich nach dem Prinzip Legitimation durch Verfahren organisieren muss. Letzteres gilt umso mehr für Staatenbünde und -gemeinschaften. Der symbolische Bodensatz des – in mancherlei Hinsicht nicht unberechtigten – kritischen Klischees ist imaginierbar durch Referenz auf die unbeugsamen Friesen, die Schottischen Highlander, Andreas Hofer, Robin Hood, Wilhelm Tell, Ned Kelly usw. – alles Idole für jene, die sich gegen Übergriffigkeit der Herrschenden, die ihre Macht missbrauchen und ihre Bösartigkeit hinter Gesetzen verbergen, legitim auflehnen. In der amerikanischen Variante wird in der Hymne weniger der Freiheitsdrang der Unterdrückten, als vielmehr die Tapferkeit der Freien explizit hervorgehoben; entschiedene Durchsetzungskraft und mutige Selbstverteidigung waren bei der Eroberung des Kontinents alternativlos. Daraus ergibt sich im kollektiven (republikanischen) Bewusstsein das Recht, auch weiterhin Waffen zu tragen – Gewaltmonopol des Staates hin oder her. Damit steht und fällt »echtes« amerikanisches Freiheitsbewusstsein.

Der Streit um Überregulierung entsteht natürlich nicht zufällig am heftigsten im Hinblick auf die Regulierung von Kommentaren im Internet auf den Plattformen der politisch enthemmten globalen Kommunikation. Ein Medium, das seinem Anspruch nach die technische Befreiung aller von den Hindernissen der Artikulation von Meinungen ermöglicht, muss in den Brennpunkt der Diskussion über Meinungsfreiheit geraten. Nach der Logik der Kritik an Gängelung ist es unvermeidlich, dass in dieser Welt alles erlaubt sein soll. Das widerspricht demokratischen Prinzipien, denn diese Befreiung muss mit den Prinzipien des Persönlichkeits- und Datenschutzes sowie mit den politischen Idealen des Rechtsstaates und der Menschenwürde abgeglichen und koordiniert werden. Das gilt unter der Perspektive des emanzipatorischen Freiheitsbegriffs, aber nicht unter der jenes andern, in der demokratischen Kritik mit Unverständnis beobachteten Freiheitsbegriffs der Regulierungskritiker. Unter der Voraussetzung des letztgenannten Begriffs wird ja gerade die moderne Diffusion der Idee der Menschenwürde mit all ihren neuen Formen von unfänglich zugestandener, selbstverfügter Emanzipation kritisiert und abgelehnt. Diese Haltung akzeptiert nicht, dass unter demokratischen Voraussetzungen der Hass auf die Maßnahmen der Gleichberechtigung von Lebensweisen illegitim und illegal sei, das heißt auf Lebensweisen, die von etwas abweichen, das konventionell als ursprünglich und naturgegeben empfunden wird. Die politischen Maßnahmen im Hinblick auf die De-Regulierung der Plattform-Kommunikation seitens der US-republikanischen Regierung können gut als Kriterium für die Beurteilung ihrer egalitären demokratischen Gesinnung eingesetzt werden: sie existiert nicht. Deshalb kritisiert die US-Regierung Deutschland als undemokratisch wegen des Anspruchs auf Regulierung von politischen Statements und von Hasskommentaren in den sozialen Medien.

Eine andere Dimension des Klischees besteht darin, dass sich solche Regeln und Zumutungen nur Intellektuelle und sonstige Angehörige einer isolierten, weltfremden Kaste von Nutznießern der arbeitenden Bevölkerung ausdenken können – als gäbe es keine anderen Lebensprobleme, als durch die weibliche Form an Stelle des generischen Maskulinums sowie absichtlich kurzes Stocken beim Reden rhetorisch zu

beweisen, dass man ein guter Mensch ist. Das Klischee hebt auf die Differenz bzw. Gegnerschaft zwischen Kopfarbeitern und Handarbeitern ab und die damit gegebenen gesellschaftlichen Privilegierungen und Lebensformen. Diese Spaltung ist materiell real. Er wird zu einem problematischen Schema, wenn er mit idiosynkratischen Aversionen und politischen Interpretationen aufgeladen wird. Wenn die »Normalen«, die reden, »wie ihnen der Schnabel gewachsen ist« und mit »gesundem Menschenverstand« handeln, die »hart arbeiten« und »bodenständig« sind, dem Milieu entgegengesetzt werden, das sich durch die Ausrichtung von Lebensentwürfen an Bildung, Wissen, Kunst, Rationalität usw. definiert, setzt sich ebenfalls der Mechanismus in Gang, der sich auch gegen die exklusive »Abgehobenheit« der Emanzipationsbefürworter richtet, die ständig elitär und unverständlich von »Narrativen«, »Paradigmen«, »Resilienz«, »Performens« usw. faseln. Dann stellen sich reflektierte Rede, argumentativer Diskurs sowie künstlerische Veranlagung und Produktivität schnell als perfide Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber denen, die einfach »auf dem Teppich bleiben« und keine »Flausen im Kopf« haben, heraus. Dieses Klischee ist uralt. Und es gibt keine guten Gründe, es zu bekräftigen, aber einerseits ist mit ihm (auch politisch) zu rechnen und andererseits ist es einen Gedanken wert, worin seine Wahrheit besteht.

Naturgegebenheit und völkische Tradition

Bis hierhin enthält das Konstrukt des beschriebenen emanzipationskritischen Freiheitsbegriffs, der allergische Reaktionen auf wohlmeinende Bevormundung hervorruft, noch keine deutlichen Hinweise darauf, wo seine Gegner ihren Feind politisch dingfest machen. Dieser Ort ergibt sich, wenn man bedenkt, dass das emanzipatorische Anliegen nicht nur privat existiert und zugestanden wird, sondern in einer politischen Tradition auch zum historischen Anliegen gemacht wird und so die Legitimation erhält, politisch durchgesetzt und moralisch eingeklagt zu werden. Diese Tradition resultiert aus der bürgerlichen Revolution und somit abermals aus den Prinzipien der französischen Aufklärung und des Liberalismus. Aber nach der bürgerlichen Revolution und der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise sowie der parlamentarischen Demokratie verlagert sich der Anspruch auf Emanzipation als gesellschaftliche Notwendigkeit, menschenwürdige Verhältnisse für wirklich alle Menschen zu erreichen, auf die Tradition der Arbeiterbewegung. Das bedeutet nicht, dass persönliche Emanzipation von nun an per se nur in einem proletarischen Milieu angesiedelt sein könnte; Emanzipation bleibt weiterhin beliebigen persönlichen Lebenswegen in allen sozialen Schichten offen und wird wie beschrieben vorangetrieben. Aber politisch im historischen Sinne, das heißt als ein historischer Anspruch auf universelle Gleichheit in jeder Hinsicht, ist sie programmatisch ein linkes Gebot; das ist leicht daran zu erkennen, dass ja das Fernziel des Kommunismus ein Zustand allseitiger Gleichberechtigung, das heißt auch der gemeinsamen solidarischen Verfügung über die Produktionsmittel, war.

Unter der Perspektive der Abwehr des utopischen Anspruchs auf zunehmend voranzutreibende Gleichberechtigungen gehört die administrative Durchsetzung gleichgeschlechtlicher Ehen oder eines Gender-Sternchens in die Tradition staatlichen linken Terrors. Der schränkt durch das Gleichheitsprinzip, wie beschrieben, die persönliche Freiheit im Sinne der Abwehr von regulativen Bevormundungen ein, vor allem aber ist der Gleichberechtigungsanspruch in vielen Fällen gegen die Anerkennung von naturwüchsigen Gegebenheiten – denn die sollen ja durch Emanzipation aufgelöst werden können. In all den Klischees der Emanzipations- und Gleichberechtigungskritiker wird – scheinbar paradox – im Rahmen der systematischen Leugnung des Klimawandels und einer Umweltkrise sowie der erklärten Gegnerschaft gegenüber grünen Bewegungen und grünen Parteien und unter verstärkter Ausbeutung fossiler Ressourcen, verbunden mit der Kritik an Wokeness, das eingeklagt, was von Natur aus gegeben ist bzw. das, was – wie die Sprache – traditionell gewachsen ist, sich also gesellschaftlich seiner Natur gemäß entwickelt hat; Tradition ist gewissermaßen der natürliche Bestand und Entwicklungsverlauf der Gesellschaft: ein vernünftiges organisches Wachstum wie in der Natur.

Diese Art der Bündelung von Aversionen ergibt Sinn, wenn man sie auf die Übergriffigkeit staatlich verordneter Emanzipation mit all ihren Regulierungen bezieht. Die wird ja bekämpft, weil sie die normalsten Gegebenheiten der Welt in Frage stellt und neu regeln will. Das Normale hat aber eine Basis: das Naturgegebene; woran sonst soll man sich halten seit Gott tot ist? Wenn man sich dessen vergewissern will, wie die Dinge des Lebens vernünftig von sich aus laufen könnten, braucht man nur der Natur der Dinge zu folgen;¹ mit Gott kann das zudem zwanglos weiterhin koordiniert werden von denen, die das wollen, denn der hat das Na-

1 So erübrigt es sich, neues Zusammenleben der Geschlechter auszubauen und staatlich zu regeln, wenn man sich vor Augen hält, wie Fortpflanzung funktioniert. Wenn in der Natur davon das Überleben der Arten abhängt, kann es nur richtig sein, für das Überleben der menschlichen Gattung das weibliche und das männliche Geschlecht als normale Voraussetzung in Rechnung zu stellen. Alles darüber hinaus ist überflüssig und unnatürlich.

turgebene gewollt, als er es schuf. Alles, was nicht »mit beiden Beinen auf dem Boden steht«, das heißt, sich von der Natur entfernt, ist »abgehobenes Zeug«. Dieser Naturbegriff meint das Wesen einer Sache. Wer vernünftig handeln will, beachtet es und vermeidet künstlich erfundene Umdeutungen. So schließt sich der Bezug auf das Naturgegebene mit der Kritik an den emanzipatorischen Flausen in den Köpfen von linken Intellektuellen, die sich des staatlichen Apparats bedienen, um ihr Süppchen zu kochen, kurz. Verlässlichen Bestand haben Natur und Tradition. Die Tradition wiederum ist sedimentiert in der Heimat, der Sprache und der heroischen Geschichte eines großartigen Volkes. Damit ist die Position nicht nur negativ, nämlich gegen die Emanzipation und dabei insbesondere gegen die strukturelle Verbindung von Emanzipation mit politischer Gleichheit, bestimmt, sondern auch positiv: sie ist konservativ und begreift sich auch so. Es ist müßig, darüber zu rasonieren, was davon Henne und was Ei ist, ein solches Syndrom konstituiert sich wechselseitig zugleich. Verständlich wird die Position aber vor allem durch die Verdeutlichung der Gegnerschaften. Wesentlich ist, dass dieser aus der bürgerlichen Revolution hervorgegangene Freiheitsbegriff, der auf die Unabhängigkeit von Bevormundungen durch übergeordnete Instanzen pocht, unversehens eine konservative Färbung annimmt.

Allerdings scheint die hemmungslose Fortschrittsorientierung der Kritiker von Überregulierung und intellektueller Betterwisserei mit Bezug auf den technologischen Bereich nicht in einer solchen Positionsbestimmung durch das Naturgegebene aufzugehen. Die Stellungnahmen für Kernkraft, gegen die Klimakrise, für hemmungslose Natúrausbeutung auf allen Wegen der Rohstoffgewinnung sowie der Naturmanipulation in der Biogenetik, die Anstrengungen einer forcierten Eroberung des Weltraums als Kolonisierungsprogramm usw., sowie die Stellung gegen alles, was auf Natur- und Umweltschutz sowie Tierschutz hinausläuft, zeigen die herkömmliche kapitalistische/liberalistische Art der Fortschrittsorientierung. Sie scheint mit Konservatismus, Naturgegebenheit und Tradition nicht vereinbar zu sein. In eine andere Richtung weisen allerdings die Statements und Institutionalisierungen, die solche Aktivitäten in irgendeiner Weise mit der Idee der Heimat verknüpfen. Hier deutet sich die Logik der

konservativen Verbindung von technologischem Fortschritt mit völkischen Idealen an. So wird – in Deutschland – der Widerwille gegen Windkraftanlagen, der ja mit Fortschrittlichkeit und Offenheit für neue Technologien nicht vereinbar ist, mit der landschaftlichen Verschandelung der Heimat des Volkes begründet, weil nichts darin Ausdruck eines völkischen Wesens und regionaler Kultur ist. Im Konservatismus wurde dem technischen Fortschritt nur widersprochen, wenn er universalistisch begründet und mit »Gleichmacherei« verbunden wurde (wie in der Aufklärung und in sozialistischer Politik). Demgegenüber war und ist die Idee von Fortschritt als Beleg für den erfinderischen Verstand und die Schaffenskraft eines (ruhmreichen) Volkes Grundlage konservativer (imperialistischer) Politik. Sie wird dann mit einer völkischen Besonderheit verbunden assoziiert und nationalistisch gutgeheißen. Diese Haltung konnte jederzeit rassistisch untermauert werden durch den Verweis auf die genetischen Grundlagen eines Volkes – und wurde so zum Desaster.²

Für die USA kann diese Art des konservativen völkischen Bezugs bei der Grundlegung der scheinbar paradoxen Koppelung von Fortschritt mit der Qualität eines Volkes nicht ohne weiteres unterstellt werden; dieses Einwanderungsland ohne Tradition im herkömmlichen Sinne einer sehr langen »hochkulturellen« Vorgeschichte muss, weil die Staatsgründung gerade aus einem Bruch mit der europäischen Tradition bestand, einen anderen Begriff von einem »Volkscharakter« entwickeln, als die europäische Tradition. Dennoch gibt es das Klischee einer herausgehobenen Rolle der USA als fortschrittsträchtige Zivilisation durch die Eigenschaften seines Volkes. Das Klischee lässt die Mentalität der Tapferen und Freien auf eine funktional äquivalente imperialistische Selbst-

2 Zum Verhältnis des Konservatismus zum Fortschritt vgl. Eisel 2021, Teil 7 sowie in diversen Einzelbeispielen anhand des geographischen Denkens 2021a, insbesondere »Konservatives geographisches Paradigma mit Hang zum Fortschritt – oder: Wie kann man seinem eigenen Gegenteil Genüge tun?«, das Unterkapitel »Bankgeschäfte« Seite 379–382, »Naturlast und industrielle Befreiung« Seite 291–326 sowie das Unterkapitel »Umgekehrte Welten: Der konservative Freiheitsbegriff verhindert Naturdeterminismus« Seite 285–287.

gefälligkeit hinauslaufen wie im europäischen völkischen Denken.³ Die amerikanische Lebensform breitet sich nicht nur faktisch über den Globus aus, sondern dieser Prozess wird auch als Beleg für die Besonderheit einer Volksmentalität verstanden. Der Rekurs auf die Eroberung eines Kontinents, seine Urbarmachung sowie die rasante Industrialisierung und »schmelztiegelartige« Verstädterung und Landnahme im Rahmen eines Neuanfangs und Unabhängigkeitskampfes gegen Kolonialmächte sind die Grundlagen der Verbindung von Heimat und heroischem Volksbewusstsein, auf die jederzeit im konservativen Sinnhorizont zurückgegriffen werden kann. Und genau dann richtet sich diese Politik gegen alle – außer technische – Formen der Emanzipation, obwohl Emanzipation zu den Grundlagen desjenigen demokratischen Systems gehört, in dem all das stattfindet. Denn dann steht der Fortschritt und die ökonomische Vorherrschaft über das Weltgeschehen unversehens für die Kraft des Volkes, das sich von Europa zu emanzipieren verstand, und gewisse Vorherrschaftsambitionen werden selbstverständlich. Dieses Syndrom kann von der republikanischen Partei jederzeit als völkischer Bodensatz mobilisiert werden, das heißt wirkt als nationalistische und gegebenenfalls anti-europäische Haltung, ohne dass das in Kontinuität mit dem kontinentaleuropäischen völkischen Bewusstsein entstanden wäre. Es löst aber gleichwohl die imperialistische Idee der Verbindung von Volkscharakter mit technischem Fortschritt ein wie im europäischen konservativen Denken; dass es auch in diesem Fall rassistische Möglichkeiten der Untermauerung des Syndroms gab und gibt, muss für die USA nicht weiter hervorgehoben werden.

Aber wie erklärt sich die Anfälligkeit des heroischen US-Republikanismus für solche konservative Prinzipien und Werte, wie sie aktuell eine radikal rechtsgerichtete populistische Form annehmen? Zur Aufklärung bietet es sich an, an die Differenz zwischen Republik und Demokratie anzuknüpfen. Damit ist ja auch die politische Selbstwahrnehmung der beiden großen US-amerikanischen Parteien bezeichnet. Republikanische Politik ist am Gemeinwohl der Gesamtheit des Volkes durch uneingeschränkte Öffentlichkeit orientiert. Demokratie legt

3 Zum Folgenden vgl. auch Eisel 2003.

im Verhältnis dazu das Schwergewicht auf die Idee der Volksherrschaft und ihre Begründung durch das Gleichheitsprinzip. Die Orientierungen liegen auf verschiedenen Ebenen der Schwerpunktsetzung im Kampf gegen den Absolutismus. Sie können verbunden werden, aber auch zur Unvereinbarkeit geraten – die Differenzen zwischen der Volksrepublik Nord-Korea und der Bundesrepublik Deutschland veranschaulichen das. Die Herkunft dieser kategorial unübersichtlichen Beziehung sowie der Varianten ihrer aktuellen staatlichen Realisierung soll im Folgenden erläutert werden. Dabei wird der Fokus auf Anknüpfungspunkte für eine konservative Ausrichtung des Republikanismus aufgrund seiner spezifischen Verankerung im Liberalismus gerichtet sein. Die deutsche Situation der zunehmend auftretenden Kritik an egalitären politischen Neuregelungen des gesellschaftlichen Lebens wird damit gelegentlich abgeglichen.

Bürgerrechte im Widerspruch: Politischer Widerstand als öffentliche Angelegenheit und tugendsame Staatstreue durch Selbstbefreiung¹

Der US-amerikanische Republikanismus realisiert trotz seiner konservativen Frontstellung gegenüber den Demokraten den Kern des liberalen Naturrechts. John Locke formuliert das Überlebensprogramm der Gattung als Selbsterhaltung mit dem Ziel eines glücklichen Lebens. Dass ist zugleich das Ziel menschlichen Freiheitsstrebens. Die Berechtigung und Notwendigkeit des einzelnen Antriebs zur angenehmen Weise der Selbsterhaltung ergibt sich aus dieser Zielsetzung. So wird in unterschiedlichen Wendungen immer wieder deutlich, dass er dieses Ziel durch die »Annehmlichkeiten des Lebens« (Locke 1977a, 98; 1977b, 220, 223), die »Bequemlichkeiten des Daseins« (Locke 1977b, 225, 227), »behagliche(s), sichere(s) und friedliche(s) Miteinanderleben()« und den »sicheren Genuß« des »Eigentums« (ebenda, 260, Zitat gram. verändert) usw. realisiert sehen will.² Ein genussvolles Leben ist Motor und Maß von Glück. »§ 42. (Was ist das Glück?) Glück ist daher das äußerste

1 Zum Folgenden vgl. auch die Wörterbuch-Artikel »Naturzustand« und »Naturrecht« in <http://www.naturphilosophie.org> (Eisel 2012).

2 Der Vordenker der aktuellen republikanischen Politik Curtis Yarvin betont in seiner Konstruktion der Repräsentation politischer Macht durch konkurrierende Aktiengesellschaften in Kleinstaaten, die dann effizient leistungsorientiert »regieren«, das Vergnügen der Aktionäre als das Ziel von Politik.

Maass der Lust, dessen der Mensch fähig ist« (Locke, Digitale Bibliothek Band 2, 14156).³

Das bedeutet: Ohne die Zielstellung auf ein glückliches Leben hätte die Freiheit des Einzelnen, das Leben nun – nach der bürgerlichen Revolution – selbst bestimmen zu können, für diese keinen materiellen Nutzeffekt. So ergibt sich das liberale Credo der Suche nach dem wahren Glück als Grundlage der Freiheit. »§ 51. (Die Nothwendigkeit, das wahre Glück zu suchen, ist die Grundlage der Freiheit.) Wenn sonach die höchste Vollkommenheit einer geistigen Natur in einer sorgsam und steten Aufsuchung des wahren und sichern Glückes besteht, so bildet die Fürsorge, dass man nicht ein eingebildetes Glück für ein wirkliches nehme, die wahre Grundlage der Freiheit« (ebenda, 14169). Der materielle Kern dieses Zusammenhangs zwischen Glück und Freiheit ist das Eigentum. »§ 134. Das große Ziel, das Menschen, die in eine Gesellschaft eintreten, vor Augen haben, liegt im friedlichen und sicheren Genuß ihres Eigentums« (Locke 1977b, 283). Zur »wahren Grundlegung« müssen sich die Eigentümer in einem Vertrag zusammenschließen, der ihnen das Recht zum Widerstand gegen einen Staat gibt, der es versäumt, die Menschen mit Blick auf den Zusammenhang der naturgegebenen Rechte auf Glück, Freiheit und Eigentum zu schützen.⁴ Zum »eingebildeten Glück« gehören dann wohl auch die merkwürdigen Ergebnisse der Emanzipationsstrategien, die wenig an Eigentum Interessiert sind, dafür aber ihre eigene Natur umkrepeln wollen.

Dieser Bezug auf Glück individualisiert die Orientierung an allgemeinen Maßstäben auf ganz andere Weise als die französische Aufklärung und Revolution. Dort wird demokratische Gesinnung als notwendigerweise in Tugenden der Einzelnen verankert und ausgelebt

3 Locke 1690, S. 427; Digitale Bibliothek Band 2: Philosophie, S. 14156.

4 Zur Logik der Zusammenhänge zwischen Überleben, Freiheit, Vernunft, Willen, Arbeit und Eigentum vgl. Eisel 2021a »Epistemologische und politische Zusammenhänge im Hintergrund der Idee der Person«. Dort werden vor allem die epistemologischen Bezüge der widerstreitenden oder auch korrelierenden Positionen im Nominalismus/Empirismus gegenüber dem Rationalismus/Universalienrealismus zur Erklärung einbezogen.

konzipiert, die ihnen eine gleichberechtigte Gemeinsamkeit in Freiheit ermöglichen. Im Absolutismus war die menschliche Natur der Freiheit durch politische Herrschaft ihrer selbst entfremdet gewesen. Die neue Form der politischen Existenz »meint bei Rousseau die Verwandlung der korrumpierten Menschennatur in die moralische Person des Staatsbürgers. So kann nämlich die souveräne Gewalt selbst *verinnerlicht*, aus einer äußerlich zwingenden Fürstensouveränität in eine innerlich gegenwärtige Volkssouveränität zurückgenommen werden« (Habermas 1967, 67f.). Die Innenwendung führt zu der Maxime, dass Demokratie auf Tugend aufbaut: Die Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz muss gelebt und verteidigt werden; das garantiert auf formale Weise die Freiheit jedes Einzelnen, weil kein besonderes Privileg mehr Unterprivilegierte zur Abhängigkeit verpflichten kann, wie ehemals im Feudalismus. Die moralische Personalisierung des universalistisch formalisierten Prinzips der Gleichheit im Sinne einer geforderten Lebenshaltung vermischt auf diese Weise die politische Ebene mit einem moralischen Anspruch. »So hatte es schon Rousseau begriffen: die Verwandlung des Naturmenschen, der sich fürs isolierte und autarke Leben eignet, in einen für friedliche Kooperation tauglichen Staatsbürger war nur als Konversion denkbar; der Gesellschaftsvertrag verlangt daher die Denaturierung der naturwüchsigen Existenz in eine moralische« (ebenda, 75).⁵ Die Freiheit des Einzelnen wird am persönlichen Einsatz für die Gleichheit aller festgemacht. Das heißt, natürliche Besonderheiten Einzelner sind zu schützen, indem sie der Anerkennung durch alle unterworfen werden.⁶ Die strikte Einhaltung dieser Maxime durch alle

5 Der politisch gebotenen »Denaturierung« von Naturwüchsigkeit entspricht konsequent die oben beschriebene Tendenz zur Denaturierung von subjektiver Körperlichkeit, das heißt die moralisch forcierte Verfügung über die eigene Naturgegebenheit. Die Ebene passt zu der moralischen Einsicht der Demokraten, ihre Freiheit und Gleichheit tugendvoll zu leben. Das politische Programm der französischen Aufklärung wird kulturell formiert und auf die juristische, moralische und ästhetische Emanzipation der Körper von ihrer Naturgebundenheit ausgedehnt.

6 Damit geht aktuell der Anspruch all jener einher, die sich gerade von ihrer biologischen Naturgegebenheit emanzipieren wollen und ganz neue Lebenswei-

Bürger ist tugendhaft und trägt von unten die freiheitliche Demokratie. Der Staat ist Ausdruck von Volksherrschaft, wenn er die Bürger darauf festlegt. Dann ist Demokratie formal gewährleistet, wenn Vertreter des Volkes, die Gesetze zur Einhaltung der Tugendhaftigkeit beschließen und von unabhängigen Richtern exekutieren lassen, in freien, gleichberechtigten Wahlen gewählt werden können. Das kolportierte »Zurück zur Natur« als Positionierung gegen eine verderbte Zivilisation meint nicht die Rückkehr zu Urzuständen, sondern die vernünftige Neubegründung von Zivilisation als moralische Aufgabe, die in einem Staat realisiert wird, der über die Tugend wacht. Der menschlichen Natur gemäß ist dann die moralische Verinnerlichung der gleichberechtigten Freiheit aller. Tugend erweist sich im Streben nach moralischer Übereinstimmung mit dem Ganzen, das die Souveränität des Volkes gewährleistet, seine Geschicke zu bestimmen. Die Einzelnen erlernen erst die sittliche Haltung, die sie das lieben lässt, was ihre Freiheit und Gleichheit garantiert – Rechte, die sie im Feudalismus nicht hatten und sich nun erkämpft haben, aber noch leben lernen müssen. Nur wenn die souveräne Herrschaft des Volkes über sich selbst eine feste Grundlage im tugendsamen Streben aller Einzelnen nach den Werten der Demokratie, nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hat, ein Streben, das sich jederzeit vor den gewählten Hütern der Tugenden zu verantworten hat, kann Demokratie gelingen. Das Endergebnis war die Herrschaft der Jakobiner durch die Guillotine.

Individualität ist gewissermaßen sittlich als politische und persönliche Haltung durch die konsequente Repräsentation desjenigen Allgemeinen definiert und gefordert, das jenen neuen Menschen ausmacht. »Weil er (Robespierre; U.E.) an dem Prinzip festhält, daß die Etablierung des Naturrechts durch die Freiheit und Gleichheit verbürgende Gewalt eines innerlich zwingenden Souveräns nur aus Tugend,

sen ins Auge fassen, dass dies als Gleichberechtigung vor dem Gesetz mit allen anderen Lebensformen anerkannt werden soll. Darin ist dann die Denaturierung von Naturgegebenheit durch juristisch fixierte moralische Konversion gegeben, die durch diese Fixierung den moralischen Status in Form einer höheren Legitimation gewissermaßen zum naturgegebenen Status zurückkehren lässt.

nicht aus Interesse möglich ist, stellt sich ihm das Problem einer erfolgreichen Vollendung der Revolution in der Form: wie kann in der Masse der Bevölkerung eine tugendhafte Gesinnung erzeugt werden? »Die Gesellschaft würde ihr Meisterstück machen, wenn sie in Bezug auf die moralischen Belange im Menschen einen raschen Instinkt schüfe, der ihn – ohne den nachträglichen Beistand des Denkens – das Gute tun und das Böse vermeiden ließe« (ebenda, 76; zitiert Robespierre). Ideal wären Bürger, die sich der Freiheit durch Gleichheit vor dem Gesetz bedienen und unterwerfen – eben jener Tugenden befleißigten, ohne zu wissen, was sie tun. Aber die Gesellschaft hat es nicht geschafft, dass die Tugend allen in Fleisch und Blut übergegangen ist – arbeitet aber weiter daran. Bis dahin bleibt es dabei, dass die staatliche Wachsamkeit über die egalitäre Tugend eine staatliche Herrschaft darstellt, die die Tendenz hat, auszuarten. Die Radikalisierung des Gleichheitsprinzips im Jakobinismus liegt bereits in der Logik der Konstruktion begründet, die das Prinzip staatlicher Herrschaft darauf aufbaut, aus politischer Ungleichheit moralisch gestützte Gleichheit vor dem Gesetz zu machen.

Wenn auf diese Weise gottgegebene politische Ungleichheit zur politischen Gleichheit wird, können auch individuelle Besonderheiten auf das Gleichheitsprinzip pochen, welches das Besondere formal politisch verallgemeinert. Denn »über einen Einzelfall kann es ein Gesetz nicht geben« (ebenda, 69). Daraus folgt umgekehrt: Dann muss er durch ein Gesetz seines Status als Einzelfall enthoben werden können, wenn Gleichheit die Grundlage der Freiheit ist. Deshalb ist die jakobinische Tendenz der Verstaatlichung von Wokeness der egalitären Demokratie und dem Gesellschaftsvertrag gewissermaßen als ein Automatismus eingeschrieben: »Freiheit und Gleichheit, und in deren Folge auch Leben, Sicherheit und Glück, verdanken die Bürger nicht dem privatrechtlich gesicherten Automatismus sei es natürlicher Rechte, sei es der Gesetze eines naturwüchsigen gesellschaftlichen Verkehrs.⁷ Viel-

7 Habermas spielt hier auf das liberalistische Gegenprinzip von John Locke an. Er unterscheidet im Hinblick auf dessen naturrechtliche Begründung von Eigentum zwischen klassischem und modernem Naturrecht – letzteres wird durch Locke dadurch begründet, dass er einen naturgegebenen Zustand der Überle-

mehr ist es in der Struktur der *volonté générale* allein begründet, daß diese gegen die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit nicht verstoßen kann, obwohl es ihr als dem *pouvoir souverain* freisteht, beliebige Gesetze zu geben oder aufzuheben – nur eben *Gesetze* müssen es sein« (ebenda, 68f.). Deshalb können bis heute besondere Einzelfälle von Lebensweisen, die einen Anspruch auf Gleichberechtigung erheben – und dieses Recht haben sie aufgrund der Geltung von Gleichheit durch den Gesellschaftsvertrag –, nicht anders als durch ein Gesetz politische Form erhalten, können es aber auch beanspruchen. Darin stimmte die ökonomietheoretische Grundlage der Aufklärer mit diesen überein. »Wie Locke begreift Quesney das Recht auf Eigentum als den Kern des Naturrechts [...]. Aber hier wie überhaupt unterscheiden sich die Physiokraten von den Liberalen in dem entscheidenden Punkt: nicht aus dem egoistischen Zusammenspiel *unmittelbarer* Interessen würde sich die erstrebte Harmonie *naturwüchsig* ergeben, sondern nur aus dem *aufgeklärten* Selbstinteresse im Rahmen einer *staatlich organisierten* Naturordnung« (ebenda, 70). »Mit Rousseau kommen also die Physiokraten darin überein, daß es Menschenrechte nur *als* Bürgerrechte, Freiheit nur *im* staatlichen Zustand geben kann« (ebenda, 71).

Das Gleichheitsprinzip, eingebunden in die Tugend-Logik politischer Geltung, animiert gewissermaßen den Einzelnen dazu, seine ganz private Lebensweise allgemein legitimiert und legalisiert sehen zu wollen und dies als Beitrag zur politisch korrekten Zukunft des Ganzen zu sehen. Es ergibt sich eine kulturelle Atmosphäre verstaatlichten Emanzipationsbedürfnisses und Emanzipationsdrucks. Die erregt schon immer und aktuell zunehmend die Gemüter, die nicht all jene

benssicherung unterstellt, in dem jedes Individuum durch Arbeit ganz naturwüchsig zu Eigentum gelangt, das es verwaltet und verbraucht. Sobald es einen Markt gibt, verallgemeinert sich das Prinzip des singulären Konsums von Arbeitsprodukten, so dass Regelungen getroffen werden müssen, das private Eigentum als für alle gültiges Prinzip des gemeinsamen Überlebens zu sichern. Das nun moderne liberale Naturrecht konzipiert – paradox – einen Staat, der »bloß den restriktiven Sinn einer Abschirmung der privatautonomen Sphäre des gesellschaftlichen Verkehrs gegenüber staatlichen Interventionen« (Habermas 1967, 64) hat. Das Paradox wird uns noch beschäftigen.

gesetzlich anerkannt sehen wollen, die selbst mit den befremdlichsten Selbststilisierungen beanspruchen, eine allgemeingültige kulturelle Form von Lebensäußerung zu sein, die gar als natürlich zu gelten habe. Aber dieser Anspruch ist der Kern der paradoxen Definition von demokratischer Selbstbestimmung: Die eigene Natur ist nicht mehr naturgegeben, sondern ein demokratisches Bürgerrecht und erst dadurch naturgegeben. Diese Definition ist unverzichtbar, wenn und insofern es Wirklichkeiten politischer Ungleichheit innerhalb der Demokratie gibt, deren Status als Minderheiten daraus resultiert, dass die Logik moderner naturalistischer Deutungsmuster dazu führt, Andersartiges und Fremdes in der Weise dingfest zu machen, dass es als minderwertig diskriminiert wird. Gerade das Naturgegebene als Maßstab von Geltung enthält die Tendenz, diejenigen herabzuwürdigen, die sich dem entziehen oder konventionell als dem herrschenden Leistungsstandard und der herrschenden Lebensart unangemessen gelten. Dem kann nur durch die egalitäre Verrechtlichung abweichender natürlicher und kultureller Eigenart begegnet werden. Das ist eine Konsequenz aus dem politischen Programm der französischen Revolution gegen den Absolutismus. Aber die egalitäre Ausrichtung auf die Herrschaft des Volkes konnte den Jakobinismus nicht verhindern – er ist ihr konsequentes Ergebnis, wenn es keine Reflexionen, Maßnahmen und Institutionen gibt, die den Rigorismus unterbinden; die Demokratie braucht einen Gegenpol zur strikt egalitär tugendhaften Volksherrschaft.

Dieser Gegenpol entstand im Liberalismus. Im Unterschied zum ganz anders konstruierten rousseauistischen Paradigma ist Glück als persönlicher Bezugspunkt von politischer Freiheit eine Art der Individualisierung, die zunächst ausschließlich auf ein alltägliches Wohlbefinden aus ist. Im liberalen Naturrecht gibt es aber neben der auf Hobbes und vor allem auf Locke zurück gehenden Tradition eine Linie, die sich in der sogenannten Country-Opposition formierte. James Harrington hat für die englische Revolution diese Tradition begründet. Sie wurde durch die englische Moralphilosophie und die politische Philosophie der »Enthusiasten« weitergeführt. An antiken Vorbildern, Montesquieu sowie den politischen Idealen der venezianischen Republik orientiert wurde ein sogenannter politischer Humanismus vertreten, der nach

der Eroberung des Kontinents in den Vereinigten Staaten die politische Kultur wesentlich beeinflusste. In England wurde er auch wirksam im »Neo-Harringtonianismus« jener »Country Opposition«.⁸ Dieser Ursprung bildet bis heute eine der Grundlagen für die Kooperation liberaldemokratischer Positionen mit dem Konservatismus.

Der wichtigste politisch-philosophische Exponent der Country Opposition und Vertreter des »Enthusiasmus« war Lord Shaftesbury. Er begründete unter Abgrenzung von Locke und besonders von Hobbes innerhalb des Liberalismus eine platonische Variante der liberalistischen Kritik am Absolutismus. Die Variante wird für den Republikanismus bei der Formierung des amerikanischen Demokratie bedeutsam⁹, beeinflusste aber auch in Deutschland zum Beispiel Herder und die Gebrüder v. Humboldt. Grundsätzlich stimmt zunächst ein Ausgangspunkt des Naturrechts von John Locke mit dem von Shaftesbury überein. Dieser bezieht ein Leben in Freiheit ebenfalls auf Glück. Aber bei Shaftesbury gibt es als Differenz den enthusiastischen Bezug auf die Einheit eines Ganzen mit dem Guten. Shaftesbury entwickelt dazu eine eigene Philosophie des Wohlbehagens, eine Philosophie des »Genusses« (Shaftesbury o.J. [1905], Zweites Buch, ab Seite 63 durchgängig). Sie ist nah an Lockes Verbindung von Annehmlichkeiten, Lust, Glück und Freiheit, unterscheidet sich aber doch in einem wesentlichen Punkt. »Genuss« meint – umfassend – Zustände körperlicher, intellektueller und seelischer Euphorie. Diese privaten Befindlichkeiten sind – und das macht die Referenz auf den Platonismus aus – Zustände der enthusiastischen Einheit mit dem kosmischen Ganzen. Nur in dieser Verschmelzung

8 Zu den Differenzen zwischen Harrington einerseits und der Country-Opposition andererseits in ihrem jeweiligen Verhältnis zum Liberalismus im engeren Sinne, vgl. Vesting 1998; aus diesen Differenzen und Außenabgrenzungen folgen differierende Begriffe von Freiheit und Individualität.

9 Vgl. als Überblick Mager 2004, Mouffe, o.J., Niederberger, Richter 2014, insbesondere Mager zu der Kategorie des »Republikanismus«. Er diskutiert dort, ob dieser Zweig der gemeinsamen Abwendung vom Absolutismus noch dem Liberalismus zugerechnet werden kann; Vgl. auch den Exkurs über W. v. Humboldt in »Paradigmenwechsel revisitet II« in »Konservatives geographisches Paradigma mit Hang zum Fortschritt« in Eisel 2021a.

koordiniert sich das persönliche Glücksstreben mit dem absoluten Guten – ein Anliegen, das dem liberalistischen Egoismus höhere Weihen verschaffen soll. Die platonische Einbindung des zugrunde liegenden liberalen Naturbegriffs ist normativ gemeint und bezieht sich auf das Wesen einer Sache, das heißt das, was es seiner Idee gemäß und mit Vernunft begründbar ist.¹⁰ Eine solche Verbindung mit einer übergeordneten, ganzheitlichen Instanz ist aber mit der nominalistischen Tradition des Empirismus und Liberalismus unvereinbar und bedeutet den Bruch der Country Opposition mit der Tradition von John Locke.

In dessen Tradition wirkt dagegen noch das sophistische Selbstverständnis, dass vernünftige einzelne Überzeugungskraft und deren gemeinschaftlicher Einsatz die Grundlage freiheitlicher Verhältnisse ist. Diese Verhältnisse beruhen auf von Menschen beschlossenen Gesetzen, den Nomoi; dennoch beziehen die Gesetze ihre Geltung aus der Natur. Hierbei wird die »Geltung des Nomos reduziert [...] auf die natürliche Kraft, die ihn hervorgebracht hat« (Spaemann 1987, 154). Jeder durch die Idee der Natur begründete Nomos »drückt genau die Kräfteverhältnisse aus, die ihn hervorgebracht haben, und ist in diesem Sinne natürlich. [...] Gemeinwohl ist, was Einzelnen als Gemeinwohl erscheint oder wovon es ihnen gelingt, andere als von einem Gemeinwohl zu überzeugen« (ebenda, 155). Das ist die sophistische Grundlage des Liberalismus und des Republikanismus, die von Shaftesbury aber mit dem platonischen Begriff des Naturgemäßen verbunden wird, ohne dass er die gemeinsame Basis mit der sophistischen Tradition ganz verlässt. Die vernünftige Überzeugungskraft gewährleistete seinerzeit die Begründung des

10 Vgl. dazu Spaemann 1987. Dort wird der Unterschied zwischen dem normativen und einem auf den Ursprung einer Sache bezogenen Naturbegriff erläutert. »Platons These ist: Es gibt den natürlichen Nomos, es gibt das von Natur Gerechte, und der Grund seiner Geltung liegt in seiner Natürlichkeit. Aber diese Natürlichkeit ist nicht eine des Ursprungs, sondern eine der Angemessenheit, es ist »Naturgemäßheit«. Die Einsicht in diese Angemessenheit ist Sache der Vernunft. Wer solche Einsicht nicht besitzt, der fragt nach der Genesis, ihm muß man eine »edle Lüge« erzählen, die die Vernünftigkeit der Sache selbst in eine Geschichte über ihren Anfang verwandelt« (Spaemann 1987, 155).

gesellschaftlichen Ganzen als Volksherrschaft in der Polis. Im modernen liberalen Naturrecht von John Locke ist aus dem sophistischen Widerstand der einzelnen Kraft der Vernunft gegen die Macht des Brauchtums und der Blutrache der Widerstand der Eigentümer, die ihr Leben genießen wollen, gegen den Absolutismus geworden – und dies in der Folge notfalls gegen die demokratische Regierung, die sie selbst eingesetzt haben. Beide – Sophismus und Liberalismus – berufen sich auf das Recht zum Widerstand gegen Herrschaft, die bestreitet, dass die Einzelnen Kraft ihrer naturgegebenen Vermögen das Vernünftigste erreichen werden, das für ihr Überleben notwendig ist.

Diese Stoßrichtung von liberaler Vergesellschaftung moralisiert das egoistische Selbstverständnis ebenfalls auf eigentümliche Weise, führt aber im Republikanismus zu ganz anderen Konsequenzen, als auf der Gegenseite der Bezug auf die Tugend aller Einzelnen im Rousseauismus. Das gemeinsame Wohlbefinden als ein öffentliches Ganzes naturgegebener Selbstverständlichkeiten ist gut im Sinne einer strikten persönlichen Widerständigkeit gegen alle Formen, dem Guten in einem höheren und universalistischen Sinne zum Recht zu verhelfen; unter anderem darin liegt der grundsätzliche Dissens des Christentums zum Liberalismus begründet. Es geht gegen alle staatlichen Maßnahmen und persönlichen Haltungen, die Tugend im Sinne irgendeines »höchsten Gutes« gegen jenes naturgegebene Wohlbefinden ausspielen. Solche Maßnahmen sind aber die jakobinischen Regulierungen, die dem Naturgegebenen ihr egalitäres moralisches Lernprogramm verordnen. Der Widerstand dagegen treibt die US-amerikanische Regierung und ihre Hintermänner um. Sie nennen die Prinzipien der französischen Aufklärung Wokeness und fühlen sich in ihren banalen Selbstverständlichkeiten eingeeengt; die nennen sie ihre Freiheit und reden damit insofern keinen Unsinn, als sie konsequent dem liberalistischen Schwerpunkt ihrer republikanischen Verfassung folgen.

In dieser paradoxen Konstruktion einer Ausrichtung am wohlorganisierten einzelnen Lebensgenuss als Ausdruck eines in der philosophischen Tradition des Enthusiasmus noch kosmischen Ganzen, dagegen im Republikanismus als Voraussetzung eines säkularen gesellschaftlichen Volksganzen, ist die Spannung US-republikanischer Politik ange-

legt. Bei Shaftesbury wird jener Genuss des Lebens als Zustand eines »Selbstgenusses« oder auch von »Selbstliebe«¹¹ begriffen (vgl. Shaftesbury o.J., 91), der »aus einem andern höchsten, ursprünglicheren Selbst (dem großen Einen der Welt) entstanden« (Shaftesbury 1980, 155) ist. In diesem genussvollen selbstkonstitutiven Rückbezug artikuliert sich die Verbundenheit mit dem Ganzen; dem Ganzen wird nur Rechnung getragen, wenn alle Einzelnen sich ihrer selbst unter Bezugnahme auf ein glückliches Leben bemächtigen. Die amerikanische Verfassung kodifiziert das durch das Prinzip des »pursuit of happiness«. Wenn die Einzelnen sich ihrem Staat dienlich erweisen wollen, müssen sie auf ihrem Widerstandsrecht bestehen, wenn der ihnen ihr einfaches Lebensglück vermiest. »Die Freiheit des Einzelnen erhält somit, gerade in dem Vertrauen, mit dem Guten auch das Glück des Lebens zu wählen, Züge der *Selbstbehauptung gegenüber dem Ganzen*, das doch der Zweck des Einzelnen ist« (Uehlein 1976, 212 unter Bezug auf Shaftesbury; Hervorh. U. E.).

Durch Thomas Paine wurde das englische Naturrecht auf die Situation des amerikanischen Widerstands gegen die englische Kolonialherrschaft übertragen. Dieser Kampf hatte nicht das Ziel »der Konstruktion einer die Gesamtgesellschaft organisierenden Verfassung« (Habermas 1967, 64), sondern »im Gegenteil, ihr einziges Ziel ist Beschränkung der politischen Gewalt auf ein Minimum« (ebenda). Denn insoweit das moderne liberale Naturrecht nicht erst begründet werden muss, sondern bereits existiert, gilt es nun ganz praktisch seine Prinzipien den Gegebenheiten anzupassen, die darin bestehen, die Warengesellschaft und den Kapitalismus in seinen Frühformen in einer Wildnis und ohne uralte Traditionsgrundlagen zu etablieren. So wird das liberale Naturrecht pragmatisch radikalisiert US-republikanisch. »Die Positivierung des Naturrechts ist keine Sache von Revolutionen, sobald die Rights of Man unter dem gemeinsamen Namen von Laws of Nature mit den Principles

11 Als degenerierte Form kann das alberne narzisstische Gebaren von Donald Trump, zum Beispiel wenn er bei Ansprachen demonstrativ leicht abgewandt mit hochgezogener Schulter eine selbstverliebt überhebliche Pose einnimmt, zur Illustration dienen. Shaftesbury würde schaudern.

of Society zusammenfallen. Die natürlichen Rechte finden ihre zuverlässige Entsprechung in den Gesetzen von Handel und Verkehr; diesen aber gehorchen die Privatleute, weil es unmittelbar in ihrem Interesse liegt« (ebenda, 66). »An die Stelle der Unterscheidung von Natur- und Gesellschaftszustand (wie noch bei Locke; U.E.) ist die von Gesellschaft und Staat getreten. Die naturrechtlichen Schranken jeder Regierungsgewalt, die Locke zufolge aus dem Natur- in den Gesellschaftszustand hineinragten, sind zu Gesetzen einer Naturgesellschaft geworden, der gar kein Vertrag mehr zugrunde liegt« (ebenda, 65). Das ist das Gegenteil der Idee von gesellschaftlicher Synthesis durch einen »Contrat Social«, welche die egalitäre Demokratie bestimmt. Gleichwohl unterliegt für den Republikanismus die gesellschaftliche Naturwüchsigkeit im Kapitalismus einer Gesetzmäßigkeit. »Paine identifiziert nämlich die natürlichen Rechte des Menschen mit den natürlichen Gesetzen des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit« (ebenda, 64f.). Damit macht der US-Republikanismus nun ernst.

Das Paradox der *Unterwerfung* unter das Ganze *durch* individuelle *Selbstbehauptung* gegenüber seinem staatlichen Ausdruck charakterisiert das liberale Naturrecht. In der amerikanischen Verfassung wird daher die Idee einer gesellschaftlich verfassten Ganzheit aufgegeben zugunsten einer »Naturgesellschaft«, die »den Staat nur als ein abgespaltenes Moment, ein verselbständigtes Partikulares gelten lässt« (ebenda, 65). »(D)ie Gesellschaft, heißt es einmal, beginnt in dem Augenblick selbsttätig zu handeln, in dem die formelle Regierungsgewalt abgeschafft ist – es entsteht dann eine allgemeine Assoziation, und das gemeinsame Interesse schafft universelle Sicherheit« (ebenda, 65 im Anschluss an Paine).¹² »Die der Natur gemäß eingerichtete und vor allem eingeschränkte Regierung ist nun »out of society« (ebenda). Dieses Selbstverständnis trägt die republikanische Politik und wird jederzeit in der US-amerikanischen Realität sichtbar, ist aber auch ganz allgemein in der liberalistischen und rechtspopulistischen Kampagne gegen »zu

12 Das lässt die Neuauflage durch die von Curtis Yarvin vorgeschlagenen Lösung assoziierter kapitalistischer Aktionäre, die jede Regierung ersetzen, in einem anderen – republikanisch gesehen trivialen – Licht erscheinen.

viel Staat« gegenwärtig. Der egalitären demokratischen Strategie, die Gleichberechtigung aller Lebensformen voran zu bringen, wird mit dem Hinweis auf die Unterdrückung individueller Freiheit derjenigen begegnet, die einfach vom Staat in Ruhe gelassen werden wollen und erst recht keine moralischen Vorschriften politischer Korrektheit akzeptieren.

Diese Widerständigkeit lässt sich in den USA ideal unter Bezug auf die unzähligen individuellen Leistungen der Eroberer des ganzen Kontinents überhöhen und zu einer kollektiven Mentalität verfestigen. Die Freien und Tapferen haben nicht nur die englischen und französischen Kolonialmächte besiegt, sondern auch – mit unerschütterlichem Gottvertrauen – die ansässigen Heiden und die unendliche Wildnis als solche. Was schier menschenunmöglich erscheint, aber trotzdem gelang, muss offenbar Gottes Wille gewesen sein. Diese Art von Individualität der ungetrübten, Gott offenkundig wohlgefälligen,¹³ glorios überhöhten Selbstermächtigung trägt das Gemeinwohl auf der Grundlage des republikanischen Unverständnisses für emanzipative Tugenden;¹⁴ Individualität bestätigt sich dann in Aversionen gegen Brüche mit den glorreichen Traditionen des Ganzen, das sich mit Shaftesburys Idee vom Guten werthaft imaginieren lässt. Sobald der Staat (oder seine intellektuellen Erfüllungsgehilfen in der Gesellschaft) den demokratischen politischen Wertekanon im beschriebenen emanzipatorischen, egalitären Sinne verordnen, wird dagegen der konstitutive Zusammenhang mobilisiert, der das in Einzelinteressen von »Deals«-Machern aufgelöste, kapitalistische Geschehen mit dem Recht der individuellen Selbstermächtigung gegen das staatliche Ganze verbindet. So sieht sich das, was die Gesellschaft ausmacht, im freiheitsliebenden Einzelnen

13 Vgl. den Hinweis auf die (Theo-)Logik des Calvinismus auf Seite 118f.

14 »Thomas Paine (...) brauchte in sein Revolutionskalkül weder Tugend, noch eine durch Manipulation und schließlich Terror erzwungene Tugend aufzunehmen; jede effektive Verbesserung der Lebensumstände muß sich, so betont er, durchs persönliche Interesse aller Einzelnen vermitteln. / Dieser Satz steht in den »Rights of Man«, die inzwischen wie wir aus den Briefen Jeffersons an Paine wissen, zum Textbook der Republikaner geworden waren« (Habermas 1967, 76).

verankert, der sich in seiner Freiheit durch eine Öffentlichkeit bestätigt sieht, die dem Staat misstraut. Diese Haltung ist dann, insofern sie dem einzelnen Genuss dient, legitimiert im Sinne von Shaftesbury als das Gute.¹⁵ Das kristallisiert sich dann darin, dass das staatliche Ganze ein gutes Leben des unreglementierten Selbstgenusses im stolzen Gefühl einmaliger historischer Leistungen und Errungenschaften ermöglicht. Mit dem nationalistischen zivilen Ungehorsam in Übereinstimmung erweist sich die republikanisch konditionierte Staatsmacht darin, dass sie Wokeness negativ sanktioniert; denn auch deren Vertreter sonnen sich im Guten, meinen aber einen tugendsamen Gehorsam damit. Zum Aufstand gegen solche Politik sehen sich dann auch all die einzelnen Kämpfer für die republikanische Art der Freiheit individuell ermuntert und berufen und als gute Amerikaner bestätigt. Ihr Staat legitimiert sie

-
- 15 Es ist signifikant, dass Donald Trump in seinen Reden und Tweets häufig als politisches Verdikt die Bewertung durch Gut und Böse benutzt, dies selbst dann, wenn es gar nicht um handelnde Subjekte geht, sondern um politische Tatbestände, die auf eine Reglementierung des Einzelnen oder aber seinen Widerstand dagegen hinauslaufen. Personen, die seinem politischen Programm nicht folgen, beschimpft er dementsprechend oft unflätig als schlechte und minderwertige Menschen bzw. pflegt die Attitüde, als Anwalt des Guten und Rechten Lob und Tadel zu erteilen sowie herrisch Unmut und Enttäuschung über Verhalten von Politikern oder Regierungen zu äußern, so als ginge es bei seinen Deals um persönliche Beziehungen unter der Perspektive der Einhaltung sittlicher Gebote. Es kann hier nicht über die wenigen noch nachfolgenden Beispiele hinaus die Vielzahl von Einlassungen, Attitüden, Habitualisierungen, Polemiken, burlesken Aktionen der politischen Akteure passend zur theoretischen Rekonstruktion der Situation in Erinnerung gerufen werden. Auf der Gegenseite gleicht sich der politische Diskurs dem Habitus Trumps an. Es gilt bereits als politischer Erfolg, wenn ein Zusammentreffen mit ihm nicht in einem Eklat endet. Die europäischen Spitzenpolitiker unterwerfen sich seinen Unflätigkeiten und richten ihre diplomatischen Strategien darauf aus, gelobt zu werden. Die Informationsmedien übernehmen diese Kriterien und suggerieren Nachrichten auf dieser Ebene als politische Berichterstattung. Insgesamt degeneriert Weltpolitik zu einer beschämenden politischen und medialen Posse.

darin.¹⁶ Das Gute bündelt die verschiedenen antiegalitären Aversionen nationalistisch; der kosmologische Enthusiasmus Shaftesburys wird amerikanisch. Das ist dann eine probate Anschlussstelle für konservative und rassistische Ideologien und politische Strategien.

Dagegen opponiert das egalitäre demokratische Bewusstsein, sieht sich alsbald der Diskriminierung ausgesetzt und hält egalitär dagegen. Das innerdemokratische Verhältnis zwischen Demokraten und Republikanern, aber auch die entsprechende Polarisierung in den anderen Demokratien, schaukelt sich als Zirkel in einem Kulturkampf hoch. Im politischen Gerede heißt das dann »gesellschaftliche Spaltung« und wird bewusstlos bejammert. Die Polarisierung in eine egalitäre gegenüber einer libertären Grundhaltung bedeutet nicht, dass im Rahmen einer republikanischen Geisteshaltung für die Einzelnen der Wille und die Möglichkeit zur Emanzipation ausgeschlossen wäre, aber der Republikanismus ist in seiner politischen Logik nicht darauf ausgerichtet und nicht daran interessiert, dass die Bürger sich dafür interessieren.

16 Das Ideal einer weitestgehend von staatlichen Regulierungen befreiten Gesellschaft widerspricht nicht der offenkundigen Regulierungs- und Bevormundungspraxis der republikanischen US-Regierung nach dem November 2024. Wesentlich ist, dass sie sich ja als Sprachrohr des gesellschaftlichen Öffentlichkeit und darin legitimiert sieht, den anti-egalitären Common Sense der »wahren« Amerikaner zu exekutieren, das heißt, dass sie ihre autoritären Regulierungen und Meinungsverbote als Deregulierung sieht, insofern die Freiheit eröffnet wird, sich gegen egalitäre Bevormundung zu wehren. Die Ereignisse bei der Erstürmung des Capitols, die Inhaftierung der Täter und ihre Begnadigung nach der US-Wahl 2024 verdeutlichen die beiden Konstellationen des Verhältnisses der Bürger zum Staat. Unter demokratischer Regierung und Wahrnehmung erhebt sich das Volk illegal gegen die Regierung, was im republikanischen Selbstverständnis aber legitim und gewissermaßen republikanisch-legal ist; unter republikanischer Regierung und Wahrnehmung werden die von den Demokraten illegitim Inhaftierten von Staatswegen dann republikanisch legalisiert befreit. Die strafrechtliche Seite der Vorkommnisse kann auf dieser inkommensurabel verdoppelten weltanschaulichen Grundlage nicht anders als ambivalent changieren. Deshalb ist die politische Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs von entscheidender Bedeutung für den politischen Prozess.

Der Widerwille der Republikaner gegenüber staatlicher Verwaltung und gar staatlich verfügter Emanzipation ergibt sich aus der spezifischen liberalen Konstruktion des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat, das heißt aus den »neuen, naturrechtlich begründeten Formen der Herrschaft« (Habermas 1967, 77). Sie beruhen »gleichzeitig auf den Gesetzen einer vom Staat getrennten Gesellschaft und den Rechten der Menschen, die als Mitglieder der Gesellschaft die Regierung mit der Wahrung der Geschäfte beauftragen, aber nicht selber dem Staat inkorporiert sind« (ebenda). »In der liberalen Naturrechtskonzeption entsprechen die Grundrechte den Gesetzen eines vorstaatlich ausgebildeten Verkehrs, dessen Substanz aus einem Naturzustand oder aus einer naturwüchsigen Gesellschaft stammt und auch im Rahmen der politischen Ordnung unversehrt erhalten bleibt, ja, die politische Ordnung hat ausschließlich den Zweck, sie zu konservieren« (ebenda, 73). Was Habermas hier »vorstaatlichen Verkehr«, »Naturzustand« und »naturwüchsige Gesellschaft« nennt, charakterisiert die Legitimation der kapitalistischen Produktionsweise durch die liberalen Naturrechtsphilosophen und Ökonomen als einen naturgegebenen Zustand von Vergesellschaftung durch Überlebensbemühungen, die auf das natürliche Recht des Genusses von Eigentum abzielen, das der Staat zu gewährleisten hat. Vor allem wird aber auch die liberalistische Perspektive auf das Naturgegebene als Grundlage objektiver Geltung des Subjekts deutlich, die die Differenz zum Subjektbegriff ausmacht, der die Überwindung des Naturgegebenen fordert. »Unter diesen Umständen genügt es, eine Regierung widerruflich mit dem Auftrag zu betrauen, die natürlichen Rechte zu sanktionieren. Die Mitglieder der Gesellschaft behalten sich vor, eine Regierung einzusetzen, und zu prüfen, ob sie vertrauenswürdig arbeitet. Das ist der einzige Akt politischer Willensbildung, den die amerikanische Unabhängigkeitserklärung in der Form einer »Zustimmung der Regierten« (consent of the governed) definiert. Der ununterbrochene Rekurs auf einen kontinuierlichen Vollzug der politischen Willensbildung erübrigt sich. Dieses von Rousseau in der Souveränität des Volkes begründete »aktive Zusammenwirken aller« (l'action de tous) wird erst dann obligatorisch, wenn die Institutionalisierung der Grundrechte nicht eine vorstaatliche Substanz bloß

zu erhalten braucht, sondern eine wie immer nach Prinzipien der Natur selbst organisierte Gesamtverfassung« (ebenda, 73f.) anzielt, welche die der menschlichen Natur gemäßen gesellschaftlichen Verhältnisse »erst schaffen, durchsetzen und aufrechterhalten muß. Dazu bedarf es einer omnipotenten politischen Gewalt und darum auch der demokratischen Integration dieser Gewalt in einen stets präsenten politischen Willen. / Nicht als ob *eine* Auffassung das demokratische Prinzip anerkennt, die *andere* es leugnet. Beide unterscheiden sich nicht primär im Hinblick auf die Organisation der Staatsgewalt, sondern durch die Interpretation des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft« (ebenda, 74).

Im Republikanismus ist das staatliche Ganze durch die Sicherung der ungestörten Funktionsweise des öffentlichen Lebens legitimiert und auf einen unverbrüchlichen »Naturzustand« des Gesellschaft bezogen – den der kapitalistischen Produktionsweise. »Eine Radikalisierung der Demokratie kann sich Jefferson nur derart vorstellen, daß die Herrschaft der öffentlichen Meinung (Lockes Law of Opinion) eine Regierung aufgrund formeller Gesetze ganz überflüssig macht« (ebenda, 74). In diesem Zusammenhang einer – auf Thomas Paine zurückgehenden – unbedingten Freigabe des öffentlichen Diskurses wird verständlich, wie sich nun die globalisierte digitale Kommunikation gestaltet und vor allem, wie die US-republikanische Politik darauf reagiert. Wenn der Meinungsaustausch zwischen den Menschen durch die Nutzung des world wide web keiner technischen Beschränkung mehr unterliegt, ist die Voraussetzung für den Idealzustand von Jeffersons Vision republikanischer Herrschaft erreicht. Dann ist es zwingend, weitestgehend alle Meinungsäußerungen tatsächlich auch zuzulassen und die Selektionsalgorithmen so zu gestalten, dass jene Beiträge, die sich gegen egalitäre und emanzipative, auf moralisch tugendhafte Weise vorgetragene Haltungen stellen, keinesfalls verhindert werden. Solche antiegalitären Beiträge widersprechen den verpönten »unamerikanischen«, nämlich rousseauistisch tugendsamen, Einschränkungen moralisch ungebundener Freiheit. »Hasskommentare«, die sich gegen aufgeklärten und multikulturellen Pluralismus und Regeln seiner Verwirklichung richten, sind dann Belege freiheitlicher Gesinnung, die sich an das Naturebene hält.

Daraus ergibt sich eine machtpolitische Veränderung öffentlicher Herrschaft. Die ökonomische Macht der Inhaber von Plattformen und Bezahldiensten schlägt sich in deren Informationspolitik nieder.¹⁷ Diese Politik ist – letztlich noch immer in der Logik des demokratischen liberalen Republikanismus, nun aber monopolistisch radikalisiert – strikt darauf ausgerichtet, staatliche Institutionen zu schwächen, wenn sie die Nachtruhe der Kapitalisten sogar stören, statt zu bewachen. Mit der digitalen Übernahme der öffentlichen Kommunikation durch milliardenschwere Kapitalisten ist die republikanische Öffentlichkeit nicht mehr eine naturrechtlich liberalistisch begründete, politische Konstruktion der Unabhängigkeit der Ökonomie von Politik, sondern ein kapitalistisches Projekt der ökonomischen Übernahme von Politik – einer Politik, die dann den Widerstand gegen die egalitären Tugenden unter finanzkapitalistischer Perspektive durchsetzt.¹⁸ Mit der kapi-

17 Unter den Voraussetzungen dieses republikanischen Freiheitsbegriffs und seiner Stoßrichtung gegen egalitäre Bevormundung ist das allseits zu Verwunderung und Ratlosigkeit führende Verdikt von Elon Musk oder Peter Thiel, Freiheit und Demokratie seien unvereinbar, jederzeit verständlich – allemal in Verbindung damit, dass Musk zudem Besitzer einer jener Plattformen ist. Der aufgeschreckte politische Diskurs darüber ist völlig hilflos und ohne Zugang zur Realität. Das bedeutet natürlich nicht, dass Musk Recht hat, aber sein Paradigma zwingt ihn und seine verbündeten Tech-Millionäre zu dieser Einschätzung. Und jene, die das Verhältnis von Freiheit und Demokratie auf das egalitäre Paradigma reduzieren, zeigen mit ihrem Kopfschütteln, wie wenig sie von den Grundlagen und inneren Differenzen der bürgerlichen Revolution, deren Grundprinzipien sie doch verteidigen wollen, verstanden haben.

18 Über die »Fusion von Finanzökonomie und Kommunikationstechnologien« (Klappentext) und die Funktionsweise der »Plattformen« berichtet Vogl 2021 ausführlich. Dort wird gezeigt, dass die informationstheoretische Technik der Digitalisierung nicht einfach ein probates Mittel arrivierter globalisierter Kommunikation ist, sondern ein finanzkapitalistisch strukturiertes ökonomisches Wettprinzip zur Selbstverwertung des Werts ohne sachlichen Rückhalt in Wertschöpfungsprozessen. Daher zur Logik von Termingeschäften, die keinerlei Ähnlichkeit mehr mit dem hat, was sie eigentlich verwirklichen soll, nämlich Warentauschhandlungen: »Jemand, der eine Ware nicht hat, sie weder erwartet noch haben will, verkauft diese Ware an jemanden, der die Ware ebenso wenig erwartet oder haben will und sie auch tatsächlich nicht bekommt« (Vogl,

talistischen Okkupation der Öffentlichkeit entsteht eine Atmosphäre des Ressentiments (Vogl 2021). Die geht darauf zurück, dass die ökonomische Okkupation der politischen Sphäre durch die Plattform-Milliardäre die Seite des Republikanismus im Verhältnis zu den Demokraten übermächtig werden lässt. Das bietet die ideale ideologischen Anknüpfungsmöglichkeit für nationalistische, völkische und rassistische Theorien und Haltungen. Es entsteht die absurde Situation, dass »Kapitalismus-pur« – was eigentlich auf idealtypische liberalistisch-demokratische Politik hinauslaufen sollte – mit dem Vormarsch jener Ideologien zusammenfällt. Die konservative politische Philosophie enthält ihrerseits die Einstiegsmöglichkeiten in den Republikanismus.

2010/2011, 94). Diese Art spekulativer Geschäftemacherei wird durch die Plattformen rasant gesteigert und zum Beispiel in einem grotesk ausufernden Angebot von Wett-Plattformen im Alltagsleben kultiviert. Zur monopolistischen Strategie der Plattformkapitalisten, die politische Sphäre aufzulösen, sowie zur Herkunft der Selbststilisierung der »Charaktermasken« dieser Strategie aus Phantasy- und Science-Fiction-Texten und -Filmen vgl. Vogl 2024.

Konservativer Liberalismus

Wie verhält sich das Ressentiment als ideologische Gemeinsamkeit zwischen Finanzkapital, Republikanismus und konservativer Radikalisierung zu den Gegensätzen zwischen der liberalen Tradition und dem Konservatismus? Wir hatten gesehen, dass sich gemäß der Logik individueller Selbstbehauptung die Verbindung der Freien und Tapferen zu einer konservierenden Haltung gewissermaßen von selbst ergibt, um allfällige egalitäre und emanzipationsorientierte Regulierungen von oben abzuwehren. Im Rahmen der liberalen Tradition – und allemal unter der Perspektive der ständigen Überprüfung des staatlichen Ganzen mit dem Impuls enthusiastischer Selbstermächtigung gegenüber diesem Ganzen – ergeben sich für den Republikanismus zwanglos Anknüpfungspunkte an die politische Philosophie des Konservatismus und seine möglichen völkischen und rassistischen Konsequenzen. Im Konservatismus ist das Ideal humanistischer Individualität maßgebend.¹ Der Einzelne ist eine Unteilbarkeit von Gesetz und Freiheit, das heißt, er ist in seiner Freiheit vorbestimmt durch allgemeine gesellschaftliche – ursprünglich transzendente – Prinzipien und Werte; das ist die Seite des Gesetzes. Er repräsentiert sie – das ist die Seite der Freiheit – durch das Ausleben seiner Selbstbestimmtheit. Es ergibt sich ein komplementäres alternatives Paradox zu dem des Republikanismus: der Staatstreue durch potenziellen Widerstand. Die Einzelnen erlangen nur gesellschaftliche Geltung, wenn sie sich gemessen an jenen Prinzipien und Werten bewähren. Durch selbstbestimmte Bewährung angesichts

1 Vgl. Teil 2 in Eisel 2026 sowie die dort angegebene Literatur.

objektiver Werte konstituieren sie das Ganze in seiner Vielfalt. Denn zugleich sind diese Werte, die das vorgegebene Ganze in seiner Objektivität repräsentieren, nur real in den Einzelnen. Ohne das Streben nach Selbstverwirklichung der eigenen besonderen Anlagen, orientiert an jenen Prinzipien, bleiben diese reine Abstrakta ohne Leben. Die Idee dieser Art von verwirklichter Lebendigkeit strukturiert den Konservatismus; sie ist organologisch und teleologisch. Alle Entwicklung erfolgt individuell im Rahmen dessen, was die allgemeinen Prinzipien des Bezugs auf vorgegebene Werte und Traditionen ausmacht. Diese (monadologische) Vielfalt der natürlichen individuellen Anlagen begründet durch das Streben der Einzelnen, dass – umgekehrt – nur diese den allgemeinen Prinzipien des Ganzen, dem sie angehören, zur Geltung verhelfen können.² Nirgendwo anders realisieren sich die allgemeinen vorbestimmenden Werte als im Handlungszusammenhang der vielen einzelnen Selbstverwirklichungen. Das Ganze einer Gemeinschaft besteht aus der Vielfalt von Überlebensversuchen, die aber nicht egoistisch mit anderen in Konkurrenz gesehen werden, sondern darin kooperieren und sich ergänzen, dass im Kontext der Vielfalt des Ganzen die Einzelnen mit ihren besonderen Naturanlagen den übergeordneten Prinzipien von gemeinsamer Lebensweise Ausdruck verleihen. Dass Tradition die Menschen leiten kann, ergibt sich daraus, dass diese in sich deren Werte entdecken und sie mit ihren besonderen Anlagen ihrem eigenen Entwicklungserfolg zuliebe zu leben versuchen.

Der Rekurs auf gesellschaftliche Geltung, basierend auf der Bewährung von besonderen Naturanlagen, widerspricht den Ideen demokratischer Herrschaft, die mit dem Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz das Gegenteil einfordert: eine abstrakte Form der Individualität. Denn die politische und juristische Geltung von Besonderheit würde auf ein Herrschaftssystem der Ungleichheit hinauslaufen. Diese Art von Vergesellschaftung, der Feudalismus, wurde durch eine Revolution überwunden. Überträgt man das humanistisch-individualistische Denkmuster auf den geschichtlichen Prozess ergibt sich das völkische

2 Zur systematischen Konstruktion der autopoietischen konservativen Denkfigur bei Leibniz vgl. Eisel 1991, 2021 und 2024.

Denken. Dort gelten Völker – das sind dann kulturelle Individualitäten – als besondere historische Entwicklungsbevollmächtigte, die für das Ganze, das heißt ihre Nation – darin inkarniert sich ihre Tradition als Einheit von »Land und Leuten« (Riehl) – bedingungslos eintreten. Sie verantworten kulturelle Entwicklung, indem sie sich ermächtigen und darin bewähren, gemeinsam dem Land zur Größe zu verhelfen. Erfolgreiche Hochkulturen resultieren dann daraus, dass besondere Völker mit höherwertigen natürlichen Anlagen, als sie anderen Völkern zur Verfügung stehen, kulturbildend wirkten. Natürliche Anlagen können dann jederzeit rassistisch definiert werden.³

Worin besteht die Übereinstimmung des konservativen Paradigmas mit dem der Republikaner? Zunächst die Differenzen: An der Stelle, an der das konservative Denken die Vielfalt der Überlebensversuche im Rahmen des organologischen Paradigmas denkt, das auf die Vollkommenheit einzelner Entwicklungsprozesse ausgerichtet ist, gilt im Liberalismus – getreu seiner Funktion für den Kapitalismus und konform mit den späteren darwinistischen Schlussfolgerungen in der Evolutionstheorie – das Prinzip der Konkurrenz. Auch das ist ein Bewährungsprinzip – das des faktisch Leistungsstärksten; Maßstab ist Überleben. Das ist zwanglos als ein Aspekt jener paradoxen republikanischen *Selbstermächtigung* zu begreifen, die den Einzelnen im Widerspruch *gegenüber* dem Ganzen zu *dessen Diener* macht. Die Gesamtheit von Konkurrenten gedeiht, wenn Leistung sich lohnt; dann bewährt sich der Einzelne in seiner Geltung. Er behauptet und »genießt« sich im Konkurrenzkampf ums Glück.

Eine konservative Wendung kommt ins liberale Glücksspiel durch die Logik der Selbstbehauptung der Individuen gegenüber anmaßenden Bevormundungen von oben, welche die Konkurrenz durch das Verständnis für Andersartigkeit zu ersetzen gebieten und so bisher erfolgreiche Strategien des Überlebenskampfes durcheinanderbringen. Eine völlig andere Logik des gesellschaftlichen Zusammenlebens wird eingeklagt: Alle Konkurrenten sollen nicht nur die gleichen Chancen im Überlebenskampf haben, sondern auch darin gewürdigt werden, dass

3 Vgl. insgesamt Teil 2 in Eisel 2026.

sie ganz anders leben und sein wollen als es bisher für naturgegeben angesehen wurde. Die liberalistische Idee der kämpferischen Selbstbehauptung gegenüber staatlichen Vorschriften widersetzt sich neuen Zumutungen, die auf Emanzipation hinauslaufen und das Gleichheitsprinzip nicht auf Chancenverwertung, sondern auf die Abweichung vom naturgemäß Bewährten anwenden. Als lebensweltlicher Maßstab gegenüber solchen Neuerungen kann die Tradition dienen; das ist das Ganze des bereits Bewährten. Führen die Individuen es leistungsbereit fort, sind sie zwanglos im Bewährten aufgehoben. Sich davon zu emanzipieren, würde nicht nur mit der bisher erfolgreichen Praxis, sondern auch mit der Würde⁴ der Vergangenheit brechen. Um solche Hybris zu vermeiden, besteht die Selbstermächtigung des Einzelnen gegenüber staatlich verordneter Emanzipation besser auf dem, was sich ganz natürlich bewährt hat. Es stützt und dokumentiert seine Freiheit, nämlich die Freiheit sich staatlichen Anforderungen zu verweigern, die ihm dauerhafte Emanzipation zumuten, statt Leistung im Konkurrenzkampf ums Glück zu würdigen. Konkurrenz ist unversehens in Tradition eingebunden. Was im Darwinismus als Zufallsprinzip für Entwicklungsprozesse konstitutiv ist, hängt nun von einer spezifischen Tradition ab, die ein ganzes Volk von sich gegen alle Widrigkeiten und notfalls gegen die eigene Regierung durchsetzenden Freiheitkämpfern hervorgebracht hat.

Der Konservatismus und das völkische Syndrom sind somit jederzeit kompatibel mit dem US-amerikanischen Republikanismus in seiner heroischen Traditionspflege als kapitalistische Weltmacht sowie seinem zivilisationsimperialistischen Impuls der Amerikanisierung der Welt. Dabei können sich dann die republikanischen Präferenzen für eine naturrechtlich begründete Resistenz gegenüber staatlicher Regulierung, das heißt das Primat der Selbstbestimmtheit aller Einzelnen, um damit das Gemeinwohl des gesellschaftlichen Ganzen zu garantieren, mit der konservativen Idee der Bewährung der Einzelnen nach Maßstäben der Tradition verbinden, die ja das dem aktuellen Staat vorausgehende

4 Demgegenüber sind Tradition und Vergangenheit beim rousseauistischen Gegner eine Bürde.

gesellschaftliche Ganze ausmacht. Schon bei Shaftesbury deutet sich eine Überschneidung mit dem konservativen Bewährungsprinzip in der Weise an, dass eine strikte, das Leben tugendhaft beglückende Selbstgewissheit und -ermächtigung gegenüber dem Ganzen diesem zu Diensten ist und umgekehrt, das heißt, dass es einen zirkulären wechselseitigen Konstitutionszusammenhang gibt. Aber es gibt eine grundsätzliche Differenz in der Gemeinsamkeit, die wieder dem liberalen Grundgedanken geschuldet ist: Die Seite der individuellen Freiheit ist strikt um das eigene Wohl besorgt: »(J)eder sorgt nur für sich selbst« (Shaftesbury 1980, 153); die Herkunft aus der Idee des konkurrierenden Überlebens setzt sich durch. »Denn Sie müssen wissen, daß jede besondere Natur beständig das hervorbringt, war ihr eigenes Wohl erfordert« (ebenda, 156; Philokles im Gespräch mit Theokles). Der sich und die Welt genießende Egoismus erzeugt das Gemeinwohl und bewährt sich darin angesichts des Guten, dessen er sich damit durch Übereinstimmung mit dem Kosmos versichert. »(S)o gereicht alles, was sie (jede besondere Natur; U. E.) hervorbringt, zu ihrem eignen Vorteil und Wohl, das heißt, dem allgemeinen Wohle; und was zum Wohl des Ganzen dient, das ist recht und gut« (ebenda). Das Gute im universellen Sinne verwirklicht sich durch die Achtsamkeit auf die egoistischen Vorteile des Einzelnen. Auch in dieser Tradition nennt sich das affirmative selbstkonstitutive Verhältnis des Einzelnen zum Ganzen Tugend. Und wie in der französischen Aufklärung bedarf es dazu der Vernunft;⁵ ohne diesen Bezug kommt das moderne Naturrecht in keiner seiner Traditionslinien mehr aus. Shaftesbury knüpft damit auf seine Art an Locke an, der das Streben nach Glück durchaus nicht als ein Leben in Saus und Braus verstanden hatte. Er unterstellt es der Bedingung, sich vor nur eingebildetem

-
- 5 Bei Rousseau zerstören zwar Vernunft und Sprache die – mit einer unwillkürlichen Klugheit verbundene – naturgegebene menschliche Eigenschaft Mitleid und erzeugen demgegenüber Stolz, Habgier, Ehrgeiz, Bosheit, Missgunst, Eitelkeit, Schamgefühl, Neid und Unterdrückung. Aber gerade deshalb bedarf es, sobald die Unterdrückung revolutionär beseitigt wurde, der Einsicht, dass nunmehr nur mit Vernunft auf neuer Stufe gesamtgesellschaftlich das hergestellt werden kann, was der ursprünglichen Tugend auf neue Art Geltung verschafft.

Glück zu schützen (vgl. oben). »52. Das ist der Angelpunkt, um den sich die *Freiheit* vernunftbegabter Wesen bei ihrem unablässigen Bemühen und ihrem steten Trachten nach wahren Glück dreht, daß sie nämlich im einzelnen Fall in solchem Trachten *innehalten können*, bis sie sich umgesehen und unterrichtet haben, ob der besondere Gegenstand, der ihnen gerade vorschwebt oder begehrenswert erscheint, auf dem Wege zu ihrem obersten Ziel liegt und wirklich einen Bestandteil dessen ausmacht, was ihr größtes Gut ist« (Locke 2006, 319f.).

Damit stimmt Shaftesbury überein. »Und so sehen wir, inwiefern Wert und Tugend von der Erkenntnis dessen, was recht und unrecht ist, und von einem Gebrauch der Vernunft abhängen welcher hinreicht, eine richtige Anwendung der Triebe zu sichern« (Shaftesbury o.J., 20). Der Bezug auf die Triebe verweist auf die Naturbestimmtheit der Tugend. Es gilt bei Shaftesbury nicht, Tugend nach Vorgaben des Staates zu erlernen wie im Jakobinismus, sondern den Affekten Selbstgenuss abzugewinnen. »Bei wem die natürlichen, gütigen, edlen, auf das Wohl der Allgemeinheit gerichteten Affekte stark und mächtig sind, der besitzt darin das wichtigste und stärkste Mittel zum Selbstgenuß« (ebenda, 63). Darin drückt sich eine »vollkommene Neigung« (ebenda, 72) aus, die »stets sich selbst gleich, in sich übereinstimmend und vernünftig« (ebenda) ist. Solche »Vollkommenheit« ist »das Ergebnis der Tugend« (ebenda, 73f.). Tugend ist das Ergebnis einer genüsslichen Selbstreflexion: »Denkt jemand richtig über die Genüsse nach, [...] so wird er finden, daß sie gänzlich beruhen einmal auf einem heiteren Gemüt, das frei von Herbheit, Bitterkeit und Ekel ist, und dann auf einer wohlgeordneten, ruhigen, in sich zufriedenen Vernunft [...]. Solch ein Gemüt nun und solch eine Vernunft, welche zum Genuß der erwähnten Freuden geeignet und fähig machen, sind die notwendige Folge der natürlichen und guten Affekte« (ebenda, 74). Die naturgegebenen Grundlagen der Tugend sind die Triebe und Affekte des Einzelnen. Die Ebene entspricht der Bestimmung der Strategien, die Locke zufolge die Menschen bei der Suche nach dem wahren Glück bestimmen: sie wollen Schmerz und Übel vermeiden (Locke 2006, 271ff.). Beides wäre Unglück. Das Gute ist daher kein Maßstab im höheren Sinne, sondern ergibt sich auf einer sinnlichen Basis. »Alles, was einen jeweils geringeren Grad von Schmerz oder einen höheren Grad von

Freude verursacht, hat den Charakter des Guten oder umgekehrt« (ebenda, 310).

Die gelingende Verbindung zwischen individuellem Glücksstreben und freiheitlicher Gesinnung ergibt sich demzufolge aus der Entscheidung des Menschen, die sich von Schmerz oder Freude dadurch leiten lässt, dass er »nicht frei sein könnte, wenn sein Wille durch irgend etwas anderes, als durch sein vom eigenen Urteil geleiteten Begehren bestimmt wäre« (ebenda, 342). Damit ist der Freiheitsgedanke weder an objektive Werte und die Gesetzmäßigkeiten des Ganzen gebunden und derart teleologisch vorbestimmt wie im konservativen Denken, noch wie im völkischen Denken mit der Idee besonderer, historisch auserwählter Hochkulturen verbunden, sondern einfach ein Effekt einzelner, umfassend genießender, wohl bedachter Überlebensstrategen. Im Guten wie im Bösen gilt daher der Rekurs auf das Naturgegebene – unter Beachtung von »Sorgfalt, Überlegung und Bedachtsamkeit« (ebenda, 320), um nicht falschen Glücksversprechen auf den Leim zu gehen. Aber die Menschen sind darüber hinaus auch, sobald sie »frei von Schmerz« sind und damit voll einer »Freude, [...] die ihnen durch Gewohnheit lieb geworden ist, zufrieden« (ebenda, 335); lieb gewordene Gewohnheiten sind ebenfalls so etwas wie Naturgrundlagen des Glücks. Darauf hebt die republikanische Aversion, die sich aus der Verbindung von Naturgegebenem mit Tradition und gewohnter Alltäglichkeit speist, gegenüber emanzipatorischen Neuerungen ab.

Es fällt allerdings schwer, die enthusiastische Idee der Tugend mit all ihren freudvoll humanistischen Visionen von menschlicher Identität und empathischem Sozialverhalten wie Shaftesbury sie beschreibt, mit Exponenten der US-republikanischen Partei in Verbindung zu bringen; Shaftesbury stellt jedoch auch diverse »Laster« in Rechnung, die dem näherkämen. Die können »niemals Tugend sein, auf keine Weise, in keinem Sinne«; sie müssen »immer abscheuliche Verderbtheit bleiben« (Shaftesbury o.J., 21). Sie sind ihrer natürlichen Grundlage ausgeliefert, denn sie »sind entsprechend dem Stande ihrer sinnlichen Triebe gut oder schlecht« (ebenda). Wenn die aus demokratischer Perspektive als solche empfundenen Laster im aktuellen US-Republikanismus politisch im Widerstand gegen die Prinzipien der französischen Aufklä-

rung definiert und ausgelebt werden, sind sie für Republikaner keine. Sie sind gute natürliche Antriebe und Affekte tugendhafter Bezwingler der Wildnis – für den enthusiastischen Vordenker Shaftesbury wie auch für den bedachten Locke wären sie in ihrer Unbeherrschtheit vermutlich abscheulich. Aber es ist erst im Horizont des Denkens von Shaftesbury prinzipiell möglich, die gelingende Verbindung zwischen enthusiastischem Selbstgenuss und gesellschaftlichem Ganzen als Ausdruck des Guten im höheren (platonischen) Sinne zu begreifen und zu empfinden. Wie dann im US-Republikanismus das Gelingen definiert wird, ergibt sich aus der nationalistischen Bündelung kapitalistischer Interessen, die dem Konservatismus Tür und Tor öffnet und die liberalistischen Grundlagen ad absurdum führt.

Identität gegen Vielfalt gegen Identität durch Vielfalt

Die Haltung des US-amerikanischen Republikanismus zu Diversität und Identität lässt sich in den Rahmen der Anschlussfähigkeit des Republikanismus an völkisches Denken einordnen. Grundlage dafür sind die ideengeschichtlichen Zusammenhänge der Ideen der Individualität und der Vielfalt. Wie zuvor beschrieben, hat Vielfalt ihren Ort im konservativen Denken, insofern der Begriff auf die humanistische Idee der Individualität zurückgeht. Er steht im Zusammenhang mit der Vorstellung, dass Entwicklung (im kulturellen wie im ökologischen Sinne) darin besteht, dass Individuen gemessen an den allgemeinen Maßstäben und Gesetzen eines übergeordneten Ganzen ihre besondere Eigenart ausbilden, sowie darin, dass die Entwicklung dieses Ganzen aus dem Streben der Einzelnen besteht, sich gegenüber ihm und auch vor sich selbst besonders auszuzeichnen; dann entwickelt sich Vielfalt. Zum politischen Prinzip erhoben folgt daraus die Anerkennung von Ungleichheit als Bewertungsmaßstab von Geltung. Eigenart ist gewissermaßen der auf der politisch unverdächtigen, humanistischen Ebene formulierte Begriff, der politisch Ungleichheit impliziert. Beides widerspricht der naturrechtlichen demokratischen Idee, dass Individualität formal definiert ist als Freiheit unter der Bedingung ihrer Geltung für alle als Gleichheit vor dem Gesetz. Damit ist das ausgeschaltet, was für den Feudalismus politisch konstitutiv war: die Geltung von (gottgegebener) Besonderheit gegenüber Unfreien.

Insofern ist die Idee der Vielfalt in ihrer Verbindung mit der Idee individueller Eigenart eine konservative Gegenposition zu den Individua-

litätsbegriffen der bürgerlichen Revolution und der Demokratie. Diese Seite der Gegnerschaft des Konservatismus gegenüber dem egalitären demokratischen Individualitätsbegriff kommt der Trump-Regierung entgegen. Denn der demokratische Individualitätsbegriff korreliert mit dem Gleichheitsprinzip der woken Überregulierer. Andererseits geht die republikanische Tradition selbst auf jenen revolutionären Umbruch zurück, aus dem die Demokratie mit den auf Gleichheit bezogenen Individualitätsbegriffen hervor ging, die dem auf Besonderheit bezogenen konservativen Begriff widersprechen. Aber obwohl er aus der bürgerlichen Revolution hervorging, passt der republikanische Individualitätsbegriff in einer für das politische Tagesgeschäft bedeutsamen Ebene besser zu dem des Konservatismus als zu dem der Aufklärung. Es gibt eine Bindung an beide Seiten auf unterschiedlichen Ebenen: einerseits an die egalitäre Aufklärung auf Grund der gemeinsamen Tradition der bürgerlichen Revolution gegen den Absolutismus und andererseits an den Konservatismus – trotz der grundsätzlichen Differenz der Individualitätsbegriffe der beiden demokratischen Naturrechtslehren gegenüber dem humanistischen Individualitätsbegriff, der für den Konservatismus maßgebend ist. Insgesamt bedeutet das: der republikanische Individualitätsbegriff passt auf Grund des liberalen Widerstands gegen egalitäre Staatsaufsicht nicht zum demokratischen; das verbindet ihn mit dem Konservatismus, obwohl ihm dessen Individualitätsbegriff widerspricht, insofern er die Einzelnen einer Vorbestimmung durch das Ganze unterwirft, der sie mit ihrer Besonderheit Genüge tun sollen. Der republikanische Kampf gegen Vielfalt in Verbindung mit dem Kampf gegen Bevormundung wird durch diese mehrschichtige Konstellation bestimmt.

Wie wirkt sich das auf die Stellung zur Idee der Vielfalt aus? Obwohl die Gemeinsamkeit der beiden bürgerlichen Individualitätsbegriffe darin besteht, dass gesellschaftliche Geltung für den Bürger durch das demokratische Prinzip der formalen Subsumtion unter ein allgemeingültiges Gesetz gewährleistet wird, besteht die Differenz des republikanischen Begriffs zum anderen bürgerlich-revolutionären Individualitätsbegriff darin, dass für den republikanischen durch die Anwendung jenes Gesetzes der Einzelne vor dem Staat geschützt werden muss. Auf

der Grundlage dieser Position eines potenziellen Widerstandsrechts gegen staatliche Eingriffe in individuelle Lebensentwürfe ist, trotz des gemeinsamen demokratischen Prinzips der formalen Subsumtion unter Gesetze, ein Freiheitsideal geboten, das individuelle Vielfalt der Beliebigkeit anheimstellt, das heißt nicht auf spezifische Weise organisiert: Der Republikanismus ist gegen die Verknüpfung von Vielfalt mit dem aufklärerischen Gleichheitsprinzip. Es ist ein Unterschied, ob Emanzipation jedem anheimgestellt wird oder aber unter Berufung auf dieses Prinzip allen zugemutet und politisch gepflegt wird.

Parallellaufend dazu ist es auf Basis des nominalistischen Hintergrunds des Liberalismus für den Republikanismus untragbar, dass Individualität, wie dies im Konservatismus vorgesehen ist, als faktisches (organisches) Entwicklungsprinzip begriffen wird, demzufolge individuelle Besonderheit einem vorgeordneten maßgebenden, in Tradition wirksamen, Ganzen dienen soll, das einen »höheren« – religiösen, metaphysischen oder geschichtsphilosophischen – Zusammenhang verwirklicht und damit, wie ehemals im Feudalismus, Ungleichheit zum politischen Prinzip zu erheben erlaubt.

Unter der Voraussetzung dieser beiden Abgrenzungen muss vom Republikanismus Vielfalt in zweierlei Hinsicht bekämpft werden: insofern sie im konservativen Sinne definiert wird und auch gegenüber ihrer Definition im Sinne der französischen Aufklärung. Allerdings besteht jederzeit die Möglichkeit, dass im Republikanismus – so, wie oben beschrieben – dann doch an den Konservatismus darin angeschlossen werden kann, Vielfalt sei dem Dienst am Traditionszusammenhang von Volk, Nation und Raum verfügbar zu machen, insofern damit das Naturgegebene und Herkömmliche vor egalitärer Anmaßung bewahrt werden kann.

1. Zunächst zur Abwehr der demokratischen Alternative: Unter der Voraussetzung des Gleichheitsprinzips ergibt sich Vielfalt als gesellschaftlicher Wert: Multikulturalität sowohl auf der ethnischen Ebene als auch auf der Ebene persönlicher Selbstfindung. Dann gilt jede besondere Lebensweise gleich viel vor dem Gesetz. Darin ist zwar zunächst nicht jene imperative politische und moralische Aufforderung zur Emanzipation enthalten, die aus der rousseauistischen Aufklärung und jako-

binischen Revolutionspolitik folgt, aber Multikultur wird als formales Zugeständnis eingeräumt. Das führt zu einer weiteren Differenzierung. Denn darauf baut gerade die Anschlussfähigkeit des Liberalismus an die französische Aufklärung auf, die im Normalfall die bürgerliche Demokratie (auch in den USA) getragen hat und weiterhin mühsam trägt: Pluralismus. Dieses liberale Prinzip kann auch im egalitären Rahmen anerkannt werden und mit emanzipativem Sinn aufgefüllt werden. Das ermöglicht eine formale Widerspruchsbindung an den Liberalismus im politischen Tagesgeschäft, führt dort jedoch regelmäßig zu Missverständnissen und Scheingefechten, weil die paradigmatischen Horizonte sich widersprechen. Denn Pluralismus, Toleranz und Chancengleichheit, die demokratischen Ideale des Liberalismus, sind nicht ohne Weiteres konform mit der französischen Aufklärung; sie sind mit der Idee kontingenter Freiheit verbunden – daraus folgt der innerhalb der gemeinsamen Revolutionstradition differente Individualitätsbegriff. Die Idee kontingenter Freiheit würde die Festlegung auf Freiheit und Gleichheit als zu demonstrierende Tugenden im Sinne des Rousseauismus im liberalistische Koordinatensystem in die Idee der Unabhängigkeit von staatlicher Macht verwandeln; Brüderlichkeit ist dem Liberalismus fremd. Mit diesem Koordinatensystem ist daher die Deutung der Tugenden nicht vereinbar, die die Bürger zwingt, sich im Dienste des gesellschaftlichen Ganzen, überwacht durch den Staat, einer Moral der Allgemeingültigkeit aller Lebensentwürfe zu befleißigen. Das würde unter republikanischen Voraussetzungen zu dem Paradox führen, dass der Staat, der die Bürger vor Übergriffen des Staates schützt, ihnen eine bestimmte Lebensweise vorzuschreiben hätte. Die Vielzahl geduldeter Meinungen und Lebensentwürfe sollen in ihrer Beliebigkeit zwar vom Staat geschützt werden – Pluralismus geht auf den kontingenten Freiheitsbegriff zurück; der benennt aber keine Tugend, sondern ein Interesse: das des Anrechts auf unbehelligtes Streben nach Glück. Allenfalls dieses beliebige Streben kann als tugendhaft deklariert werden, wie Shaftesbury es tut. Das bedeutet: Nicht ein bestimmter Typus von Lebensweise wird favorisiert und soll erlernt werden. Sondern: Die individuellen Lebensentwürfe werden als eine *Vielzahl* begriffen, sie sind eine kontingente Mannigfaltigkeit, weder

die Vielfalt eines sich organisch entfaltenden gemeinsamen Ganzen wie im Konservatismus, noch eine Vielfalt von Emanzipationsstrategien, die das gesellschaftliche Leben auf demokratische Art reichhaltiger und richtiger machen, je zahlreicher sie werden. Wer sich nicht emanzipieren will und auch das Prinzip nicht achten und verbreiten will, lässt es sein.¹

Die republikanische Position des potenziellen Widerstandsrechts gegen staatliche Eingriffe in individuelle Lebensentwürfe und deren Zurschaustellung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit ist dagegen eingestellt, dass die Vielfalt eigener Lebensformen auch mit dem aufklärerischen Gleichheitsprinzip zu Multikulturalität verknüpft werden kann. In dieser Form kann der Republikanismus mit seiner eigenen liberalen Tradition des Pluralismus nichts anfangen, nämlich dann, wenn dieses formale Prinzip der Gleichgültigkeit von Besonderheiten und Spleens (Pluralismus) ins Koordinatensystem moralischer Befürwortung, expressiver öffentlicher Demonstration, pädagogischer Maßnahmen und behördlicher Verordnung gerät; dem Pluralismus kommt dann gewissermaßen seine liberale Herkunft abhanden. Dann wird Diversität inhaltliche Tugend im rousseauistischen Sinne: eine Art von oben gleichgeschaltete Belohnung von Emanzipation und als Prinzip für Republikaner unerträglich.

2. Zur Widerspruchsbindung an die konservative Alternative: Im Hinblick auf diese Idiosynkrasie gegenüber der Emanzipation wird auch die parallellaufende Anschlussfähigkeit des konservativen Denkens an das republikanische verständlich: Beide schließen – wenn auch in ganz verschiedener Weise – die Begründung von Individualität und Freiheit durch woke Tugenden, die Emanzipation erzeugen und verlangen, aus. Der Liberalismus besteht auf der Beliebigkeit und Privatheit der Lebensentwürfe und schließt damit an die konservative Position an, insofern auch sie gegen Emanzipation, die staatlich abgesichert wird, steht – im konservativen Falle in der Wendung, dass der Vorbehalt gegenüber der »Gleichmacherei« mit der Perspektive auf das Besondere in der Ausrichtung auf Tradition zusammengefasst wird; diese Ausrichtung

1 Zum Verhältnis von Vielfalt zu Vielzahl in diesem Kontext vgl. Eisel 2007.

widerspricht der Zustimmung zum Bruch mit Tradition durch Emanzipation. Denn der Konservatismus überlässt das vielfältige Streben der Individuen nach Selbstverwirklichung dem Rekurs auf ihre körperlichen und geistigen Anlagen nur dann, wenn er darauf ausgerichtet ist, die vorausgesetzten Werte des Ganzen, dem sie angehören und sich verbunden fühlen, zu verwirklichen; das bedeutet, gewissermaßen dessen Reichhaltigkeit zu erhöhen. Diese Art des produktiven Selbstbezugs ist das Gegenteil von Emanzipation, bei der der Rückgriff auf die eigenen Vermögen und Bedürfnisse einen Bruch mit objektiven Vorgaben und Umständen wie Familie, Tradition, Religion usw. herstellt. Für den Konservatismus ist die Vielfalt des Ganzen mit individueller Freiheit verbindbar, wenn der Bruch mit Tradition verhindert werden kann. Diese Bedingung verträgt sich mit dem Anliegen des Republikanismus, den wie naturgegeben empfundenen, lieb gewordenen Gewohnheiten (Locke) der Einzelnen Rechnung zu tragen. Das Anliegen knüpft an die Vorstellung vom Naturzustand der Selbsterhaltung aller Lebewesen an. Mit gesellschaftlicher Tradition steht das insofern in Verbindung, als diese in ihrer Vielfalt das organische Entwicklungsprinzip der Gesellschaft verwirklicht. Sie ist das, worin sich ihre lebendige Entwicklung ereignet, wenn man sie mit den mechanischen Funktionszusammenhängen und formalen Vertragsverhältnissen der Demokratie vergleicht. Republikanismus und Konservatismus widersprechen dem egalitären Prinzip, dass der Bruch mit Naturgegebenheit und Tradition der Natur des Menschen in ihrer Vielfalt gerecht wird, weil damit seinen Bedürfnissen Rechnung getragen werden könne, und dass jeder Mensch dazu erzogen werden müsse, sich dem zu verschreiben. So verträgt sich der republikanische Vorbehalt gegenüber der Gleichberechtigung aller emanzipativen Bestrebungen mit dem konservativen – wenngleich sich beide Haltungen ganz verschieden herleiten.² Auf der Basis dieser formalen Anschlussfähigkeit kooperieren in den Demokratien liberale

2 Die eigenartige Zwischenstellung des Nonkonformismus zwischen liberalem Egoismus und emanzipativer Selbstbefreiung ist eine Position, die ebenfalls der politischen Gleichmacherei entgegensteht. Sie misstraut dem demokratischen Spiel, gibt sich unpolitisch (vgl. Eisel 2021, 371 f.), ist aber gleichwohl der

republikanische Staatlichkeit und konservative Parteien gegen egalitäre und linke Politik – oft mit royalistischem Repräsentationsüberbau. Wenn, wie auch immer, auf der Seite des Konservatismus die Nähe zur völkischen Tradition Auftrieb erhält, verstärkt sich jene Infiltration des Republikanismus durch antidemokratische Bestrebungen.³

Die Idee der Identität ist in den USA in diese Struktur der Positionierung zur Idee der Vielfalt eingebunden. Übersetzt man Identität mit selbstbewusster Eigenart, so wird der Kontext mit der Idee der Vielfalt deutlich. Die beiden Begriffe sind jeweils darauf bezogen, ob die organische Entwicklung des Ganzen einerseits als Vielfalt eingeklagt wird

konservativ-traditionalistischen Widerständigkeit mit ihrer Abneigung gegenüber Bevormundung als eine Spielart des Konservatismus verbunden.

- 3 Curtis Yarvin demonstriert diese Anschlussfähigkeit sowie die rassistische und faschistische Ausbaufähigkeit idealtypisch und bestätigt die Interpretation der Gründe für die Zerrüttung der Demokratie im Rahmen der Logik des Republikanismus. Das konservativ transformierte republikanische Paradigma wird umfänglich ausdifferenziert und konsistent konstruiert. Alle scheinbaren Ungeheimtheiten seiner Theorie lassen sich in das, was bis hier hin als nationalistisch und rassistisch aufgeladener Republikanismus charakterisiert wurde, integrieren. Widersprüche erledigen sich zum Beispiel im Hinblick auf seine Vorstellung einer monarchistischen Repräsentation der Macht des Kapitals. Er bezieht seinen demokratiefeindlichen Hintergrund konsequent liberalistisch auf Kapitalinteressen, wenn er einen »Monarchen« aus der Konkurrenz zwischen Aktiönären hervorgehen sieht, die staatliche Administration durch die Koordination ihrer Kapitalverwertungsinteressen ersetzen – abgesehen vom Monarchen sah Thomas Paine das nicht anders. Sie rufen gezielt diesem Prozess dienliche »Wellen von Populismus« hervor, die schließlich durch die antiegalitäre Führerfigur eines »Monarchen« ein sinnstiftendes Idol erhalten, das für jene Interessengemeinschaft den Clown macht – Yarvin sieht Trump aktuell bereits in dieser Rolle, und der zelebriert sie prompt. Monarch kann er ihn vernünftigerweise nennen, weil damit zunächst ganz formal auf die antidemokratische Privilegierung ökonomisch basiert ausgeübter Macht hingewiesen wird – in diesem Fall nicht die Macht in einem System von Grundherren, sondern die Macht des Kapitals. »Diktator« würde für Yarvin in die falsche Richtung weisen, weil der für den Typus autoritärer Herrschaft des gegnerischen Lagers steht: Im chinesischen Kommunismus wird moderne despotische Führerschaft mit egalitärer politischer Moral verbunden.

(konservativ) und gefährdet ist durch mechanische Homogenisierung oder aber andererseits das Vorankommen von Gleichberechtigungszugeständnissen als Multikulturalität gefordert wird (egalitär) und gefährdet ist durch deren Abbau. Aus der Perspektive der Einzelnen ergibt sich entsprechend Identität im Sinne von traditionsbezogener Eigenart (konservativ) oder im Sinne einer gleichberechtigten, willkommenen Minderheit (egalitär).

Die Variante des Anspruchs auf rechtliche Gleichstellung geht auf die Bürgerrechtsbewegung zurück und wurde in der Folge auf unterschiedliche Phänomene von Diskriminierung unterprivilegierter Gruppierungen seitens des herrschenden Common Sense ausgeweitet. Damit ist die gleiche Ausgangslage gegeben, wie im Hinblick auf die Idee der Vielfalt, wenn sie, mit dem Gleichheitsprinzip verbunden, zur Multikulturalität wird. Identität bedeutet in diesem verallgemeinerten Rahmen das anerkannte Recht auf gesellschaftliche Geltung auch dann, wenn ihm naturgegebene Merkmale oder auch Traditionen der vorherrschenden Definitionen von Normalität entgegenstehen. Die gleichberechtigte Anerkennung von Minderheiten gleich welcher Art ist die Forderung.

Die Forderung bezieht sich auf die staatlich sanktionierte Diversifizierung zum Beispiel all derjenigen, die ihre Natur selbstherrlich so definieren, wie sie sich ihre Körperlichkeit wünschen, das heißt Formen von Körperlichkeit, die oft das durch Geburt Naturgegebene bei sich nicht nachvollziehen können und absichtlich negieren. Andere Formen von Wokeness fallen unter die gleiche Forderung. Die Frauenquote, Genderpolitik sowie etwa Fürsorgeregeln für Behinderte demonstrieren egalitäre Anmaßungen, die sich nicht an den Werten orientieren, die einerseits dem naturwüchsigen gesellschaftlichen Prozess Ausdruck verleihen oder andererseits vollgültige körperliche und geistige Leistungskriterien zum allgemeinen Maßstab von Geltung erhoben sehen wollen. Diese Beispiele des Rekurses auf gleichberechtigte Vielfalt gehen auf die Seite einer Tradition von Identitätspolitik zurück, auf der gerade das Gegenteil der Strategie der Trump-Regierung gefordert wurde und wird: die gleichberechtigte Anerkennung diskriminierter Menschen

und Gruppen. Das ist die woke Seite, die an die Bürgerrechtsbewegung anschloss.

Dieser Art von Identität durch Minderheitenschutz wird von republikanischer Seite durch die Annullierung von Gleichheitsrechten und -geboten begegnet, um damit Identität entgegen ihrer egalitären Tradition zu definieren und politisch zu praktizieren. Diese Verbote folgen aus der grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Republikanismus und egalitärer Demokratie im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat *innerhalb* der demokratischen Vergesellschaftung (vgl. oben Habermas). Auf dem ökonomischen Sektor und in den politischen Administrationen werden dann, je nach politischer Wetterlage im Staat, das heißt durch eine egalitär ausgerichtete Regierung oder aber durch einen republikanischen Regierungsapparat, Diversität und Minderheitenschutz oder aber das Gegenteil durchgesetzt. Die kapitalistischen Konzerne innerhalb und außerhalb der USA reagierten prompt und folgten der republikanischen Restriktionspolitik. Sie annullierten brav Gleichberechtigungsregelungen aller Art.

Aber angesichts der drängenden Problematik von massenhafter Migration in die USA sowie auf der ganzen Welt ergibt sich eine zusätzliche Aufgabenstellung: Es soll nationale Identität definiert werden. Die Definition soll die Bedingung erfüllen, Einwanderung zu erschweren bzw. ansässige Bürger im Nachhinein unterschiedlich bewerten zu können. In diesem Falle nutzt die Trump-Regierung gerade den Aspekt der *Festlegung* und Anerkennung von Individualität auf Grund einer Besonderheit – scheinbar vergleichbar mit der inhaltlichen Festlegung auf Tugenden durch den politischen Gegner, die den Besonderheiten von Lebensentwürfen, die das Naturgegebene aufbrechen, zu allgemeiner politischer Geltung verhelfen; aber der Schein trügt. Die Fixierung kann nämlich ganz anders – entwicklungstheoretisch – im Sinne der Bindung an eine Herkunft definiert werden und hat Tradition im völkischen und rassistischen Denken. An dieser Schnittstelle dokumentiert sich abermals jene Infiltrationsmöglichkeit des Republikanismus durch das völkische Syndrom auf der Grundlage des Widerstands beider gegen Emanzipation.

Denn unter der Voraussetzung, dass bei dieser Problemstellung nationalistische Motive in eine Definition von Identität umgesetzt werden sollen, mutet es paradox an, mit dem Prinzip der nationalen, örtlichen Herkunft zu brechen, das heißt mit der Geltung durch Ortsbindung an das Geburtsland USA. Dieses Paradox erweist sich als auflösbar. Denn wenn man zum Prinzip der Abstammung überwechselt, das heißt zur Bindung an national anerkannte Fortpflanzungslinien,⁴ kann durch geeignete Definition einer Abstammung als »richtig«, das heißt dem Geist und der Tradition der Nation angemessen, die Einheit eines Volkes definiert und mit Ausschlusskriterien gegenüber politisch unbeliebten und ökonomisch belastenden Bürgern versehen werden. Das ist angesichts der Tradition der USA nicht einfach: Der multikulturelle »Schmelztiegel« aus der Zeit massenhafter Einwanderung, auch vor allem in der Tradition des Angebots an Schutz für Verfolgte, sowie in der stolzen Tradition der Eroberung eines ganzen Kontinents, soll nun nachträglich präventiv sortiert werden, weil der Masse der Einwanderer das Bleiberecht erschwert werden soll. Zugleich kann dann im Hinblick auf Wahlen die Bevölkerung geeignet in Wahlberechtigte und Nichtberechtigte sortiert werden – geeignet ebenfalls für eine nachträgliche Diskriminierung bereits ansässiger Bürger in der Weise, dass republikanische Wahlerfolge wahrscheinlicher werden. Aber das Dilemma ist ausräumbar. Die staatliche Diskriminierungsstrategie kann an das vorherrschende Selbstverständnis derer anknüpfen, die wissen, wer Amerika in jener glorreichen Zeit großartig gemacht hat. In der Tradition von rassistischer und idiosynkratischer Befestigung der Privilegierung und Herrschaft protestantischer, männlicher Weißhäutiger in den USA ist nun unter den Voraussetzungen von Migrantenströmen in die USA Identitätspolitik darauf

4 Der Republikanismus enthält nicht programmatisch diese Logik eines Wechsels auf die Ebene der Abstammung, aber die liberale Herkunft der Definition von individueller Geltung im Rahmen der Idee eines naturgegebenen Überlebenserfolgs bietet einen geeigneten Plausibilitätshorizont für die Legitimation staatlicher Diskriminierung von Multikulturalität und beliebiger Herkunft unter der Perspektive natürlicher Abstammung.

ausgerichtet, die Vorurteile dieser alten, rassistischen Tradition geeignet aufleben zu lassen und zu administrieren.

Grüne Besserwisser

Wie verträgt sich der Rückgriff auf das Naturgegebene mit dessen hemmungsloser Ausbeutung auf dem Planeten sowie mit der Aversion der republikanischen US-Regierung und der europäischen und süd-amerikanischen rechtsgerichteten Populisten gegenüber allem, was auf den Schutz der Natur hinausläuft, vor allem aber gegenüber allen, die auf dem Schutz der Natur bestehen? In dieser Problemlage sind die beiden letztgenannten Aspekte kohärent. Aber die grundlegende Orientierung am Naturgegebenen als Kriterium vernünftigen Urteilens und Handelns gegenüber gekünstelter und verschrobener Abweichung vom Naheliegenden könnte ja auch die ökologischen Gesetzmäßigkeiten berücksichtigen wollen, das heißt Prinzipien des Lebens als grundlegend anerkennen, befolgen und als dem naturgegeben selbstbestimmten Leben zuträglich empfinden. Gerade die Seite des Schutzes der Lebensgrundlagen würde einer republikanisch-konservativen Haltung zumindest nicht widersprechen, könnte auf die Heimat bezogen werden und hätte mit der Entstehung der Natur- und Heimatschutzbewegung im späten 19. und im 20. Jahrhundert in Europa wie in den USA eine respektable konservative Tradition.

Das Gegenteil ist der Fall. Das ergibt sich daraus, dass die Ebenen des legitimatorischen Rückgriffs auf die Idee der Natur inkommensurabel sind. Das politische Naturrecht bezieht sich auf die Natur des Menschen, nicht auf ökologische Systeme. Die Aversionen gegenüber Natur- und Umweltschutz sind auf das bezogen, was der ökologischen Natur an subjektiver politischer Schutzbedürftigkeit einer Naturgegebenheit *gegenübersteht* und in den Naturrechtslehren Gegenstand

revolutionärer Neuregelung ist: die menschliche Freiheit. Darin sehen sich die Kritiker des Umweltschutzes eingeschränkt. Sie pochen unter anderem darauf, dass Freiheit auch die unbedingte Herrschaft über Natur einschließt; das ist ihr erstes wichtiges Argument gegen Naturschutz. Historisch wird der Anspruch auf Naturbeherrschung durch die industriekapitalistische Produktionsweise universell und geht als politische Forderung auf den Konstitutionszusammenhang zwischen Liberalismus und Kapitalismus zurück. Die Verbindung von Demokratiekritik mit der Kritik an Umweltschutz ist demnach nicht ohne Weiteres kompatibel mit meiner These, der zufolge selbst für den Kapitalismus ein umfassendes neues positives Verhältnis zur Natur und ihrem Schutz in Rechnung gestellt wird.

In der grünen Politik wird die Natur zu einer Instanz aufgebaut, die als Überregulierung und Bevormundung empfundene Maßnahmen objektiv zu legitimieren erlaubt; damit ist das gegeben, was unter republikanischer Perspektive gegenüber emanzipatorischem Gehabe abgelehnt wird. Darin besteht die zweite Stoßrichtung der Kritiker von Naturschutz und von Korrekturen körperlicher Naturgegebenheit. Es geht bei diesem Aspekt grüner Politik nicht um die Durchsetzung des Gleichheitsprinzips für abnormal anmutende Lebensformen und unterprivilegierte Minderheiten, und auch nicht – bzw. nur indirekt – um die vielfältigen Regulierungen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens, die den erreichten Stand der egalitären Menschlichkeit immer noch weiter voranbringen sollen. Vielmehr soll die Idee von Natur durchgesetzt werden, die gerade nicht das Naturgegebene in der Weise hervorhebt wie die Republikaner. Hervorgehoben wird das, was als gesellschaftlich verfügbar im Sinn eines Pflichtbewusstseins mit Blick auf Anpassungsnotwendigkeiten der Gesellschaft an die Natur unabweisbar sei. Pflichtbewusste Anpassungspolitik stattet die Natur mit Rechten sowie Kompetenzen aus, die bisher nur gleich zu behandelnden Subjekten zukommen. Aber die Natur vertritt sich in ihrem Rechtsstatus nicht selbst. Daher tritt sie im Diskurs als Rekurs auf wissenschaftliche Theorien auf, die ihr Rechte zuzusprechen erlauben und von grünen Besserwissern vertreten werden. Das sind holistische ökologische Theorien. Solche Theorien und vor allem Politiken, die sich auf

ökologische Überlebensrechte beziehen, haben aber nur Sinn, wenn es Verfehlungen gegenüber der Natur geben kann. Daher: Die Natur kann nur überleben, wenn das Zusammenleben aller Arten nicht gestört wird; nur dann funktioniert sie als eine Ganzheit. Menschliche »Eingriffe« stören per se.¹ Das ist das Resümee jener wissenschaftlichen Erkenntnisse: Die Umwelt ist in einer Krise, hervorgerufen durch menschliches Fehlverhalten – die Begriffe kapitalistische Produktionsweise und industrielle Planwirtschaft werden hierbei grundsätzlich ausgeklammert; »die Menschen« haben Schuld, wie auch immer vorstellbar. Es handelt sich offenbar um so etwas wie ein Gattungskomplott. Dem Fehlverhalten der Menschen wird entgegengewirkt, indem ihnen das Recht auf Ausbeutung der Natur entzogen und durch die Liebe zu deren Vielfalt mit allerlei Lebensregeln verordnet wird. Ehrfurcht soll das Leben leiten, nicht Selbstermächtigung.

Das bedeutet: Die Position, die die Natur als Grundlage von hemmungsloser Ausbeutung hochschätzt und ihr – so die Strategie des großartigen amerikanischen Naturschutzes – dafür Wildnisschutzgebiete als Ausgleichsmaßnahmen angedeihen lässt, sieht sich mit einer konträr gegnerischen Position konfrontiert. Auf den Gegner reagiert sie so, wie die Umweltpolitik der republikanischen Partei der USA oder zum Beispiel die Programmatik der AfD in der BRD es veranschaulichen: mit Abscheu und Polemik. So erklärt sich, dass die grüne Umweltpolitik zum zentralen Feindbild avanciert, denn dort ist derjenige Naturbegriff Voraussetzung, der die Politik ermächtigt, im Namen übergeordneter, dem Allgemeinwohl dienlicher Prinzipien und Erfordernisse für die Natur Rechte einzuklagen, die den vielen Einzelnen Verzicht und einen veränderten Lebensstil abverlangen, ein tugendvolles Leben, das sie so gar nicht zu führen gedachten; zu der moralischen Instanz des Staates für Daueremanzipation kommt noch die moralisch aufgeladene Instanz von Naturgesetzen hinzu. Das vervielfacht die Eingriffe in

1 Vgl. zu ideengeschichtlichen und epistemologischen Einordnung des ökologischen Denkens Trepl 1987 sowie Eisel 2002, Eisel 2007, Eisel 2009a, Nagel, Eisel 2003.

Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten – und vervielfacht den Unmut. Ein welthistorischer Sachzwang seitens des Planeten Erde versieht die moralischen Appelle zu seiner Rettung mit einem bombastischen objektiven Geltungsanspruch, der alle einzelnen Bedürfnisse und die widersprüchliche Heterogenität und Komplexität gesellschaftlicher Problemlagen jämmerlich verblassen lässt. Die Ebene ist für die bequem vor sich hinlebenden Bürger die gleiche wie jene der für das Gelingen menschenwürdiger Zukunft zwingenden Emanzipationsgebote.²

Aber nicht nur die Ebene der Überbeanspruchung des republikanischen Verständnisses für Gleichheits- und Naturrechte ist die gleiche, vor allem die gesellschaftliche Gruppierung und die parteipolitische Strategie, von der die Zumutungen ausgehen, sind in der Kritik. Auf dieser Grundlage werden Daten zur Umweltentwicklung und wissenschaftliche Gutachten, vor allem aber auch die wissenschaftlichen Theorien, auf denen die Zumutungen basieren, auf nahezu groteske Weise angezweifelt, durch abstruse Gegenbeweise mental blockiert und idiosynkratisch gegenüber grünen Politikern bekämpft.³ Die Grünen sind doppelt dem Groll ausgesetzt, weil sie die Bevormundungen doppelt begründet vertreten: Im Namen der Rechte vielfältiger Natur und im Namen der Vielfalt menschlicher Emanzipationsbemühungen. Die anderen bürgerlichen politischen Parteien besetzen nur jeweils einen der beiden Standpunkte oder changieren: Den Liberalen fehlt programmatisch die Liebe zur Natur, die Konservativen sind in beiden Punkten zögerlich (spielen das Naturschutz- und das Emanzipationsspiel aber zähneknirschend mit, obwohl sie eher auf Tradition als auf Emanzipation setzen; allenfalls Naturschutz als Heimatschutz passt

2 Insofern gehört die juristische Einbezugnahme des Naturschutzes ins Emanzipationsgeschehen politisch und ideengeschichtlich auf die Seite des aufklärerischen Menschenerziehungsprogramms, auch wenn es die Natur ist, die gerettet werden soll.

3 In welchem Ausmaß diese Ideologie arrogante Verblödung hervorrufen kann, demonstriert die Rede von Donald Trump vor den Vereinten Nationen am 23. 9. 2025.

in ihr Weltbild),⁴ und die Sozialdemokraten haben nichts gegen Naturschutz, zögern aber ebenfalls. Sie entwickeln im Zweifelsfall mehr Engagement für die Gleichheit von Lebensbedingungen; und begreifen das eher sozial als lebensweltlich-kulturell, beides widerspricht sich gelegentlich. Generell sträuben sich die ökologiekritischen Verfechter des Naturgegebenen politisch und mental sowohl einerseits gegen die kulturelle, politisch zugestandene Vielfältigkeit der Vorstellungen von natürlicher Körperlichkeit der Menschen und andererseits gegen die Vorschriften, die den Gesetzen der vielfältigen Natur als ökologischem Problemfall entnommen werden; das führt zur aggressiven Abwehrhaltung gegen die Jünger des Naturschutzgedankens, die Multikulturalität und ökologische Vielfalt auf ihre Fahnen geschrieben haben.⁵

-
- 4 Allerdings verschärft sich der »republikanische« Ton auch in der BRD signifikant, wenn es gegen grüne Politik und gegen egalitäre pluralistische Anliegen und Aktivitäten geht. Unter anderem die Statements der Parteiführer von CDU und CSU auf den Wahlparteitagen ihrer Parteien, aber auch fortgesetzt in anderen Zusammenhängen, dokumentieren das. Besonders hervorzuheben sind, neben der idiosynkratischen Abfälligkeit von Bemerkungen über grüne Politiker, die polemischen Einlassungen zur Geschlechtszugehörigkeit. Es zeigt sich die Zwiespältigkeit der durchaus glaubhaften Abgrenzungsbeteuerungen gegenüber der AfD im Rahmen der prekären faktischen Brückenfunktion des Konservatismus für rassistische Einflüsse auf das demokratische politische Leben, von der seine redlichen Vertreter nichts ahnen, ihr aber nicht ganz entkommen können.
 - 5 Die Badeaktion der US-Gesundheitsministers Kennedy mit seinen Kindern in einem Bach mit Badeverbot bedeutete: Ich schere mich einen Dreck 1. um behördliche Verbote, 2. um Vorsorge gegenüber möglichen Krankheiten durch verseuchtes Wasser und 3. um Vorbehalte gegenüber beliebiger menschlicher Naturnutzung. Das ist konsistent das republikanische Paradigma des Verhältnisses zwischen Staat und dem Einzelnen. Den gleichen Hintergrund hatte Donald Trumps absurd anmutendes Geplapper, in dem er öffentlich nur »schwach tröpfelnde« Duschen (Stoßrichtung: gegen politisch eingeforderte und technisch organisierte Wasserverbrauchsreduktion) beklagte und zu genussvollem hemmungslosem Wasserverbrauch aufforderte. Bedeutung: Der ganze Naturschutz-Quatsch kommunistischer Umweltschützer interessiert mich nicht; Wasser ist für den Menschen da und nicht umgekehrt; Ressourcenschutz bevormundet.

Der völkische und rassistische Unterbau

Im Folgenden soll, über die Anschlussfähigkeit des Republikanismus an den Konservatismus hinaus, die Verbindung zwischen dem republikanischen Populismus auf der einen Seite (mitsamt der Hypothek seiner zirkulären Verstärkung durch egalitäre Neuregelungen des tugendsamen demokratischen Zusammenlebens) mit rassistischer und faschistischer Politik auf der anderen Seite angesprochen werden. Im politischen Diskurs – zumindest der BRD – werden radikal rechte Gruppierungen sowie deren erfolgreiche Bündelung in einer Partei in die Tradition der prekären deutschen Vergangenheit gestellt; vor der Neuauflage dieser Vergangenheit wird gewarnt, das Gleiche gilt für die italienische Problemlage. Gleichzeitig wird immer wieder darauf hingewiesen, dass das Verdikt nicht die Gesamtheit dieser Bewegung betrifft. Es wird zwischen politikmüden Mitläufern und dem anwachsenden harten Kern völkischer und faschistischer Einflüsterer unterschieden. Die Diagnose ist brauchbar. Allerdings fehlt im Hinblick auf den nicht unerheblichen Teil der Mitläufer die Sensibilität für die oben beschriebenen Verstrickungen, die den durchaus zunächst unpolitischen Unmut – eine Art trotziges Ungehaltenheit – erzeugen. Von den Politikern wird zwar so etwas wie eigenes Verschulden eingestanden, das bezieht sich aber nicht auf das grundsätzliche Dilemma der politischen Exekution von Emanzipationsverpflichtungen, sondern lediglich auf allerlei Pannen im politischen Alltag, die durchaus eine flankierende Rolle für den Unmut über demokratische Politik spielen mögen; es wird dann ritualisiert Besserung versprochen: »Wir – ›die politische Mitte‹ – müssen die Spaltung der Gesellschaft eindämmen«. Solche hilflosen Abstrakta

überspielen die Problemlage. Es wird Besserung im politischen Alltag versprochen, aber die wesentlichen Ursachen dieser Art von politisch-unpolitisch gemischter Bewegung werden bei jenem rechtsradikalen politischen Kern dingfest gemacht; der verführt die Politikmüden. Sein »Erstarken« wird zirkulär aus seiner wohlorganisierten Untergrundarbeit, das heißt aus seiner perfiden Stärke, abgeleitet. Allenfalls wird als Ursache – gebetsmühlenartig – eine Art böswillige Verstocktheit von Ewiggestrigen, die Arbeitslosen falsche Versprechungen machen und in den sozialen Netzwerken Jugendliche verführen, vermutet. Dass ideengeschichtliche Sinnzusammenhänge sowie die Art ihrer Verfestigung im modernen Denken maßgeblich sind, das heißt Grundlagen, die dem antidemokratischen Grundbestand moderner demokratischer Vergesellschaftung strukturell immanent sind und auch den Antisemitismus perpetuieren, bleibt ausgeblendet.

Die Diagnosen sind unzureichend, weil sie – auch wenn solche Verführung stattfindet – ohne Berücksichtigung jener selbstverstärkenden Dynamik der Erzeugung von Unzufriedenheit gestellt wird. Dieser zirkuläre Prozess trifft auf den grundsätzlich vorhandenen Bodensatz völkischen, rassistischen und faschistischen Denkens in den Demokratien; offenbar liegt er in den europäischen Staaten bei einem nicht unbedeutenden Teil der Bevölkerung vor. Seine Persistenz hat aber mit jenem bisher beschriebenen zirkulären Prozess der Entstehung von Politikmüdigkeit nichts zu tun. Stattdessen überhöht und kanalisiert die völkische und rassistische Demokratiekritik das Unbehagen, ständig egalitären, emanzipationsträchtigen Neuerungen und bürokratischen Vorschriften ausgesetzt zu sein – die allerdings beide für den modernen demokratischen Prozess unausweichlich sind. Diese Kritik wird nicht als programmatische politische Haltung erfunden oder etwa durch Arbeitslosigkeit erzeugt und in die Demokratie implantiert, sondern existiert unabhängig und nistet sich gegen jedwede Bevormundung zugespitzt in den vorhandenen politischen und lebensweltlichen Rekurs auf das Naturgegebene ein. Von dieser strategischen Nutznießung ist aber die *Herkunft* des völkischen Denkens und des Rassismus unabhängig.

Ich widerspreche also der These, dass die Kritik an Bevormundung in ihrer Unmutsmentalität und Politikverdrossenheit durch jene

politischen Verführer erzeugt wird, das heißt sich ohne ursächliche Vorbestimmung durch die widersprüchlichen demokratischen Gegebenheiten, nämlich auf Grund äußerer »Einflüsterungen« entwickelt; die Verdrossenheit erwächst im Gegenteil aus einer innerdemokratischen Spannung zwischen Republikanismus und französischer Ausklärung. Ebenso wenig wird das, was in dieser diffusen Bewegung nun an völkischen und faschistischen Inhalten wirksam wird, von dieser Unmuts-Bewegung programmatisch konstruiert und politisch verursacht. Die faschistischen und rassistischen Inhalte entstehen unabhängig im Rahmen einer ganz anderen Logik moderner Vergesellschaftung.¹ Aber jener sich selbst verstärkende Zirkel zwischen egalitären Demokratisierungen, dem kritischen Widerstand dagegen und der sich wiederkehrend anschließenden Diskriminierung der Kritiker mit den gleichen egalitären Argumenten usw. dient als Einfallstor für grundsätzlich bereitliegende völkische und rassistische Inhalte. Die Moderne enthält schon immer ihr Gegenteil als antimodernes Denken und als antimoderne Politik. Die Gelegenheit der Okkupation des diffusen Unmuts wird von dort aus wachsam beobachtet und geschickt genutzt. Erklärungsangebote werden gemacht, indem Schuldige für das Unbehagen gefunden werden. Daraus resultiert der Anteil an Verschwörungstheorien, die zusammen mit den prekären politischen Inhalten zu abstrusen Geschichts- und Gesellschaftsvorstellungen verwoben werden. Zunehmend wächst die Gefahr, dass dieser politische Bodensatz katalysiert durch jenen Unmut inhaltlich diffundiert, sich unter demokratischen Bedingungen parteipolitisch etabliert und von dort aus legal weiterarbeitet. Dieses Ergebnis wird allseits konstatiert; begriffen wird es nicht.² Deshalb wird der demokratische Kampf dagegen so geführt, dass abermals der Zirkel der Erzeugung des antidemokratischen Populismus ausgelöst wird: Den politisch zunehmend völkisch und rassistisch infizierten Unzufriedenen wird attestiert, dass sie ein

1 Vgl. dazu Eisel 2021; eine knappe Zusammenfassung folgt unten.

2 Zum Beispiel die eilfertige Empörung, dass Elon Musk naheliegenderweise die AfD protegiert und die US-Regierung fast freundschaftliche Beziehungen mit dieser Partei unterhält, gehört zu der Begriffsstutzigkeit.

falsches, geschichtsvergessenes Leben leben, und die lassen sich in ihr Leben nicht hineinreden, das bei den Meisten gar nicht faschistisch ausgerichtet ist.

Die US-amerikanische Situation ist formal identisch, aber der politische Bodensatz integriert sich inhaltlich über die Anmaßung des Volks der Tapferen, den anderen Völkern in allem voraus zu sein. Das ist formal kompatibel mit dem völkischen Imperialismus der Faschisten und Nationalsozialisten. Diese Anschlussfähigkeit schlägt sich nieder im Hinblick auf die Nähe radikaler Republikaner zu diversen religiösen oder säkularen demokratiefeindlichen Gruppierungen. Sie lassen sich in ihrer antidemokratischen Strategie auch durch Bekenntnisse einiger dieser Gruppen zum Nationalsozialismus nicht beirren. Daher überschneidet sich mit der europäischen Situation dann doch nicht nur die Stoßrichtung der unzufrieden Überregulierten, sondern auch die inhaltliche Assimilation des Rassismus. Wenn sich der republikanische Liberalismus mit europäischem konservativem Gedankengut anreichert, führt das zu einem etwas anderen völkischen Bewusstsein des Weltpolizisten auf der großen politischen Bühne als es in Kontinentaleuropa entwickelt wurde, aber es reicht allemal zur weltweiten Kooperation zwischen den unterschiedlichen faschistisch infiltrierten Strömungen der Unmutigen aus.³

-
- 3 Es konnte hier nicht der komplizierte empirische Vorgang mitbehandelt werden, wie sich in den aktuellen Entwicklungen republikanischer Regierungspolitik niederschlägt, dass sich unterschiedliche religiöse Bewegungen, parteipolitische Gruppen sowie juristische Vereinigungen seit langem immanent in oder in Verbindung mit der republikanischen Partei formierten, Netzwerke bildeten und sukzessive an Macht gewannen. Diese heterogenen Quellen verursachen auf der Oberfläche der gemeinsamen grundsätzlichen Stoßrichtung ein oft verwirrendes Erscheinungsbild in der Artikulation der Gemeinsamkeit.

Drei Ideen von Selbstbestimmung

Die innere Polarisierung demokratischer Herrschaft führt in der modernen bürgerlichen Gesellschaft den Gegensatz zwischen nominalistischem und universalienrealistischem Gottesbegriff weiter, sowie mit Blick auf die Neuzeit den zwischen Empirismus und Rationalismus. Mit diesem Gegensatz gehen die epistemologischen Grundlagen für die politische Begründung in den Naturrechtslehren einher. Gott ist in seiner Allmacht unerkennbar; menschliches Denken und Handeln kann durch nichts auf Heilsgewissheit schließen, weder durch Gesetzestreue noch durch eigene gute Werke. Menschliche, von Gott gnädig verliehene, Freiheit hängt objektiv gesehen in der Luft, ist beliebig in ihrem Geltungsstatus – so die nominalistische Position. So alleine gelassen setzen die Menschen ihre Vernunft dazu ein, dass es ihnen wenigstens im Leben gut geht und verabreden sich auf einen Staat, der das überwacht.

Für die Wissenschaft gilt dann: Allgemeinbegriffe und Gesetze in der Wissenschaft – das entspricht der Ebene des unerkennbaren, gleichwohl gesetzgebenden Gottes – sind nur Namen für die beobachtete Regelmäßigkeit von Einzelereignissen, das heißt gewissermaßen Vermutungen über eine gesetzmäßige Wirkungsweise ohne jeden Anspruch auf objektive Gewissheit bezüglich des darin formulierten Gesetzes. Real sind allein diese Ereignisse in ihrer singulären Gegebenheit, so, wie die heillose Faktizität der Gläubigen. Gesetze, die wiederkehrend gleiches Verhalten in Naturerscheinungen verallgemeinern, sind nützliche Schlussfolgerungen des menschlichen Verstandes; das entspricht den hoffnungsvoll-gläubigen Überlebensversuchen der Heilsuchenden ohne Heilsgewissheit.

Demgegenüber die universalienrealistische Gegenposition: Gottes Wille ist durch die dem Menschen eigene »natürliche Vernunft«¹ zugänglich, die sich der göttlichen Gesetze bedient und so auch dem eigenen Heil dienlich Handeln anleiten kann. Diese Vernunft der Menschen ist Bestandteil einer universellen Vernunft, die der gesamten Schöpfung innewohnt.

Für die wissenschaftliche Erkenntnis bedeutet das: Allgemeinbegriffe und Gesetze bezeichnen objektive, der Vernunft zugängliche, Gegebenheiten. Es gibt nicht nur fallende Körper, sondern auch das Fallgesetz als universellen Zustand (von Gravitation), der sich im gesetzmäßigen Verhalten der fallenden Körper zeigt, und es gibt auch das, was es erlaubt, allen Pferden eine gemeinsame Wesensbestimmung zuzuordnen, die sie von allen anderen Lebewesen unterscheidet. Das Universelle ist real und zeigt sich in Ereignissen, die in Verbindung mit Randbedingungen des Auftretens eines Gesetzes jeweils empirische Gestalt erhalten. Die Konsequenz für die Menschen: Der Einzelne in seiner menschlichen Freiheit kann nach Vollkommenheit streben, das heißt sich der Objektivität und Gesetzmäßigkeit des Universellen zu versichern trachten, dem er angehört. Dazu bedient er sich als einzelner Mensch derjenigen Vernunft, die – ihm von Gott verliehen – auch in allen natürlichen, von Gott mit Vernunft geschaffenen Gesetzmäßigkeiten (sowie in den 10 Geboten) wirkt.

Die Polarisierung geht auf den antiken Gegensatz zwischen Skeptizismus und Gnosis bzw. auch zwischen dem Sophismus einerseits und andererseits der platonischen und aristotelischen Antwort darauf zurück. Diese Vorläuferschaften leuchten ein, wenn man den skeptischen Vorbehalt gegenüber dem Anspruch objektiver Wahrheit und der Existenz absoluter Ideen seitens der Hüter des nachweislich Richtigen, das heißt gegenüber Rückgriffen auf Objektivität in dogmatischen Begründungen, in Rechnung stellt. Ein vergleichbarer Vorbehalt wurde seitens

1 Vgl. Enzyklika *Veritatis splendor* von Papst Johannes Paul II. an alle Bischöfe der katholischen Kirche über einige grundlegende Fragen der menschlichen Morallehre. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 111, 6. Aug. 1993. Vgl. auch Eisel 2021, in Teil 1: »Die »natürliche Vernunft« des gläubigen Menschen«.

der Sophisten gegenüber der Gewalt und Schicksalsbestimmtheit in der Zeit der Blutrache und des Brauchtums artikuliert. Beides kann politisch als Zweifel an der Legitimität von objektiven Geltungsansprüchen und so als Abwehr von Bevormundungen interpretiert werden; das kennzeichnet die nominalistische Position. Diese Gegnerschaft besteht in der philosophischen und gesellschaftstheoretischen Diskussion in viele Facetten bis heute, wie auch der politische Widerspruch zwischen Republikanismus und Rousseauismus zeigt.

Im christlichen Rahmen wurde in der Scholastik der Gegensatz zwischen Nominalismus und Universalienrealismus unter theologischer Perspektive epistemologisch differenziert diskutiert.² Knüpft man an die christliche Transformation der Polarisierung an, so wird die recht weltliche Problemlage deutlich. Es handelt sich in der Theologie um die sinnhafte Überhöhung des doppelten Selbstbezugs von Subjektivität im Individuum.³ Das Individuum ist als unteilbare Einheit auf Freiheit und Gesetz/Vorbestimmung bezogen. Die Selbstbefindlichkeit von Individualität setzt voraus, dass eine singuläre Existenz sich als solche dadurch identifiziert, dass sie sich als einem Allgemeinen und Ganzen ausgesetzt und verbunden bemerkt. Die christlich-humanistische Grundlage des Begriffs fasst die Beziehung so, dass Freiheit durch Bindung an das Gesetz erlangt wird – ein Paradox. Sich in der Annäherung an die eigene Vollkommenheit vor den allgemeingültigen Gesetzen und Werten zu bewähren, eine Unterwerfung unter Gesetze,

-
- 2 Die beschriebene Polarisierung wird auch in der Reformation als Differenz zwischen der katholischen und der protestantischen Konfession wirksam. Vgl. dazu ausführlich, auch im Hinblick auf den Einfluss auf die »konservative Revolution«, Eisel 2021.
 - 3 Es wird hier nicht einbezogen, dass der antike Individualitätsbegriff im Christentum aufgegriffen und in der Weise theologisch transformiert wurde, dass die Idee der Individualität anschließend am christlichen Gottesbegriff ausgerichtet wird, das heißt als Projektion der Problemlage von Subjektivität in eine transzendente Instanz sich dann zirkulär durch diese Instanz als Gottesebenbildlichkeit legitimiert und die Idee der Subjektivität seitdem bestimmt. Vgl. Eisel 2026 im Hinblick auf den Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitals sowie Eisel 2021.

die allererst durch die Ausformung der eigenen Anlagen stattfindet, befreit von den Unzulänglichkeiten des anfänglich gegebenen Entwicklungszustands, der seine Vollkommenheit erst im Keim enthielt. So funktioniert Leben im Allgemeinen. Ebenso Subjektivität: Freiheit liegt in Höherentwicklung; der Prozess ist teleologisch. Das Telos orientiert die Selbstentwicklung an einem Endzustand, der die ursprünglichen Entwicklungsgegebenheiten an einem Ziel auszurichten gestattet und erzwingt; diese Gegebenheiten werden durch ihre Weiterentwicklung bewahrt. Daher setzt Entwicklung keinen Bruch mit Ursprüngen oder Umständen voraus – sie muss ihn verhindern. Sie ist keine eigennützige Befreiung von ursprünglichen Unzulänglichkeiten und vorgegebenen Entwicklungspfaden, denn das humanistische Denkmodell des Zusammenhangs von Freiheit und Individualität ist nicht emanzipatorisch gemeint. Der Konservatismus baut auf dieses Paradigma.

Auf den humanistischen Individualitätsbegriff folgen historisch die beiden modernen Individualitätsbegriffe der bürgerlichen Revolution. Sie schließen an die Polarisierung zwischen Nominalismus und Universalienrealismus an und realisieren zwei divergierende nicht-teleologische Möglichkeiten der Begründung der Ideen von Selbstbestimmung, die dann in der Moderne in den Naturrechtslehren zu zwei divergierenden Konzeptionen der Begründung von Freiheit führen: im einen Fall als Selbstgenuss durch triebnaturgegebene Glücksaffekte beim Genuss von »Wohlhabenheit« (Locke 2006, 322), skeptisch selbst gegenüber einem »Nachtwächterstaat«, oder im anderen Fall durch gelehrsame Tugendhaftigkeit, um dem verloren gegangenen Naturzustand auf neuer Stufe vernünftig gerecht zu werden und in staatlicher Volkssouveränität objektiv werden zu lassen. Die Polarisierung führt zu den oben beschriebenen Divergenzen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und zum Gerangel zwischen den beiden modernen demokratischen Habitustypen von ideologisch sozialisierter Individualität mit ihren konkurrierenden Freiheitsbegriffen.

Die dem vorausgehende teleologische Idee der humanistischen Individualität wird demgegenüber in der Moderne vom Konservatismus verwaltet und mit den beiden Gegnern so koordiniert, dass politisch Anknüpfungspunkte für gemeinsames demokratisches Handeln bestehen.

Diese Anschlussmöglichkeiten schließen offenbar nicht aus, dass auch Gemeinsamkeiten des Konservatismus mit dem Republikanismus aufgebaut werden können; das sind diejenigen, die sich gegen die tugendhaften Neo-Jakobiner und damit gegen die egalitäre Demokratie richten.⁴ Konservative und Republikaner verbünden sich, indem sie das Naturgegebene mit Tradition so verknüpfen, dass technische Emanzipation forciert und gesellschaftliche Emanzipation verhindert wird. Dafür stehen nun Elon Musk und diverse andere Tech-Milliardäre. Sie repräsentieren eine konsequente Radikalisierung und konservative Wende republikanischer Demokratie unter Bedingungen des digitalisierten Finanzkapitalismus.

Gemeinsam ist den demokratischen und den antidemokratischen Positionen, dass sie sich auf das Naturgegebene berufen gegenüber jedweder Transzendenz; das ist die Grundlage der Moderne. Dabei sieht der egalitäre Bezug auf das Naturgegebene aus der französischen Aufklärung und Revolution vor, dass das, was die Natur des Menschen ausmacht, in einer Weise vernünftig verabredet und staatlich verbürgt werden soll, dass es Ausdruck der Prinzipien ist, die der feudalgesellschaftlichen Unmündigkeit entgegenstehen. Das ist das natürliche, für alle geltende Recht, frei zu sein von dem, was ihre Tradition ihnen als ihre Natur vorschreibt, nämlich, dass sie weder frei noch gleich, sondern unfrei und ungleich seien. Diese neue Natur haben sie definitionsgemäß noch nicht ausgebildet, müssen sie in einer »Konversion der naturwüchsigen Existenz in eine moralische« (Habermas) erlernen, das heißt, die Menschen müssen lernen, dass sie ihre individuellen Ungleichheiten mit Vernunft gemeinsam dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz unterwerfen müssen. Die demokratische Gesellschaft ist ein unabschließbares Zukunftsprojekt, weil dieser Lernprozess permanent für alle neu erwachsenden Mitglieder der Gesellschaft in Gang gehalten werden muss. Daraus erwächst der gesellschaftliche Druck, Freiheit und

4 Vgl. zu jenen Anschlussmöglichkeiten wie auch zu den epistemologisch begründeten Gemeinsamkeiten zwischen der französischen Aufklärung und dem Konservatismus im Rationalismus in Eisel 2021a: »Epistemologische und politische Zusammenhänge im Hintergrund der Idee der Person«.

Gleichheit tugendhaft vor sich herzutragen, das heißt sich in Emanzipation zu bewähren: Wokeness. Die moralische und regulierende Attitüde erzeugt ihrerseits demokratischen Gegendruck, der republikanisch oder bürgerlich-konservativ – oder kombiniert – artikuliert und organisiert wird. Dessen bedient sich zunehmend das faschistische Potenzial der antimodernen Moderne, das sich ganz unabhängig von den inneren Widersprüchen der Demokratie konstituiert und erhält. Dass die republikanische Seite auf dem Vormarsch ist, liegt – neben jenem zirkulären Aufschaukeln zusammen mit der egalitären Demokratie – ganz banal daran, dass die republikanisch verfasste Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft zur Durchsetzung der industriellen Kapitalbildung entstand und nun ungeschminkt gemeinsam mit ihren konservativen Infiltrationen deren weiteres Wachstum gewährleistet. Die größere Nähe der republikanischen Seite der Demokratie zu Kapitalinteressen als es der französischen Aufklärung zukommt bewirkt durch die damit einhergehende Möglichkeit der Assimilation faschistischer Denkmuster die allseits konstatierte »neue Weltlage«, wenn man sie aus immanent demokratischer Perspektive nach der US-Wahl betrachtet, eine Situation, die sich aber dort auch schon zuvor ebenso wie in den europäischen Staaten durch zunehmenden Rechtsradikalismus angebahnt hat. Die Nutznießer aus der islamischen Welt, dem despotischen Privatkapitalismus und der russischen Oligarchie sehen grinsend zu und bedienen sich in ihren heterogenen Strategien der immanenten Widersprüche der Demokratie.

Exkurs: Der rassistische Bodensatz der modernen Gesellschaft

Auf Grundlage der Unterscheidung der drei Individualitätsbegriffe soll der theoretische und ideengeschichtliche Hintergrund der These knapp erläutert werden, dass das völkische und rassistische Potenzial, das bereitsteht, die inneren Widersprüche der Demokratien bereitwillig aufzugreifen und für seine politischen Interessen zu nutzen, nicht aus jener widersprüchlichen Situation hervorgeht, sondern unabhängig entwickelt der demokratischen Politik zugrunde liegt.¹

Zentraler Anknüpfungspunkt ist die konservative Idee der Freiheit in ihrer Differenz zum egalitären Freiheitsbegriff, aber auch zum liberalen Begriff von Freiheit. Der konservative Begriff ist in seiner doppelten Differenz darauf ausgerichtet, dass einzelne Freiheit sich durch die Bindung an objektive Werte und Maßstäbe erfüllt. Freiheit ist Ausdruck von etwas Allgemeinem mit objektiver Geltung, das heißt von etwas, das als Vorbestimmung wirkt und anerkannt ist. Zugleich – darin ist die Möglichkeit einer Vision von Freiheit verankert – erfüllt sich das, was vorbestimmt wurde, nur dadurch, dass den Einzelnen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung gegeben ist. Sie streben nach der bestmöglichen Verwirklichung ihrer Bestimmung, die sie kennen oder noch herauszufinden suchen. Wir hatten gesehen, dass dieses Gedankengebilde in seiner Herkunft durch die christliche Lehre der Befreiung der Menschen

1 Zur ausführlichen Darstellung mit Interpretationsbeispielen an Hand von Vertretern der »konservativen Revolution« Eisel 2021; vgl. ebenfalls Eisel 2021a in Anwendung auf das geographische Denken.

von der Urschuld bestimmt ist, die ihnen gewissermaßen ihr Leben zurückgegeben hat. Jesus – sein erlösendes Opfer – schenkte ein Leben in Freiheit. Die Menschheit hat einen neuen Bund mit Gott, der sie zur Freiheit verpflichtet, andernfalls wäre die Erlösung umsonst gewesen. Die gläubige Bindung an den Erlöser, das heißt an die Lehren des Neuen Bundes, garantiert ein Leben in Freiheit.

Der christlichen Lehre geht die antike Idee der Individualität voraus; sie wird im Christentum eigentümlich transformiert. Die humanistische Idee der Individualität als eine Einheit von Gesetz und Freiheit ist daran ausgerichtet, dass das Allgemeine, Gesetzmäßige einer Vernunft gehorcht. Deshalb muss sich das Einzelne in seinem Streben seiner Vernunft bedienen, um sich mit den objektiven, vernünftigen Gegebenheiten abzugleichen. Freiheit ist ein Annäherungsprozess in diesem Rahmen. Je vollkommener die Annäherung gelingt, um so befreiter ist der Einzelne von den banalen Alltäglichkeiten, vor allem von den leiblichen Begierden und Ablenkungen, die ihn unvernünftig Handeln lassen. Es ist erkennbar, dass solche – und damit eben überhaupt die – Freiheit im Geistigen liegt. Im christlichen Rahmen bedeutet das: im Geiste Gottes.

Aber die antike Idee der Individualität ist durch die nüchterne und praktische Art und Weise gekennzeichnet, wie die beiden Pole der Paradoxie von Freiheit und Gesetz aufeinander bezogen sind. Die objektiven Regeln des Gemeinwesens sind bindend, und wenn sie in irgendeinem praktischen Anwendungsfall, wie etwa durch die Anweisungen eines Arztes oder Pädagogen, exekutiert werden, werden sie befolgt, weil und wenn die vernünftig vorgebrachten Gründe überzeugend sind (Foucault 2005, 200f.). Darin ist die sophistische Tradition wirksam, dass Überzeugungskraft von Unmündigkeit befreit und die Gewalt der Blutrache und des Brauchtums bricht.² Durch Platon wurde diese im Einzelnen wirksame Vernunft zum Ausdruck des Absoluten erklärt, das in der Einheit des Guten, Wahren und Schönen besteht. So ist einzelnes Streben nach Geltung an die Erfüllung objektiver Maßstäbe gebunden und sucht seine Freiheit durch den Umgang mit dieser Vorgabe zu verwirklichen. Das bietet die Anschlussmöglichkeit für die christliche Überarbeit-

2 Vgl. dazu Eisel 2026, Teil 7.

tung, in der das Absolute in Gottes Dreifaltigkeit wohnt und der erlöste Gläubige seine Freiheit in den Dienst von beidem stellt: Gottes Ruhm und der eigenen Strategien, die Freiheit als eine Selbstentfaltungsmöglichkeit zu leben, die Gott gerecht wird; dazu dient das Prinzip der Nachfolge Jesu. Es orientiert die Freiheit daran, dass das eingelöst wird, was zur Befreiung durch Gott geführt hatte. Die erste große Sünde im Paradies wurde erlassen. Daher gilt es, sich in Freiheit zu üben durch die Vermeidung jeglicher Sünde, wie sie schon ganz zu Anfang aus einem Begehren erwuchs. Gemeinsam gilt für die Antike und das Christentum: Vernünftig zu handeln wird der Vorsehung gerecht und befreit von allen Irrationalitäten, zu denen auch die leiblichen Versuchungen gehören.³ Aber im Christentum kommt hinzu, dass Gottes Allmacht Rechnung getragen werden muss. Foucault weist darauf hin, dass dort dem Allgemeinen strebsam gefolgt wird, weil es ein Wille ist (ebenda, 201). In allen Vorbestimmungen wirkt eine Kraft, der von der Seite des einzelnen Strebens nach Vollkommenheit eine ebensolche Willenskraft zur Freiheit entgegengebracht werden muss. Dieses Streben hatte Aristoteles im Begriff der *Entelechie* eingeführt und zu einem Prinzip der Natur erklärt. Das Christentum hat diese Idee – prominent durch Thomas von Aquin explizit – übernommen.

Der Begriff der Individualität assimiliert diese gesamte Ideenentwicklung. Er trägt das Paradox der kategoriellen Gegenpole Gesetz/Vorbestimmung/Maßstab/Notwendigkeit und Freiheit/Möglichkeit und löst es auf in der Vorstellung einer Entwicklung. Denn wenn allem Einzelnen ein natürliches Streben nach dem Allgemeinen innewohnt, dann bewirkt die eigene Möglichkeit, seiner Vorbestimmung gerecht zu werden, eine Einheit mit dem Allgemeinen durch Selbstverwirklichung. In ihr ereignet sich Vorbestimmung durch einen Prozess, in dem das Individuum sich angesichts seiner freiwilligen Bindung an objektive

3 Zur grundsätzlichen theologischen Relativierung der Vernunft (und des Humanismus) im Protestantismus vgl. ausführlich Eisel 2021. Die konfessionellen Differenzen können hier nicht ausgeführt werden, vgl. dazu ebenda, sowie Eisel 2021a, »Generalisiertes Christentum: Anknüpfungspunkte für ein humanistisches Selbstverständnis«.

Vorgaben dadurch bewährt, dass es sich in seiner frei entfalteten Persönlichkeitsbildung zum Repräsentanten der objektiven Werte macht, an die es sich binden soll: im säkularen Rahmen das Subjekt durch seine Vernunft, im christlichen Rahmen der Christ im puren Glauben oder durch Glauben und Vernunft. Menschlichkeit besteht dann darin, dass alle Menschen darauf achten, dass jeder diese Selbstentwicklung in Würde leben kann.

Der christliche Humanismus wurde theologisch und philosophisch – insbesondere schematisiert unterschieden durch die universalienrealistische und die nominalistische Tradition des Gottesbegriffs sowie durch die konfessionellen Spaltungen – als Grundlage des Abendlands tradiert, bis die bürgerliche Revolution die beiden modernen, demokratischen Individualitätsbegriffe dagegensetzte. Der christlich-humanistische wurde zum kulturellen Erbe, aber durch den Konservatismus wieder als politisches Programm in die bürgerliche Gesellschaft eingefügt. Entscheidend für die politische Ausrichtung wird der mit der Aufklärung einhergehende Aspekt der modernen Gesellschaft, der vorgibt, wie jene Möglichkeiten definiert werden, die die Substanz des Strebens nach Höherem und damit der befreienden Selbstverwirklichung ausmachen. Im christlich-humanistischen Rahmen bestand sie in geistigen Potenzen, in Vernunft und Glaube oder in unbedingtem Glauben – je nach Konfession. Mit der Aufklärung kehrt sich der Bezugspunkt für objektive Geltung grundlegend um. Wenn Geist aus materiellen Gehirnfunktionen besteht und Gott ein ideologisches Gespenst ist, das eine Herrschaft sichert, die von der Unfreiheit aller, die nicht von Gottes Gnaden sind, ausgeht, dann kann sich Freiheit nur auf die Gegenseite des Gespenstes berufen: auf Naturgesetze. Die bürgerliche Revolution setzt die Versachlichung aller sinnhaften Geltungsansprüche durch; aus Sinn wird Funktion, und aus der Schöpfung wird Evolution.

Damit ergibt sich für jenes humanistische Entwicklungsprinzip, dass nun jedes Lebewesen die eigenen natürlichen Anlagen trotz der Bestimmung durch die objektiven Naturgesetze zu verwirklichen su-

chen muss. Daraus resultiert die moderne Idee des Lebens.⁴ Was zuvor ein Erlösungszustand war, in dem sich jeder darin zu bewähren hatte, dass er Gottes Gnade sowie seinem Willen gerecht wurde, ist nun ein natürlicher Zustand, in dem jedes Individuum sich Naturgesetzen gemäß entfaltet. Darin verbirgt sich aber nach wie vor eine dem demokratischen Gleichheitsprinzip gegenüberstehende Definitionsmöglichkeit von Allgemeingültigkeit. Geltung hat unter humanistischer (und konservativer) Perspektive, was durch einzelnes Streben objektiven Gesetzmäßigkeiten Ausdruck verleiht. Individualität ist nicht, wie im Kontext der Idee demokratischer Gleichheit, ein Ereignis, das einem Gesetz subsummiert wird, so dass alle Einzelereignisse der *gleichen* Art allgemeine Geltung haben (vgl. Eisel 2006), statt ihre Geltung in der *Differenz* zu allen anderen Ereignissen durch selbstverwirklichte Repräsentation von objektiven Gesetzen zu manifestieren. Es stehen gegeneinander: Geltung/Freiheit durch Gleichheit versus Geltung/Freiheit durch Differenz. Damit ist der Unterschied zwischen mechanischer Funktionsausübung und organischer Entwicklung gegeben.⁵ Organische Entwicklung verwirklicht die Gesetze des Lebens. Dem unterliegt im modernen versachlichten Bewusstsein auch die Subjektivität. Sie begründet sich in ihrer gesellschaftlichen und historischen Entwicklungsmöglichkeit durch ihre jeweils besonderen naturgegebenen Anlagen, selbst wenn diese als gottgegeben angesehen werden. In dieser naturalistischen Pointierung des christlich-humanistischen Individualitätsbegriffs bewährt sich jetzt das natürliche Potenzial der Individuen einer Art. Darin sind sich alle Lebewesen gleich. Diese Idee der Gleichartigkeit bezieht sich auf das Prinzip natürlicher Differenzen. Alle Lebewesen sind besonders, und darin sind sie sich gleich.

-
- 4 Zum Folgenden vgl. Eisel 2021a »Übereinstimmungen und Missverständnisse«, dort: »Bewährung und Entwicklung: über zwei Ebenen eines Maßstabs für Geltung (mit einem Exkurs über den Ursprung des Bewährungsbegriffs)«, »Anpassung und Bewährung: über zwei Ebenen von zwei Maßstäben für Entwicklung« und »Konstante oder variable Innerlichkeit: abermals Ebenen-Wirrwarr«.
- 5 Ausführlicher in Eisel 2026, Kap. 2.

Für die Subjekte gilt zudem noch immer: Aus den geistigen Vermögen der Einzelnen heraus verhilft die Bindung der Freiheit an höhere Prinzipien diesen zum Ausdruck in der Welt und damit den Einzelnen zur Selbstbestimmtheit. Denn nur die Subjekte setzen die natürlichen Möglichkeiten ihrer Art mit Vernunft ein, die sich an persönlichen, gesellschaftlichen und historische Zielen orientiert. Die Willenskraft zur repräsentativen Höherentwicklung ist jedoch auch in diesem Fall an die natürlichen Anlagen gebunden.

Die demokratischen Begriffe der Individualität aus der bürgerlichen Revolution sind also durch den Konservatismus mit einer modernen naturalistischen Form des Humanismus konfrontiert. Sie gibt unter bestimmten Voraussetzungen die Grundlage für den Rassismus ab. Vor dieser Revolution wurde die Idee der Individualität in ihrem christlichen Gehalt einerseits zunächst als ein vernünftiges universelles System, andererseits dann auch unter geschichtlicher Perspektive formuliert. Das prominente Beispiel für die Ausformulierung der metaphysischen Idee der Individualität des christlichen Humanismus im Rahmen eines universellen Systems ist die Monadologie von Leibniz. Auf deren Grundlage findet der Humanismus durch Herder Eingang in die Geschichtsphilosophie. Damit verschiebt sich die Idee der Individualität auf einen anderen Gegenstand: die Völker. Die Fragestellung ist darauf gerichtet, wie die allmählich den ganzen Globus erfassende Hochkultur des christlichen Abendlandes so erfolgreich sein konnte. Die Relation von Vorbestimmung und Freiheit verschiebt sich auf das Geschichte hervorbringende Verhältnis von Natur und Mensch, das heißt auf die Fragestellung, wie Naturanpassung, also eine Unterordnung unter Gesetze, geschichtliche Höherentwicklung durch Kultur, also eine Loslösung von eben diesen Vorbestimmungen, das heißt eine Selbstentfaltung durch die Anerkennung der Naturgesetze, möglich gemacht haben soll: das ist das paradoxe Denkmuster von Individualität verschoben auf den geschichtlichen Prozess.⁶

6 In der Geographie, die Herder als den Urheber ihres Denkens begriffen hat, wurde später das Objekt der »Länderkunde«, das »Land«, explizit als »Individuum« bezeichnet. Es war das historische Entwicklungsergebnis der Mensch-

Die Völker bewähren ihre Eigenart, apostrophiert als »Volksseele« und »Volkscharakter«, im Anpassungsprozess an die Naturumgebung, indem sie ihr gerecht zu werden versuchen. Das löst sie insofern vom Naturzwang, als sie den unverbrüchlich zwingenden Naturgesetzen in ihrer konkreten Wirkungsweise in Lebensräumen ihre eigene konkrete Lebensweise als kulturelle Gemeinschaft vorgeben. Sie »kultivieren«, und das überwindet Zwänge durch eine eigenständige Art und Weise des Handlungsantriebs. Sie begreifen die Gesetze der natürlichen Gegebenheiten als »Anregungsmittel« – der Begriff durchzieht die geographische Literatur der Kulturlandschaftskunde und der Länderkunde der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – für das, wonach sie vermöge ihrer typischen Entelechie als Volk streben: Überleben durch Kultur. Damit genügen sie ihrer Vorbestimmung als geschichtliche Träger von menschlicher Freiheit.

Aber die Antriebe unterscheiden sich. Nicht alle Völker haben die natürlichen Anlagen zur Hochkultur. Sie unterscheiden sich, wie sich eben Individuen unterscheiden. So, wie Individuen lebenslang ihre Besonderheiten kultivieren, werfen die Völker ihre Besonderheiten in die Waagschale, wenn sie sich von Naturzwang befreien, das heißt unter den besonderen Bedingungen ihrer Eigenart Geschichte machen. Die Ebene, auf der natürliche Entwicklungspotenziale liegen können, steht im naturalistisch versachlichten Bewusstsein der Moderne fest. Den objektiven Naturgesetzen der Lebensräume stehen auf der subjektiven und kulturellen Seite die menschlichen Möglichkeiten, das heißt die objektiven Gesetze der Selbstentfaltung gegenüber. Die Vorstellung geschichtlicher Entwicklung gründet in der naturalistischen Transformation von Gottes Vorsehung in die Geltung von Naturprinzipien. Wie für die Entwicklung aller Lebewesen rekuriert diese Entwicklung auf Strategien des Überlebens. »Selbsterhaltung ist das erste, wozu ein Wesen da ist: vom Staubkorn bis zur Sonne strebt jedes Ding, was es ist, zu bleiben; dazu ist den Tieren Instinkt eingeprägt, dazu ist dem Menschen sein Analogon des Instinkts oder der Vernunft gegeben«

Natur-Auseinandersetzung, das heißt die Einheit des Verhältnisses von natürlichen Gesetzmäßigkeiten und frei handelnden Völkern.

(Herder, DB, 28483).⁷ Die Völker überleben dank ihrer Vernunft im Umgang mit Naturbedingungen. Aber entscheidend ist, dass »jedes Ding, was es ist, zu bleiben strebt«. Es gibt eine unverrückbare Basis von natürlichen Anlagen der Subjekte, die der Selbsterhaltung dient. Das ist das, was der Fortpflanzung dient: das Erbgut. Darin zentriert sich der Ausgangspunkt und Impuls aller historischen Entwicklung. Die Naturgesetze der Körper bestimmen die geschichtlichen Entwicklungspotenziale der Menschen und Völker different, ganz unbenommen der Funktion der Vernunft – die ja ebenfalls in der Moderne als universelle Grundlage von Subjektivität vorausgesetzt wird – für die praktische Verwirklichung dessen; darin können sich dann Völker gleichartiger Erbanlagen unterscheiden.

So ergibt sich die Erde als ein – wie in der Geographie oft apostrophiert – »Körper« oder »Leib« auf der Gegenseite vielfältiger geistiger geschichtswirksamer Aktivitäten von Völkern, die sich aber durch die Art und Qualität ihrer natürlichen Selbsterhaltungsmerkmale unterscheiden. Es entstehen einerseits verschiedenartige Hochkulturen und diese andererseits neben Kulturen, die in unmittelbarer Abhängigkeit vom Naturzwang verharren. Deren natürliche Anlagen bewähren sich durchaus, aber sie sind derart, dass es nicht zu dem kommen konnte, was sich zum Beispiel im christlich-humanistischen Europa ereignete. In jedem Falle ist der geschichtswirksame besondere Volkscharakter durch die natürlichen Anlagen eines Volkes festgelegt und bestimmt den kulturellen Erfolg bei der Anpassung an die Naturgesetze in den Erdräumen.

Das bedeutet: Insofern im modernen naturalistischen Denken in der Logik dieser Konstruktion die Funktion geistiger Vermögen und göttlichen Willens durch Erbgut ersetzt wird, ist Rassismus möglich.

7 An dieser Stelle verwahrt Herder sich aber aufgrund seines Paradigmas gegen eine Auffassungsweise von Selbsterhaltung im Sinne von Hobbes. »Es hat Philosophen gegeben, die unser Geschlecht dieses Triebes der Selbsterhaltung wegen unter die reißenden Tiere gesetzt und seinen natürlichen Zustand zu einem Stande des Kriegs gemacht haben. Offenbar ist viel Uneigentliches in dieser Behauptung« (Herder 1784–1791, DB, 28483f.).

Dass das geschieht, ist nicht zwingend, aber dass es möglich ist, stürzt den Humanismus in ein Dilemma. Er ist als moralische Haltung sowie als politischer Wert unverzichtbar, und er ist die kulturelle und ideengeschichtliche Grundlage dessen, was er definitiv zu verhindern sucht. Entsprechend gestaltet sich der Diskurs: Rassismus wird im humanistischen Gestus verständnislos dämonisiert – verständnislos nicht deswegen, weil er empirische Signifikanz hat und anzuerkennen wäre, sondern weil die Erkenntnis der eigene Beteiligung *an ihm* in Entrüstung *über ihn* versinkt.⁸

Im Hinblick auf die Orientierung gesellschaftlicher Geltung und historischen Entwicklungspotenzials am Prinzip der naturgegebenen Differenz unterscheiden sich der Republikanismus und das egalitäre Denken grundlegend: Die Orientierung an Emanzipation und Gleichheit bekämpft definitionsgemäß die Idee und Praxis einer unabänderlichen natürlichen Differenz; das war der Ausgangspunkt für die Revolution gegen das Feudalsystem und der Idee der Gleichheit geschuldet. Der Republikanismus setzt dagegen auf die Leistungsunterschieden der Menschen und bekämpft den egalitären Pol der bürgerlichen Revolution als Wokeness. Die Art des Differenzprinzips ist seiner Legitimationsfunktion für den Kapitalismus geschuldet. Dieser Status des Liberalismus stört die Rassisten nicht. Der Rassismus macht sich vielmehr im Kampf gegen die egalitäre Tradition an dieser Gemeinsamkeit mit dem Republikanismus fest und bekämpft den gleichen Gegner von außerhalb der Demokratie, den der Republikanismus von innen bekämpft. Dass der Republikanismus sich auf diese Kumpanei einlässt, ist nicht zwingend und findet bei vielen redlichen Liberalen nicht statt, ist aber virulent. Somit geht aber auf der anderen Seite jene schönfärberische, wirklichkeitsfremde Entrüstung der humanistisch Gesinnten über den Rassismus prominent mit egalitärer Politik und Moral einher, die den allgemeinen Nährboden

8 Zum Dilemma des Humanismus vgl. Eisel 2021, insbesondere »Alfred Rosenberg«, dort: »Humanismus im Dilemma: über theoretische Geltung ohne moralische Legitimation und moralische Grenzen trotz theoretischer Geltung« sowie »Das Dilemma der Moderne: paradoxe Säkularisation«.

für die moralisierenden Bevormundungen abgibt, denen die Republikaner mit ihrer Ablehnung begegnen.

Die moderne theoretische Verarbeitung der rassistischen Transformation des Humanismus im Sinne der Begründung von Geltung durch Natur bietet die Evolutionstheorie.⁹ Dort wird ebenfalls Entwicklung als Naturanpassung begriffen. In Kurzform: Die Theorien unterscheiden sich danach, ob die Naturumgebung die Entwicklung der Arten determiniert, das heißt derart »prägt«, dass ihre Lebensweise ganz der Umwelt unterworfen ist und folglich durch diesen Einfluss erklärbar ist. Entwicklung ergibt sich dann daraus, dass die Organismen auf diese äußeren Zwänge reagieren: Wenn die Giraffe unten nichts mehr zu Fressen vorfindet, reckt sie so lange den Hals in die Baumwipfel, bis dieser Habitus genetisch umgesetzt wird und dazu führt, dass ihr mehr Halswirbel wachsen und sie das vererbt. Klimatische oder sonstige Umbrüche in den Umwelten, die zu neuen Verhaltensweisen der vorhandenen Arten führen, erzeugen dann neue Arten. Entwicklung ist ein mechanisches Geschehen von Reaktionsweisen. Die konträre Erklärung besagt, dass die Umwelt selektiv auf die Individuen der Arten wirkt. Sie liest die Tüchtigsten im Selbsterhaltungskampf aus. Damit entsteht Neues, das heißt neue Arten (zu leben), durch den Umstand, dass geringfügige Variationen in den Genen der Individuen der Arten durch die Umwelteinflüsse zur Mutation stimuliert werden. Sind diese Individuen erfolgreich in der Anpassung, bilden sie eine neue Art. Entwicklung ist ein zufälliges Geschehen. Die Evolution kommt zwar voran, weil Neues entsteht, aber es gibt kein Ziel der Entwicklung. Eine dritte Evolutionsvorstellung besagt, dass die Entwicklung des Lebens

9 Zum Folgenden vgl. in Eisel 2021a »Der Begriff der Naturdetermination im Wirrwarr der Denkmöglichkeiten«, dort: »Gestählte Tropenbewohner und verweichlichte Nordmänner?« und »Keine Chance für Lamarck im Rassismus«; in »Übereinstimmungen und Missverständnisse«, dort: »Bewährung und Entwicklung: über zwei Ebenen eines Maßstabs für Geltung (mit einem Exkurs über den Ursprung des Bewährungsbegriffs)« und »Teleologie mit darwinistischen Floskeln verhindert den Lamarckismus: Schrepfer, Ule, Kirchhoff« sowie »Unentschiedener Anti-Lamarckismus? – ein Versuch, die richtige Fragestellung zu gewinnen«; vgl. insgesamt »Friedrich Ratzel«.

ein Ziel hat. Sie verläuft weder mechanisch noch zufällig, sondern gemäß der Bewährung besonderer natürlicher Eigenschaften aller Lebewesen angesichts des Ziels, in möglichst vollkommener Form ihre Art zu repräsentieren. Leben »entfaltet« sich in repräsentativen Einzelexemplaren von Arten. Die Lebewesen sind strikt vorbestimmt durch die Eigenschaften ihrer Art. Dennoch entfaltet jedes einzelne Lebewesen diese Gesetzmäßigkeit auf seine besondere Weise; es strebt nach dem, was ihm auferlegt ist und zugleich seiner freien Entfaltung dient. Das kann nicht auf uniforme Gleichartigkeit der Exemplare hinauslaufen, weil Lebewesen sich nicht nur gemäß der Besonderheit ihrer Art entwickeln, sondern darin abermals besonders, nämlich individuell. Geltung durch Gleichartigkeit dagegen widerspricht der freien Entfaltung, weil dann alles Einzelne dem gleichen Gesetz unterworfen ist, das heißt seine eigene, gewissermaßen selbstbestimmt entwickelte, Besonderheit nicht zur Geltung bringen kann. In der Vorstellung der Geltung eines Einzelnen durch die Subsumtion unter ein Gesetz entwickelt sich nichts aus sich heraus. Aus humanistischer Perspektive liegt darin ein Zwang und Unfreiheit für das Einzelne. Der Begriff »organisch« und die Idee des Lebens drücken den Unterschied zu einer mechanistischen Funktionsweise aus, in der die Elemente des Ganzen durch dessen Gesetze vorbestimmt sind, ohne einen Eigenbeitrag durch Selbstbestimmtheit zu leisten oder aber zu einem Prozess, in dem sie ziellos erfolgreicher sind als andere Individuen. Es ist leicht erkennbar, dass diese organologische Variante die christlich-humanistische Idee der Individualität verarbeitet.

In der Teildisziplin Ökologie der Biologie wurde das Denkmuster der Individualität auf ganze Lebensgemeinschaften übertragen;¹⁰ hierin ist die ideengeschichtliche Anbindung an den Begriff der Völker erkennbar. In natürlichen Lebensgemeinschaften, insbesondere in Pflanzengesellschaften, unterstützen sich alle Individuen der vorhandenen Arten darin, den umgebenden erdräumlichen Bedingungen, das heißt den dort wirksamen Naturgesetzen, das abzugewinnen, was die gemeinsame Entwicklung darin voranbringt, dass sie einen stabilen Endzustand

10 Ausführlich Trepl 1987, Kirchhoff 2007; vgl. auch Eisel 2002, 2005, 2007.

erreicht. Das ist die synökologische Theorie der Entwicklung. Sie tauchte im Zeitgeist des völkischen Denkens der antimodernen Moderne in der Biologie auf. Wenn hierbei Entwicklung stattfindet, dann besteht sie darin, dass »jedes Ding, was es ist, zu bleiben strebt« (Herder). Die Lebewesen verwirklichen die Eigenart derjenigen Art, der sie angehören. Das ist das, was ihnen ihre natürlichen Möglichkeiten bieten, um ihrer Art treu bleibend verschiedenartig ihre Lebendigkeit zu entfalten. »Lebewesen« bezeichnete in diesem biologietheoretischen Rahmen aber die ganze Lebensgemeinschaft. Das Paradox der Selbsttransformation von Gleichbleibendem löst sich auf durch den Bezug auf zwei Ebenen. Gleich bleibt das natürliche Potenzial, das ist das, was – im christlichen Urbild durch Gottes Vorsehung, nun durch die Zugehörigkeit zu einer Art – für jedes Wesen als das Seine festgelegt ist. Entwicklung ergibt sich dann, wenn diese Anlagen mit den Gesetzen der Umwelt so abgeglichen werden, dass deren Einfluss entwicklungsfördernd verarbeitet wird. In den ökologischen Lebensgemeinschaften findet Kooperation und Konkurrenz statt. Beides fördert Entwicklung, wenn es der Ausrichtung der natürlichen Potenziale aller Mitglieder an jenem Endzustand dient. Die Transformation des dennoch Gleichbleibenden ergibt sich, wenn und weil sich die Individuen darin bewähren, den besonderen Überlebensprinzipien ihrer Art im Geiste der zielgerichteten Höherentwicklung des Ganzen der Lebensgemeinschaft eine möglichst typische und vollkommene Selbstentwicklung abzugewinnen.

Vergewissert man sich des Hintergrunds, dem die Gedankenkonstruktion geschuldet ist, der Idee der kulturellen Entwicklung von Völkern, dann kommt die Vernunft von Subjekten zu den natürlichen Anlagen hinzu. Besondere Naturanlagen plus Vernunft ergeben den »Volkscharakter« der Völker, das heißt die Art, wie sie ein Bewusstsein von ihrem Auftrag entwickeln, das geschichtliche Ziel ihrer besonderen Kultur zu erreichen. Die Besonderheit beruht auf dem, was in allen einzelnen Mitgliedern eines Volkes gleich ist und zu bleiben strebt, um die Gewähr zu behalten, sich darin höher entwickeln zu können. Die natürliche Grundlage der Entelechie, das Steben nach kultureller Selbstentwicklung aus Anlass der »Anregung« durch natürliche Vorgaben der Erdräume, muss erhalten werden. Geschichtliches Handeln bewährt das

natürliche Potenzial, das ein Volk verbindet. Gottes Wille, der im gläubigen Christen als Vorbestimmung seiner individuellen Möglichkeiten wirkte, wird im modernen, das heißt im naturalistischen und evolutionistisch vereinnahmten, antimodernen geschichtsphilosophischen Rahmen zur Rasse. Sie ist allgemein gesetzgebend und vorausbestimmend für die Subjekte und in ihrer Besonderheit repräsentiert in den Individuen aller Völker. Diejenigen Völker, die kulturschaffend ihrerseits in ihrer jeweiligen Individualität den Naturgesetzen des Planeten gegenüberstehen, sind historisch bedeutsam und verantworten Geschichte. Sollen die besonderen geschichtswirksamen Anlagen nicht durch Vermischung mit anderen zu einem gleichmacherischen Breientarten, wie es die multikulturell eingestellten politischen Gegner aufgrund ihrer konkurrierenden Naturrechtslehre tolerieren, muss die Rasse rein erhalten werden. Dazu muss die Fortpflanzung vernünftig organisiert werden. Fremdes Erbgut muss ausgemerzt werden, wie in der Religion Ketzer und Häretiker aus der Gemeinde der wahren Gläubigen.

Aufgrund der konstitutiven Bedeutung unveränderbarer Naturanlagen der Subjekte und Völker für ihr evolutionstheoretisches Paradigma wehren sich die Rassisten gegen die Vorstellung, dass die Natur die natürlichen Grundlagen der Geschichtsmächtigkeit der Völker im deterministischen Sinne prägt. »Er (der Verfasser, U.E.) versteht unter der Züchtung durch die Umwelt durchaus nicht das, was der *Lamarckismus* darunter versteht; diesem ist die Rasse eine Art von Knetgummi, in der jede neue Umwelt die alten Züchtungsergebnisse auslöscht und neue eingräbt [...]« (Darré 1934, 226; vgl. oben das Giraffenbeispiel). Denn wenn äußere Umstände das Innere determinieren und umformen könnten, könnte die Beherrschung und Veränderung äußerer Umstände die Steuerung des Inneren selbst in die Hand nehmen. Man zöge aus der Familie aus, gründet eine Wohngemeinschaft, und schon könnte man leben wie man will und ganz anders werden, als die Familie es geplant hat; man würde ein anderer Mensch als durch Tradition und scheinbar naturgegeben vorbestimmt. Emanzipation wäre ein legitimer, selbstbewusster und vernünftiger Transformationsprozess von Innerlichkeit. Die Rassisten bestehen aber darauf, dass sich ein

unveränderbares Potenzial, das heißt etwas in seiner Konstanz als verändernde Kraft permanent Wirksames, das richtige Streben Anleitendes, darin bewährt, dass es aus Zwang und Vorgaben eigene Geltung, das heißt mehr Selbstbestimmung, macht. Selbstbestimmung bedeutet dann aber das Gegenteil von dem, was es im egalitären Rahmen bedeutet. Es bedeutet die erfolgreiche Bindung an ein geschichtliches Ziel derart, dass dem besonderen Wesen jenes natürlichen inneren Kerns Ausdruck verliehen wird. Ein solches Volk lebt und solche Individuen leben ihre Bestimmung in der Differenz zu all jenen, die – so die Vorstellung – andere natürliche Grundlagen haben. Diese Differenz wird zur Höherwertigkeit, wenn sie ins Koordinatensystem von Wertmaßstäben gerät; die liegen seit der Neuzeit in Geschichte. Hier schließt sich der Zirkel: Kulturell respektable Geschichte ergibt sich aus dem, was naturgegeben die besondere Eigenart ausmacht. Die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, ergibt sich aus der Höherwertigkeit der Rasse, und diese Höherwertigkeit ergibt sich aus der Definition des historischen und kulturellen Ziels, das der Rasse angemessen ist. Die besondere Rasse definiert das, was allen anderen Völkern zur Gleichberechtigung, Weltgeschichte zu machen, fehlt und historisch sowie kulturell in ihrer Daseinsberechtigung delegitimiert.

Das humanistische Paradigma der Bewährung begründet das evolutionstheoretische. Beide explizieren die Auflösung der paradoxen Idee von Individualität in ein Entwicklungsprinzip. Im Gefolge der bürgerlichen Revolution greift die politische Position der Gegenauflärung auf dieses Paradigma zurück und formuliert es als konservatives Programm zur Ergänzung der bürgerlichen Naturrechtslehren. Das Programm wurde im völkischen Denken wirksam. Das ist nicht zwingend, es kann – wie beschrieben – ebenso in demokratischer Form als geistiger Sinnhorizont verstanden und Anliegen kultureller, oft regionaler, Traditionspflege praktiziert werden. Wird die humanistische Idee der Individualität in der völkischen Lesart konsequent naturalistisch säkularisiert, ergibt sich der Rassismus. Er ist nicht das populistische Ergebnis der innerdemokratischen Querelen zwischen Republikanismus und egalitärer Aufklärung, sondern in seiner fehllaufenden, modernen, naturalistischen Radikalisierung ein als »Auswuchs« des

humanistischen Erbes der Moderne bereitliegender eigenständiger kultureller Untergrund der Demokratien. Dieser potenzielle rassistische Untergrund macht die bedenkliche, aber immanent zwingende, antiegalitäre Stoßrichtung des Republikanismus weltpolitisch brisant, denn die antiegalitär radikalisierte republikanische Politik spült diesen prinzipiell immer bereitliegenden Untergrund an die politische Oberfläche.

Der Republikanismus ist theologisch ausbaufähig

Die Polarisierung zwischen nominalistischer und universalienrealistischer Perspektive auf den Gottesbegriff bietet auch einen Hintergrund für eine irritierende Besonderheit, die in der aktuellen Diskussion über die US-amerikanische Politik auftaucht. Angesichts des traditionellen Einflusses der Evangelikalen auf die konservative Degeneration republikanischer Politik sind die aktuellen Bekenntnisse exponierter radikaler Republikaner zum Katholizismus auffällig. Es steht zu vermuten, dass der aristotelische Charakter des Katholizismus¹ unter bestimmten Bedingungen eine gewisse Anziehungskraft auf die konservativen Republikaner hat. Die Individualität des Gläubigen definiert sich in diesem Rahmen durch das Vermögen und das Streben, sich selbst zu verwirklichen und damit göttlicher Vorbestimmtheit Ausdruck zu verleihen. Das widerspricht zunächst dem republikanischen und dem protestantischen Selbstverständnis. Für die protestantische Idee der Freiheit gilt, dass der Einzelne sich nicht an irgendwelche objektive Vorgaben halten kann, die ihm einen gottgefälligen Weg weisen. Er muss für sich das Wort Gottes (zusammen mit der Gemeinde) in das übersetzen, was er als einen freiheitlichen Gebrauch seiner Vorbestimmung erkennen zu können glaubt. Maßstab dafür ist allein die Selbstgewissheit in der Unverbrüchlichkeit seines Glaubens. Objektiv gesehen ist diese Art des Bewusstseins von Selbstverantwortung beliebig; denn ob Gott die gewählte Interpretation seines Wortes billigt, bleibt dem Gläubigen

1 Vgl. dazu Eisel 2021.

verschlossen. Das göttlich Geschenk der Freiheit erweist sich als ambivalent; es werden ihm die Bezüge für die Ausrichtung an objektiver Geltung verweigert. (Das führt zur großen, aber schillernden Bedeutung des Gewissens.) Insoweit der Gläubige sich unabhängig von Gottes Vorschriften seiner Freiheit bedienen muss, ist das ist für Republikaner, die von Obrigkeiten in Ruhe gelassen werden wollen, zunächst sympathisch; er kann – muss allerdings auch im Guten wie im Schlechten – sein Leben selbst bestimmen. Die objektive Unbestimmtheit, die den Gläubigen samt seiner Handlungen alleine lässt, kann der liberalen Idee kontingenter Freiheit zuliebe favorisiert werden. Andererseits ist er in allen Handlungen durch Gottes Vorsehung definitiv vorbestimmt, und der Gläubige weiß das. Er hat keinen Einfluss auf seinen Lebensweg, den er selbst verantworten muss. Der Anspruch, seine Freiheit dem eigenen Gewissen verantwortlich, ohne Gottes Fingerzeige, sein Leben zu leben, ist paradox: Er führt zur hoffnungslosen Hoffnung des Gläubigen. Diese Vorstellung, einer unbedingten und völlig unzugänglichen Allmacht ausgeliefert zu sein, ist für Republikaner schwer erträglich. In dieser paradoxen Konstellation von Vorbestimmung und Freiheitsverpflichtung bietet ihnen der Katholizismus einen Kompromiss. Der Widerspruch, sich Gottes Allmacht zur Vorbestimmung alles menschlichen Handelns derart ausgesetzt zu sehen, dass mit der von ihm durch den Opfertod Jesu geschenkten Freiheit selbstverantwortlich umgegangen wird, kann als eine Einflussmöglichkeit auf das eigen Heil gelebt werden.

Der Katholizismus bietet die Möglichkeit, sich der Übereinstimmung mit Gottes Willen zu versichern; gute Werke und Gesetzestreue werden belohnt – so die Lehre. Aber auch damit sieht sich zunächst das Gott wohlgefällige Leben des Gläubigen in seiner Freiheit unkündbar an Gottes Willen gebunden; seine Freiheit besteht in dieser Bindung, denn auch im Katholizismus unterliegt alles Gottes Ratschluss. Insofern ist der Gläubige dazu aufgerufen, durch sein Leben übergeordnete objektive Prinzipien zu repräsentieren – Freiheit durch Bindung, eine andere, gewissermaßen mildere Art der Paradoxie. Die Bindung einzelner Freiheit an die Repräsentation übergeordneter Macht widerspricht jedoch in jeder Hinsicht dem republikanischen Verständnis des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat. Dort repräsentiert der Bürger gar

nichts; er genießt sein Eigentum und fühlt sich darin glücklich und frei. Der Staat wacht darüber, und wenn er schläft, wird er ersetzt. Insofern erwächst auch aus dem Katholizismus mit Blick auf die republikanisch wünschenswerte, kontingente Freiheit ein Problem, weil die Freiheit des Gläubigen aus Bindung bestehen soll.

Der republikanische Christ, der auf eine gewisse Einflussmöglichkeit auf sein Heil, das heißt auf Selbstbestimmung, die nicht daraus besteht, dass er alleine gelassen einer Allmacht ausgesetzt wird, aus ist, muss jener Repräsentationsfunktion für Gottes Herrlichkeit abgewinnen können, dass sie gleichwohl eine Befreiung ist. Wie ist das möglich? Hierzu muss die Ebene gewechselt werden, indem ein Kriterium für die moralische Bewertung einer logischen Alternative eingeführt wird: das Verhältnis von göttlichem Geist und leiblicher Sünde. Befreiung ist diese (katholische) Bindung an göttliche Vorbestimmung, sobald der Gläubige sich der Gefahren seines sündigen Leibes entledigt, indem er Gottes Gesetze befolgt. Freiheit bedeutet das, weil er damit im göttlichen Geiste lebt, der die befreiende Erlösung brachte. Auf diese Weise ergibt sich die Legitimation der Selbstbestimmung aus dem Widerstand gegen das Böse: die Sünde. Die Standhaftigkeit befreit vom falschen Lebensweg.

Auf dieser Grundlage kann ein Republikaner, der für den Katholizismus Sympathien hegt, weil der ihm die christliche Legitimation zum Streben nach Selbstverwirklichung bietet, sein Widerstandsrecht gegen Obrigkeiten und erst recht gegen die Hohen Priester der Wokeness ungebrochen pflegen wie Jesus gegen die Pharisäer.

Die mögliche Sympathie ergibt sich aus einer Stoßrichtung, die die beiden Konfessionen teilen. Beide konfessionellen Begriffe von Freiheit und Individualität haben einen übereinstimmenden, negativ bestimmten, Maßstab für Geltung. Sie widersprechen dem Bösen, der Idee der Emanzipation, die auf der politischen Ebene sowohl vom Konservatismus als auch vom Republikanismus abgelehnt bzw. in einer weniger aufgeheizten Situation zumindest nicht gepflegt wird. Denn die Emanzipation gebietet, sich von Vorbestimmungen zu lösen und den eigenen

leiblichen und mentalen Bedürfnissen zu folgen.² Die sind für Christen der potenzielle Ort der Sünde. Konservative sehen in Emanzipation das Bedürfnis nach verantwortungsloser, ungebundener Freiheit. Die Republikaner dagegen lehnen die Anmaßung ab, durch den Bruch mit traditionellen Selbstverständlichkeiten, das heißt durch die Absage an jene »Freude, die [...] ihnen durch Gewohnheit lieb geworden ist« (Locke, vgl. oben), sich gleichmacherischen emanzipativen Werten zu unterwerfen – das bedeutet aber auch die Ablehnung, bewährte Bindungen zu bekämpfen. So sind sich Republikaner und Konservative auf widersprüchliche Art einig: dass der Lebensstil, der sich an lieb gewordene Gewohnheiten und naturgegebene Voraussetzungen hält, formal zum Prinzip gebundener Freiheit passt, weil in beiden Fällen ein Bruch mit Vorbestimmung verhindert werden soll. Die Sympathie funktioniert, wenn es einen zu beidem konträren Freiheitbegriff zu bekämpfen gilt. Der existiert in der Idee der Emanzipation.

Diese Idee konkurriert mit dem konservativen Traditionsbezug, aber auch mit einer alternativen Vorstellung von naturgemäßem Wohlergehen im Liberalismus. Denn wenn die Verfechter von Emanzipation diese mit Bezug auf das eigene Wohl stark machen, ist die Orientierung am Wohlergehen nicht die gleiche, wie im Liberalismus. Die egalitären Demokraten definieren einen anderen Bezugsrahmen für ausgelebte Bedürfnisse. Der ist mit dem liberalistischen Paradigma inkommensurabel, weil es nicht bei Privatvergnügen bleibt, sondern auf Bedürfnisse in der Weise gepocht wird, dass ihr Ausleben zum politischen Prinzip erhoben werden und zu einer politischen Tugend gemacht werden kann. Was im liberalistischen Rahmen nur gilt, wenn und weil es Privatheit als politischen Wert begründet, indem es sie dem staatlichen

-
- 2 So bekennt J. D. Vance, dass er zunehmend von der profanen Seite des Glücks und des Prestiges Abstand genommen habe, weil ihm die Orientierung an umfassender Liebe und das Streben nach Vollkommenheit wichtiger und lebenswerter geworden sei. Damit widersteht er den Verlockungen jener Emanzipationsapostel in den intellektuellen Eliten, die – statt das einfache, naturgegebene Leben zu leben – ihren Bedürfnissen den Vorrang geben, mit dem Naturgegebenen brechen, und dies gar zum allgemeinen moralischen Prinzip für alle erheben.

Einfluss entzieht, gilt im egalitär-emanzipativen Rahmen, wenn und weil es private Selbstbestimmung mit dem Gleichheitsprinzip zu einem staatlichen Anliegen macht.

Im naturrechtlichen liberalistischen Sinne von John Locke, ist für den Republikanismus die Definition des Wohlergehens gültig, insoweit sie den Zusammenhang zwischen Selbsterhaltung, ökonomischer Aktivität und Nachtwächterstaat als Rahmen für das politische Selbstverständnis herstellt – das ist der Legitimationsfunktion für den Kapitalismus geschuldet. Der Naturzustand ungebundener Freiheit muss vernünftig überwunden werden. Denn »(d)ie einzige Möglichkeit, diese natürliche Freiheit aufzugeben und die Fesseln bürgerlicher Gesellschaft anzulegen, ist die, daß man mit anderen Menschen übereinkommt, sich zusammenzuschließen und in eine Gemeinschaft zu vereinigen, mit dem Ziel, behaglich, sicher und friedlich miteinander zu leben – in dem sicheren Genuß des Eigentums« (Locke 1977b, 260). Ausgeschlossen bleibt für den Republikanismus dagegen, dass dem innerdemokratischen, woken Gegner dasjenige als an der Natur des Menschen festgemachtes politisches Prinzip zugestanden wird, was Emanzipationswilligen einerseits ein grundlegendes menschliches Bedürfnis ist, andererseits aber – ihrer politischen Theorie zufolge – erst noch im eigenen Inneren sowie bei allen Menschen durchgesetzt werden muss. Eine Lebenshaltung, die aus einer Verbindung der *strategischen Ausrichtung* auf Selbstbestimmung durch moralische Überwindung von Naturgegebenem mit emotionalem Wohlergehen besteht, wie sie die Emanzipation darstellt, kann im Republikanismus nicht als ein politisch respektables Bedürfnis anerkannt werden. Emanzipation ist für ihn folglich Bedürfnisbefriedigung im falschen Sinne: Der Rückgriff aufs emanzipative Wohlergehen bezieht sich auf ein falsches Glück, weil er den Bruch mit dem Naturgegebenen und dem Gewohnten voraussetzt und zur Folge hat. Denn dort gilt: Was die Natur des Menschen alles sein könnte, muss in seiner zukünftigen Entwicklung erst noch herausgefunden, gemeinsam gelernt, werden. Emanzipation ist das Prinzip, mit dem zu brechen, was üblicherweise für alle fraglos das Natürliche ist und dagegen eigene Maßstäbe zu setzen – und dies als politisch-moralisches Programm für alle Menschen, ständig neue

Formen dessen zu entwickeln. Diese Lust auf Unabhängigkeit vom naturwüchsig Gegebenen ist das Gegenteil derjenigen Lust, die sich eines angenehmen Lebens dadurch versichert, dass ein festliegender Naturzustand von Selbsterhaltung durch Staat und Tradition gesichert werden muss. Was das von Gott Naturgegebene ist, lehrt die Bibel. Dort kann man zum Beispiel nachlesen, wozu Mann und Frau geschaffen und die Ehe gestiftet wurden und wozu die sexuelle Liebe bestimmt ist. Emanzipation von diesen göttlichen Vorbestimmungen versündigt sich am Wort Gottes. In Verbindung mit dem Aspekt der Tradition schließt der Konservatismus an den Republikanismus gegen die Emanzipation gerichtet an.

Die durch die polarisierte Konstellation der beiden bürgerlichen Revolutionen automatisch gegebene, konträre Definition von Freiheit – Emanzipation aus unverschuldeter Unmündigkeit und Glück durch Eigentum – erlaubt dem Republikanismus die Seiten zu wechseln. Die republikanische Seite der beiden bürgerlichen Freiheitsbegriffe wird mit einem dritten Freiheitsbegriff – dem konservativen – dadurch verbunden, dass beide gegen Emanzipation stehen. So können die politischen Bündnisse wechseln und auch einem konfessionellen Positionswechsel dienlich sein. Die Konstruktion der bürgerlichen Demokratie ist antiegalitär überdeterminiert.³

-
- 3 Das verändert sich und wird ausbalanciert mit der Entstehung des Sozialismus und der Sozialdemokratie. Damit wird der Kapitalismus auch auf der Grundlage der egalitären Tradition doppelt – innerdemokratisch-kapitalistisch und utopistisch-antikapitalistisch – vertreten. Daraus resultiert auf der Gegenseite der ambivalenten Kooperationsmöglichkeit von Liberalismus und Konservatismus zugunsten des Kapitals gleichfalls eine ambivalente Kooperationsmöglichkeit zwischen Liberalismus, demokratischen Konservatismus und Sozialdemokratie zugunsten des Kapitals. Jedenfalls wird die egalitäre Tradition primär von den linken Parteien gepflegt, verbunden mit unterschiedlich gewichtiger, ambivalenter Schützenhilfe aus den anderen demokratischen Parteien; denn oft gibt es in den demokratischen Staaten, anders als in den USA, gar keine institutionelle politische Verankerung dieser Tradition. Die grünen Parteien verstärken dann später die egalitäre Seite der Kooperationen. Das macht die Liberalen und Konservativen ärgerlich. Aber es gibt auch die Option der Kooperation zwischen Grünen und Konservativen; sie basiert auf dem gemeinsamen

Der Kampf gegen die egalitäre Demokratie ist die Basis dafür, dass Republikaner sich dem Katholizismus annähern können, insbesondere dann, wenn der Kampf gegen Emanzipation zum nationalen politischen Aktionsprogramm erhoben wird. Dann bewirkt die für Republikaner unangenehme protestantische Idee der unbedingten Unterworfenheit unter Gott eine Wende zur Möglichkeit eigener Einflussnahme auf objektive Vorgaben, wenn die darin besteht, dass die Gegnerschaft zur Emanzipation politisch durchgesetzt wird. Aus der (katholischen) *Möglichkeit* der Annäherung an Gottes Vorsehung wird das republikanische *Recht*, dem offenkundig Falschen zu widersprechen. Damit ist die Aversion gegenüber beidem positiv gewendet: gegenüber der Bindung von Freiheit an Gottes Ratschluss, wenn auch mit Chancen auf ein erkennbar gottgefälliges Leben (Katholizismus) und gegenüber der völligen Auslieferung an ihn, ohne eigene Heilsperspektive (Protestantismus). Die Abkehr von der Anerkennung unzugänglicher göttlicher Allmacht hat dann sogar Gottes Segen, wenn sie sich in selbstbewussten Aktivitäten, das Richtige zu tun, gegen Emanzipation richtet. Dass Emanzipation das Falsche ist, ist die einzige Gewissheit. Sie folgt aus der Verbindlichkeit der in beiden Fällen geltenden, für den Katholiken produktiv für das eigene Leben nutzbaren, und für den Protestanten eher ambivalent prekären, Voraussetzung, dass alles Einzelne vorbestimmt ist angesichts der Allmacht Gottes und deshalb auch nicht emanzipativ zur Disposition steht. Das bedeutet: Ein Prinzip, das den Bruch mit Vorbestimmtheit und objektiver Allmacht legitimiert und gebietet, befindet sich überhaupt außerhalb des Christentums. Darin sind sich Evangelikale und Katholiken einig.

Republikaner können sich der (katholischen und konservativen) Idee, dass jeder seine Freiheit trotz Vorbestimmung gestalten kann, bedienen, um ihrer säkularen Aversion gegen absolute Bevormundung zu nutzen. Der Katholizismus bietet die Möglichkeit, das liberale Widerstandsrecht gegen Obrigkeiten mit persönlicher und völkischer Selbstverwirklichung aufzuladen, die Wokeness bekämpft; so tritt sie

synökologisch-organologischen Paradigma (vgl. Eisel 2026, Teil 2 und 3 sowie dort die Literatur im Textüberblick, Anm. 2 und 3).

uns aktuell im US-amerikanischen Republikanismus entgegen. Dieses Recht bleibt mit dem Protestantismus insofern kompatibel, als sich in dessen Vorstellung von Freiheit als einzelne, einem privaten Gewissen überlassene Unverbundenheit mit göttlicher Macht kein grundlegender Widerspruch zur liberalen privaten Unabhängigkeit des Einzelnen vom Staat auftut. Die passive Ungewissheit des protestantischen Gläubigen kann in einem katholischen Streben eingefangen werden, das einer mit dem Protestantismus gemeinsamen Bedingung, auf jeden Fall gottgefällig zu sein, genüge tut: Es widersteht der Versuchung der Emanzipation und verwirklicht damit den republikanischen Freiheitsbegriff. So kann der Republikaner, der sich auf der Sinnesebene seines politischen Aktivitätspotenzials vergewissern und in der Gewissheit leben will, dass er in seiner Selbstverwirklichung in Übereinstimmung mit Gott handelt, sich für den Katholizismus entscheiden. Dass er sich mit der (katholischen) Bindung seiner Selbstverwirklichung an Gottes Gesetz sich den Gesetzen einer allmächtigen Macht unterwirft, neutralisiert sich für ihn dadurch, dass er damit Widerstand gegen die Verkündung falscher Gesetzmäßigkeiten und Anmaßungen leistet. Insofern folgt er einfach nur einem guten Regiment, das über ihn in seinem Widerstand gegen seine Feinde wacht. Er widersteht damit einer Gesetzlosigkeit, die sich nicht an das Naturgegebene und Gottes Schöpfungswillen hält. Das macht das selbstgefällige konfessionsübergreifende Rechts- und Sendungsbewusstsein der US-amerikanischen Republikaner in ihrem Regierungshandeln gegen Wokeness aus.

So entsteht die faktische gemeinsame politische Stoßrichtung mit den Evangelikalen: die konservativ aufgeladene Selbstbestimmung gegen Multikultur und der Verzicht auf Selbstbestimmung, um Gottes Allmacht zu preisen, bekämpfen gemeinsam die falsche Selbstbestimmung sowie Selbstbestimmung überhaupt: Emanzipation. Natürlich ist diese Positionierung gegen Emanzipation auch unter protestantischen Vorzeichen möglich und existent, aber der Katholizismus bietet den aggressiven selbstgefälligen Wächtern über gottgefällige Politik eine bessere persönliche Legitimation für ihren Aktionismus.

Der Calvinismus gibt zudem den Protestanten ebenfalls ein hintergründiges Erfolgskriterium an die Hand, demzufolge Selbstbestim-

mung im Sinne einer Strebsamkeit, die John Lockes Idee von glücklicher Selbsterhaltung nahekommt, wenigstens nicht ganz in der Luft hängt. Was Gott will, bleibt verschlossen; er hat für alles Leben dessen Verlauf vorbestimmt, und wer in die ewige Seligkeit eingehen wird, hat er bereits beschlossen. So bleibt nichts als die mit einem Ansporn verbundene hypothetische Vorstellung und demütige Hoffnung, ein erfolgreiches und allseits geachtetes Berufsleben könne für den Gläubigen zumindest ein Fingerzeig sein, dass er von Gott für das Heil berücksichtigt wurde. Denn dass das Gegenteil, ein blasphemisches und sündiges Leben im Sinne der von Paulus den Galatern (Galater (5)) aufgezeigten Vergehen, kein guter Weg sein kann, lehrt die Bibel. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein gütiger und gerechter Gott ein verderbtes Leben gewollt haben könnte, ist geringer als das Gegenteil. So bleibt es zwar bei der Ungewissheit, aber der Rahmen für die Imagination einer gewissen Chance auf Erlösung ist abgesteckt. Der gläubige Protestant muss diesen Weg lediglich aus hoffnungslosem Gottvertrauen schöpfen, nicht aus gesetzestreuer Berechnung. Er trachtet, sich hypothetisch im Nachhinein zu bewähren. Max Weber hat gezeigt, wie nützlich diese handlungsorientierte Auflösung der Paradoxie für den Kapitalismus war.

Zur Weltlage

Der grundlegende Widerspruch im demokratischen System ist natürlich nicht neu, er geht auf die unterschiedlichen Kontexte der verschiedenen bürgerlichen Revolutionen zurück. Aber was führt aktuell dazu, dass er verschärft sichtbar wird und sich erkennbar zu einer Krise der demokratischen Gesellschaften ausweitet? Die Machenschaften verschiedenster Feinde der Demokratie dafür verantwortlich zu machen, führt zu nichts, solange nicht die immanenten Spannungen des Systems mitberücksichtigt werden; jene Feinde gab es schon immer, und sie waren nie untätig. Aber das »westliche Bündnis« saß fest im Sattel. Ihm stand der »Ostblock« gegenüber. Das war eine stabile ungute Weltlage mit kalkulierbaren Reaktionsweisen und Risiken.

Mit der Auflösung dieses Blocks entstand eine fundamental andere Konstellation, die etwas mit der Polarisierung des demokratischen Systems zu tun hat. Mit dem Niedergang des Sozialismus verschwindet auf der obersten Ebene der Weltpolitik die eine Seite jener Polarisierung der Demokratietradition. Nicht dass die sozialistischen und kommunistischen Systeme Demokratien gewesen wären, es steht außer Frage, dass deren Ausübung staatlicher Herrschaft nicht als demokratisch angesehen werden kann. Aber sie repräsentierten im internationalen Blockschema auf ihre Art die eine Seite der bürgerlichen Revolution: die französische Seite. Es mag abwegig erscheinen, den Stalinismus als eine radikalisierte Form der rousseauistischen Linie der Idee demokratischer Herrschaft zu begreifen und so in die Tradition der Aufklärung zu stellen. Aber wenn man sich das Menschenbild der Aufklärung und die Kriterien für den Jakobinismus vor Augen hält, ergibt sich das

zwanglos: staatliche Herrschaft im Dienste des Gelingens von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (Solidarität der Werktätigen) für wirklich alle Bürger (Gemeineigentum an Produktionsmitteln) als politisches und moralisches Erziehungsprogramm im Dienste einer neuen Gesellschaft wahrer Individualität ohne Egoismus, Emanzipation als historische Aufgabe und Pflicht: das bedeutet Konversion zu sozialistischer Tugendhaftigkeit als politisch-moralisches Programm (internationale Solidarität), Abweichungen streng überwacht und gnadenlos sanktioniert. Die eine Differenz besteht nur darin, dass der Jakobinismus die prekäre Radikalisierung der bürgerlichen Revolution gegen den Feudalismus zum Nutzen des Kapitals, aber letztlich auch der Demokratie, war. Dagegen war der Stalinismus die prekäre Radikalisierung der kommunistischen Revolution gegen den Kapitalismus ohne den versprochenen Nutzen für die Demokratie. Die jakobinische Konsequenz der Aufklärung lässt den Kommunismus im Stalinismus zum Despotismus verkommen. So zeigt sich auch die *Konformität in der Logik* eines auf Emanzipation und Tugend gebauten Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, das sich als »kontinuierlicher Vollzug der politischen Willensbildung durch das »aktive Zusammenwirken aller« (Habermas zit. Rousseau) gestaltet, gerade in den beiden »Auswüchsen« der gut gemeinten Normalität.

Zum Verständnis dieser historischen Kontinuität ist der Bezug der beiden bürgerlichen Revolutionen zu ihrer Klassenbasis hilfreich. Das angelsächsische, liberale Naturrecht konstituiert das Verhältnis von Staat und Gesellschaft unter der Voraussetzung und zum Nutzen der neuen, industriellen Kapitalbildung. Der damit eröffnete demokratische Republikanismus macht seine konsequenteste und erfolgreichste Karriere als Staatsform des Kapitals in den USA. Diese Nation wurde zum Zentrum und Erfolgsgaranten dessen, was dann nach der Entstehung des Ostblocks »die westliche Welt« genannt wird. Damit liegt die eine Seite der demokratischen Polarisierung auf dem Globus auf die erfolgreiche Verbindung von Kapitalentwicklung und Republikanismus fest und ist in den USA paradigmatisch lokalisiert. Dessen ungeachtet enthalten die auf dieser Seite verbündeten demokratischen Staaten einschließlich der USA natürlich die beiden ursprünglichen Linien

der bürgerlichen Revolution – den Liberalismus und den Rousseauismus – in ihren Verfassungen in unterschiedlichen Gewichtungen und gestalten sie nach unterschiedlichen politischen Maximen. Die Doppelstruktur auf der Weltbühne ist demgegenüber nicht die einer staatlichen Einheit, sondern die einer geopolitisch-strategischen Einheit; sie resultiert aus der historischen Fortführung und kommunistisch transformierten Neubildung einer der beiden Seiten – jener der französischen Tradition der Revolution – gegenüber den verbliebenen demokratischen Staaten, die an den Entstehungszusammenhang von Kapitalismus und Republikanismus gebunden sind und mehr oder weniger balanciert beide Linien der demokratischen Revolutionen enthalten. Dem kommunistischen »Ostblock« steht die »westliche Allianz« des Kapitals gegenüber.

Die französische Aufklärung geht zwar mit der Durchsetzung der industriekapitalistischen Produktionsweise einher, konvergiert aber mit ihr anders als der Liberalismus. Sie ist »geistiger Vorreiter« in vielerlei Hinsicht, aber im Grunde leistet sie ihren Beitrag, indem sie, durch die Art der Definition des Auftrags des Staates gegenüber der Gesellschaft, die Prinzipien Fortschritt und Wachstum, die die industrielle Kapitalverwertung bestimmen, in die Sphäre geistiger und mentaler Entwicklung des Einzelnen verschiebt; aus ökonomischem Fortschritt als Faktum wird Emanzipation als Gebot.¹ Das Volk soll seine Souveränität stabilisiert sehen durch die richtigen Tugenden des Einzelnen; die müssen sich einem endlosen Lernprozess unterwerfen, der noch bestehende naturwüchsige Ungleichheiten zwischen den Menschen in Gleichheiten der Bürger vor dem Gesetz überführt. Auch das kann sich republikanisch nennen und wird so genannt, aber die Herrschaft der Öffentlichkeit stützt sich nicht auf den gegebenenfalls gesamtgesellschaftlich wünschenswerten, potentiellen Widerstand der Einzelnen gegen den Staat, sondern auf den rationalen Diskurs über jene Tu-

1 Ungeachtet dessen ergab sich die Französische Revolution natürlich aus den materiellen Problemen des absolutistischen Systems, insbesondere der Unterversorgung der anwachsenden Bevölkerung.

genden.² In diesem Sinne steht die französische Aufklärung innerhalb der bürgerlichen Revolution für rationale Versachlichung von Sinn durch die Idee der Natur – vor allem durch Religionskritik. Das leitende epistemologische Paradigma ist der »mechanische Materialismus«. Fortschritt als geistige Emanzipation aus unverschuldeter Unmündigkeit beruft sich auf Vernunft und die Gesetze der Natur; das ist die Voraussetzung für die Aufkündigung jeglicher Form von Abhängigkeit, die ihre Macht religiös oder metaphysisch legitimiert. Damit gilt die Idee der Freiheit nur dann als erfüllt, wenn sich alle darauf einigen, dass geistige Emanzipation unterschiedslos zugestanden, aber auch eingeklagt werden muss, so dass sie zur Tugend wird. Die französische Aufklärung erstellt für die bürgerliche Revolution als ihren *materiellen* Beitrag das *ideelle* Gebilde einer emanzipativen Zukunftsgarantie, die gilt, solange die auf diese Weise formulierten Zusammenhänge zwischen Vernunft, Gleichheit und Freiheit in staatliche Herrschaft umgesetzt werden können. Dann können die Menschen lernen, zu ihrer Natur zurückzukehren. Sie können sich freien Willens vernünftig ihrer Gemeinsamkeit bemächtigen; dann ist das Volk souverän und herrscht über sich selbst. Die französische Aufklärung formuliert den für die bürgerliche Klasse gegenüber dem Absolutismus und dem Adel zwingenden geistigen Horizont des Bruchs. Ein solcher geistiger Neubeginn gilt auch für den Liberalismus, wenngleich dessen Naturrecht auf einen ganz anderen Interessenschwerpunkt ausgerichtet war – den der Kapitalbesitzer. Das materielle Geschehen der neuen Produktionsweise verdankte seine Legitimation dem nominalistischen Naturrecht als dessen geistigen Beitrag zur Revolution, die die Produktionsweise politisch etablierte. Dass es sich für das Kapital lohnt, sich von jener übergreifenden demokratischen Gemeinsamkeit mit der Aufklärung zu befreien und ganz auf den Republikanismus zu setzen, zeigt sich in der gemeinsamen Aktion der Tech-Milliardäre mit den Republikanern. Die

2 Das hat Habermas zu einer grundlegenden universalistischen Theorie der kommunikativen Kompetenz und der Suche nach »dialogkonstituierenden Universalien« veranlasst.

Verbote egalitärer Elemente von Demokratie bieten dem Kapital verbesserte Möglichkeiten der Selbstverwertung. Insofern sind die aktuellen Verwerfungen in den Beziehungen zwischen den Republikanern und den Demokraten sowie zwischen den USA und den (noch) egalitär strukturierten Demokratien dem globalen Siegeszug des Kapitals und dessen digitaler Neuformierung geschuldet und ausgeliefert. Der Widerspruch zwischen den Naturrechtslehren begünstigt durch die republikanische Seite der Polarisierung einschließlich ihrer Kumpanei mit völkischem Konservatismus seine neuartigen Selbstverwertungsbedingungen.

Mit der Existenz des Klasseninteresses des Kapitals geht die historische Entstehung seines Gegenteils einher. Die Arbeiterklasse entsteht und reflektiert ihre Interessenlage – so wie im Falle der Aufklärung und des Liberalismus – in einer Theorie und einem Programm staatlicher Herrschaft. Dabei knüpft beides an jenen übergreifenden Aspekt geistiger Emanzipation von Unmündigkeit und Unfreiheit an, der aus der französischen Aufklärung hervorgegangen war. Denn der konstitutive Zusammenhang zwischen Kapital und Liberalismus/Republikanismus schloss für die Klasse, die dem Kapital gegenüber steht, aus, dass eine andere als die egalitär demokratisch begründete Anbindung an die revolutionären bürgerlichen Errungenschaften in Frage kam, Errungenschaften, die durch neuerliche revolutionäre Veränderungen fortzuführen waren.³ An die bürgerliche Revolution galt es anzuknüpfen, weil durch sie einerseits auf der ökonomischen Ebene die Produktivkräfte auf neue Art freigesetzt wurden, und weil sie andererseits durch die egalitären und pluralistischen Prinzipien mit der absolutistischen Herrschaft gebrochen hatte. Auf diese Weise sieht sich die französische Tradition der Aufklärung durch die Entstehung der Arbeiterbewegung historisch zusätzlich auch in den sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Lehren, Parteien und Gesellschaftssystemen repräsentiert. Die Verbindung der aufklärerischen Idee von Egalität mit

3 Von der apotheotischen Funktion des Liberalismus für das Kapital und Marx' Kritik an dessen Funktionsweise ist nicht berührt, dass Marx zur Rekonstruktion der Mechanismen der Kapitalverwertung kritisch gerade auf die liberalen Ökonomen zurückgegriffen hat.

kommunistischen Idealen gemeinsamen Lebens und gerechter Verteilung aller Güter hat in der französischen Aufklärung ihre Grundlage. Gracchus Babeuf schließt mit der Konzeption einer kommunistischen Wirtschaftsgemeinschaft, die durch Tugenden der Einzelnen gesichert werden soll, an Rousseau, Marat und die Jakobiner an. In der Folge werden diverse Theorien entwickelt, die unter den Begriffen »utopischer Kommunismus« oder »utopischer Sozialismus« zusammengefasst wurden, und sich aus Extrapolationen der Idee der Gleichheit ergeben.⁴ Diese Idee der Aufklärung entfaltet eine Logik, die gewissermaßen an der Idee einer kommunistischen Vergesellschaftung gar nicht vorbei kommt. So besteht das Frühwerk von Marx darin, die Kritik am Hegel'schen Idealismus mit der Kritik am utopischen Charakter der aufklärerischen Kommunisten so zu verbinden, dass die Hegel'sche Philosophie der vernünftigen Selbstkonstitution der Gattung in Verbindung mit dem kommunistischen Gedanken der Aufklärer, Gleichheit sei erst erfüllt, wenn sie auch die materielle Lebenssituation aller umfasst, ihr Recht behält. Und die Verbindung der Ideen von Selbstkonstitution und materieller Existenz war durch den Arbeitsbegriff von Locke vorbereitet: Selbsterhaltung der Gattung. Somit ist die Arbeiterklasse berechtigt, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln als Gattungsinteresse zu vertreten und zu beanspruchen, wenn Gleichheit mit Selbstkonstitution und materiellem Überleben eine Einheit bilden soll. Alles in Allem eine konsequente Zusammenführung von Liberalismus und Aufklärung unter Umkehrung der Vorzeichen: das Privateigentum (Locke) fällt dem Gleichheitsprinzip (Aufklärung) zum Opfer, und ideelle Selbstkonstitution (Hegel) wird zum materiellen Überlebensprinzip (Locke). Damit entsteht das Gegenteil von zweien der drei Theorien – aus Idealismus wird Materialismus und aus Privateigentum wird Gemeineigentum –, bewahrt werden aber die Grundprinzipien aller Drei (Selbstkonstitutionsidee, Arbeitsbegriff und Gleichheit) unter Dominanz der Dritten: Gleichheit. Die bezieht sich jetzt sowohl auf politische Herrschaft als auch auf die Arbeit, das heißt auf die Gleichheit der Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln in einer kommunistischen Zukunft. Aus Hegels

4 Vgl. Hofmann 1968, 41–74.

Idealismus wird Materialismus – das ist die mit *beiden* modernen Naturrechtslehren konforme epistemologische Metaebene – und Lockes Arbeitstheorie wird gegen das Privateigentum gewendet anerkannt; und beide Ebenen (politische Herrschaft und Besitzverhältnisse) führen die Idee der Gleichheit aus der französischen Aufklärung fort. Das Privateigentum aus dem Liberalismus bleibt auf der Strecke, weil die grundlegende Bedeutung der Arbeit an Hegels Selbstkonstitution der Gattung festgemacht wird. Damit erübrigt sich die Bindung der Arbeit ans einzelne Überleben, Glück und Eigentum. Stattdessen wird sie durch das gemeinsame Verfügungsrecht über die Produktionsmittel dem Gemeinschaftsleben der Gattung unterstellt.⁵

Historisch misslungen sind beide egalitäre Strategien im Jakobinismus und im Stalinismus. Das wirft die politische Situation auf den Ursprung aller Umkehrungen, auf die liberale und egalitäre Demokratie, zurück. Sie muss sich unter Einschluss der Sozialdemokratie und des Konservatismus auf den globalen Kapitalismus einrichten. Das gelingt am konsequentesten dort, wo beide Degenerationsformen der egalitären Demokratie durch die republikanische Diktion der Verfassung blockiert werden und deshalb selbst das demokratische Urbild attackiert wird: in den USA. Das Kapital und der US-amerikanische Republikanismus machen Karriere unter dem Einfluss konservativen und völkischen Denkens. Dadurch gerät die egalitäre Seite der Demokratie weltweit unter Druck, denn nicht nur die jakobinische Radikalisierung wird angegriffen, sondern auch die unverdächtige und unverzichtbare Normalität des emanzipatorischen Gleichheitsprinzips. Das liegt auch daran, dass nun aus dem historischen *Wegfall* der politischen und ökonomischen *Doppelung* der egalitären Ebene in der marxistischen Konzeption, das heißt sowohl der Idee politischer

-
- 5 Die vorgeführte Konstruktion kommt in ihrer Logik ohne die Einbezugnahme des Konservatismus aus. Auf einer ganz anderen Ebene als der naturrechtlichen gibt es jedoch eine Übereinstimmung zwischen Kommunismus und Konservatismus: Beide kennen – in der Differenz – einen Begriff von Entfremdung, demzufolge Abstraktionsprozesse und »Verdinglichung« konkrete Lebendigkeit bzw. Sinnzusammenhänge zerstören. Vgl. dazu Eisel 2021a, 159f.

Gleichheit als auch jener der gemeinschaftlichen Verfügung über die Produktionsmittel, auf der Weltbühne die *Karriere der Verdoppelung* der antiegalitären Seite im konservativ radikalisierten Republikanismus wird. Daraus wird ersichtlich, dass – ganz ungeachtet des historischen Versagens des Sozialismus – Anteile linker (im Sinne sozialistischer und sozialdemokratischer) Politik wenigstens innerhalb der kapitalistischen Demokratien für eine gelingende Balance zwischen egalitären und antiegalitären Tendenzen notwendig sind. Ob grüne Parteien diese Funktion bruchlos übernehmen können, sei dahingestellt.

Die sozialistisch transformierte Tradition der Aufklärung formierte sich politisch zunächst innerhalb der neuen Produktionsweise, spaltete sie sich danach jedoch auf: je nachdem, ob die Fortführung des emanzipatorischen Impulses der Aufklärung als materielle Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter unter Absprache mit dem kapitalistischen Gegner und unter Bedingungen des formalen Parlamentarismus »marktwirtschaftlich« als möglich erachtet wurde oder aber nur als durch eine neue Revolution gegen das Bürgertum erreichbar galt. Beide Strategien wurden real.

Die Entstehung sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Staaten bedeutet nicht, dass die sozialistische Linie der noch endgültig zu verwirklichenden Demokratie in ihrer Zukunftsperspektive auf die substanzielle Gleichheit aller Menschen grundsätzlich die Alleinvertretung der Aufklärung übernommen hätte; in den bürgerlichen Parteien und Staaten wurde die egalitäre Tradition ohnehin gepflegt und eigentlich nur dort, wenn auch auf staatlicher Ebene nicht unwesentlich gerade durch die Sozialdemokratie, in Politik übersetzt – wie ja auch der Liberalismus und der ihm entsprechende Republikanismus Teil der demokratischen Systeme war. Aber in einer übergeordneten Perspektive löste sich die egalitäre demokratische Tradition durch die russische und chinesische (sowie kubanische) Revolution gleichzeitig von den bürgerlichen Systemen ab. Das erzeugte, im Vergleich mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die in den demokratischen Staaten dem Kapitalismus angepasst waren, auf der welthistorischen und geopolitischen Ebene eine ganz eigene Kontinuität der einen Seite der bürgerlichen Revolution. Sie brach mit

den Prinzipien des privaten Besitzes an Produktionsmitteln und schuf politische Systeme, in denen das Verhältnis von Staat und Gesellschaft gemäß der Ideen der französischen Revolution, jedoch gegen die liberalistischen Ideen und Politiken ausgerichtet wurde, die in den westlichen Demokratien dem Privateigentum an Produktionsmitteln zur unbedingten Geltung verhelfen. Der Kommunismus ist der ärgste Feind des Liberalismus, gerade weil er die Tradition der französischen Aufklärung fortführt. Er radikalisiert die Idee der Gleichheit in ihrer Verbindung mit der Idee der Freiheit, indem er sie auf die Gleichberechtigung am Besitz von Produktionsmitteln ausdehnt, das heißt das Privateigentum abschafft. Das widerspricht dem kapitalistischen Prinzip, wie es in der Sklavenhaltergesellschaft entstand und sich seitdem weiterentwickelte. Deshalb muss der Republikanismus, der Freiheit an den Genuss von Eigentum bindet, egalitäre Bewegungen und Maßnahmen bekämpfen und als im Grunde in ihrer Konsequenz kommunistisch begreifen; er beweist im doppelten Sinne ideologische Klarsicht: aufgrund seiner eigenen ideologischen Verfestigung sieht er ideologiekritisch klar.

Der Ort des historischen Geschehens lag im Osten Europas und Asiens aufgrund der geographischen Lage der prekären gesellschaftlichen Anlässe jener Revolutionen. Diese definierten sich über den ökonomischen Systemwechsel. Dessen ungeachtet kann dieser Umbruch, das heißt die Veränderung der Produktionsweise und der Produktionsverhältnisse (bei gleichbleibender Warenwirtschaft sowie industrieller Fabrikarbeit und Lebensmittelproduktion), nicht die stalinistischen Schandtaten und die ausgeklügelte Logik der Überwachung und Bevormundung in diesen Systemen hinreichend erklären. Die schließen an die Logik an, die aus der Befreiung der Menschen aus Unmündigkeit und ökonomischer Ausbeutung den jakobinischen Terror hervorgehen ließ. Lediglich die Tugenden hatten sich leicht verändert, wenngleich der hohe Wert der menschlichen Solidarität durchaus an Rousseaus Betonung des Mitleids erinnert, das klassenkämpferisch zum internationalen wird. Diese jakobinische Herkunft des Stalinismus war gewissermaßen präventiv perfekt auf die historische Rückkehr zu einem despotischen Ausbeutungs- und Warenproduktionsprinzip bezogen. Das ökonomische Desaster dieses Systems war in der Inkommen-

surabilität der industriellen Arbeitsteilung mit staatlich verwaltetem Fortschritt begründet.⁶ Stalinistischer Terror dagegen, der die Logik der Ausübung despotischer Herrschaft auf die Spitze treibt, erklärt sich ebenso wenig hinreichend aus dem Versuch, den ökonomischen Lehren von Marx auch politisch gerecht zu werden, wie durch Theorien darüber, dass durch Lenin die nachrevolutionäre Situation in der UdSSR in Konkurrenz zum übermächtigen Kapitalismus zu bewältigen versucht wurde, sondern aus der Tugend-Logik der französischen Aufklärung. Das erahnen die US-republikanischen Freiheitskämpfer, wenn sie Wokeness als kommunistische Machenschaften einstufen. Das ist gesellschaftstheoretisch unzulänglich durch die fehlende Unterscheidung zwischen der Befürwortung einer nicht-privatwirtschaftlichen Produktionsweise auf der einen Seite und der aufklärerischen moralischen Stellungnahme für Emanzipation auf der anderen; aber trotz dieses Mangels ist die republikanische Polemik gegen die Ausrichtung auf Emanzipation – gewiss ohne irgendein theoretisches und ideengeschichtliches Bewusstsein – auf ihre Weise wachsam und signifikant im Hinblick auf die Art der totalitären Tendenz, die dem Jakobinismus und dem Stalinismus gemeinsam ist.

So standen sich in »Ost« und »West« nach dem Sieg der Alliierten und der Sowjetunion über den Nationalsozialismus und den Faschismus zwei politische Systeme gegenüber, die fundamental gegensätzlichen Prinzipien von Vergesellschaftung und staatlicher Herrschaft folgten, die aber darüber hinaus schwerpunktmäßig die beiden Pole der Demokratie aus der bürgerlichen Revolution repräsentierten. Zwar gab es den internationalen Bruch im Hinblick auf das Verhältnis von Privateigentum und Gemeineigentum an Produktionsmitteln sowie im Hinblick auf die despotische Organisation der industriellen Produktion und des Warenverkehrs gegenüber der demokratischen. Aber es standen sich auf dieser internationalen Ebene gleichwohl einerseits das republikanische Prinzip, vertreten durch die demokratischen Staaten, die in sich beide Traditionen der bürgerlichen Revolution vereinten und dem Kapital unter Vorherrschaft der USA verschrieben waren, und

6 Vgl. in Eisel 2026, »Despotisches Gemeineigentum im Industriezeitalter«.

andererseits das sozialistisch transformierte rousseauistisch-demokratische Prinzip aus der bürgerlichen Revolution gegenüber – das letztere in mancherlei kleinen emanzipatorischen Fortschritten im sozialen Bereich erfolgreich, aber ökonomisch despotisch organisiert und stalinistisch regiert und damit konform mit dem Jakobinismus. So war der Ostblock weltpolitisch auf absurde Weise ambivalent repräsentativ für die Kontinuität der Aufklärung. Mit dem Zerfall des Ostblocks und dem Eindringen des Privatkapitals in den chinesischen Despotismus, der die Situation zusätzlich diffus durch diese neue Mischung aus Kapitalismus und Kommunismus macht, entfällt nicht nur ein historischer Irrweg moderner despotischer Warenwirtschaft und der stalinistische Terror wird modernisiert; auch die mit der egalitären Aufklärung verbundene Seite der Weltordnung wird diffus, weil private Kapitalbildung, die republikanisch zu organisieren wäre, funktional äquivalent unter kommunistischen Voraussetzungen organisiert wird. Aber gerade in dieser neuen Entwicklung zeigt sich die Kontinuität einer auf staatlich überwachte Tugend der Bürger aufbauenden Herrschaft.

In der schwer durchschaubaren, mehrschichtigen Situation nach dem Zerfall des Ostblocks werden Fundamentalismen jeder Prägung auf den Plan gerufen, vor allem modernekritische Religionen. Der Vorgang wird allseits als neue Konstellation begriffen und in allerlei Terrorabwehrmaßnahmen, Verträge, Handelsbeziehungen und Kriege umgemünzt. Aber dass mit dem Zerfall der Sowjetunion und ihrer Vasallen dem »westlichen Lager«, das durch die Dominanz der USA einer republikanischen Logik des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft unterworfen ist, weltpolitisch die egalitäre Tradition der Demokratie abhandenkommt, bleibt im Dunkeln. Das ist solange unbedeutend, wie es auf der Seite der »westlichen Staaten« eine innerstaatliche Balance zwischen Republikanismus und egalitärer Demokratie gibt. Aber mit dem zunehmenden Verlust dieser Balance in den europäischen Nationen und dann durch die US-Wahlen 2024 mindestens zum zweiten Mal auch in der führenden Nation des Westens kommt die Tradition der französischen Aufklärung unter die Räder – allen voran in den USA selbst. Der amerikanische Republikanismus koalitiert im Interesse der von ihm beschützten Ökonomie mit antidemokratischen

Bewegungen und Systemen und betont die Gemeinsamkeit mit ihnen in der Stoßrichtung gegen die europäischen Staaten unter polemischer Bezugnahme auf die egalitäre Tradition – rhetorisch konzentriert im ständigen Verweis auf den eigenen Freiheitsbegriff und den Vorwurf mangelnder Meinungsfreiheit in Europa, der den Mangel mit einer *bestimmten* Meinung identifiziert: Freiheit könne es nur in Verbindung mit Gleichberechtigung geben, und das sei eine Sache der vernünftigen Übereinkunft aller über die moralische Notwendigkeit der Verfügung über sich selbst und damit der staatlich gesicherten Möglichkeit einer Machtübernahme über die eigene Natur. »Dialektik der Aufklärung« gewinnt in diesem neuen, weltpolitischen Kontext einen ganz anderen Horizont als den einer unvollendeten Entwicklung; sie bezeichnet ein Strukturproblem der Demokratie, das nun sichtbar wird, seit ihr auf der Seite weltpolitischer Blockbildung die eine Hälfte fehlt. Das verstärkt nicht nur automatisch die Weltmacht des Kapitals – zumal durch dessen Ausweitung in die kommunistischen Systeme hinein –, sondern schwächt genauso automatisch die demokratische Tradition. Die Situation wird aktuell affirmativ oder aber mit Angstschweiß als »neue Weltordnung« apostrophiert. Die Seite der damit einhergehenden Zerfaserung von Weltpolitik und die Komplexität des Geschehens kann hier nicht weiter ausgebreitet werden, es soll stattdessen der Effekt hervorgehoben werden, der sich aktuell im US-amerikanischen Republikanismus idealtypisch zeigt. Dazu wird – auch im Hinblick auf die politische Situation in der BRD – als allgemeiner Kontext die Logik, aber auch das Dilemma, demokratischer Koalitionsbildungen vorangestellt.

Anschlüsse und Ausschlüsse: Demokratie als fauler Kompromiss

Der Konservatismus im demokratischen Spannungsfeld

Mit dem Wegfall der weltpolitischen Repräsentation und Realität anti-kapitalistischer Vergesellschaftung entfällt auch die – prekäre – globale historische Präsenz der egalitären Demokratietradition in der Form eines dem Kapitalismus gegenüberstehenden »Blocks«. Der Zerfall des stalinistischen Ostblocks bewirkt, dass die französische Tradition der Demokratie ihre welthistorische Zukunftsperspektive verliert; es gibt keinen geopolitischen System mehr, das – wie auch immer jakobinisch pervertiert – die rousseauistische Tradition auf der Höhe der Weltpolitik repräsentiert. Sie bleibt konstitutiver Bestandteil der funktionierenden Demokratien, sieht sich aber dort auf ihre innerstaatlichen Aufgaben verwiesen und forciert – gewissermaßen zickig – weltweit in den Demokratien die Durchsetzung und Überwachung egalitärer Tugendhaftigkeit; das Dilemma des sich dadurch aufschaukelnden Zirkels mit dem Republikanismus war unser Ausgangspunkt in der einleitenden Problemvergewisserung. Wenn nun solche Weltverbesserungen von ihren Gegnern ungeachtet irgendwelcher Inhalte als linke Politik begriffen werden, so liegt das am – obschon längst verloren gegangenen – egalitären demokratischen Erbe in Gestalt des Sozialismus, das sich aber innerhalb der Demokratien konsequenterweise weiterhin vorrangig durch die Sozialdemokratie und durch demokratisch angepasste sozialistische Parteien sowie – in anderen grundsätzlichen Bezügen – durch

grüne Parteien fortgeführt sieht. Vor allem verursacht durch den nun ungebremsten weltweiten Siegeszug privater Kapitalbildung, der sich »Globalisierung« nennt, bring jener Zirkel nicht nur in den Demokratien den Republikanismus ideologisch mitsamt seinen völkischen und rassistischen Assimilationen voran.¹ Sondern durch die verstärkte Wirkung des Zirkels in den USA greifen die Republikaner nun auf Grundlage der historischen Konvergenz von Republikanismus und Kapitalismus auf der weltpolitischen Ebene massiv die egalitären Elemente der Demokratien an – allen voran im eigenen Land, aber auf bisher nie da gewesene, unverschämte Weise auch in anderen Demokratien. Damit übernimmt das Kapital auch auf der ideologischen Ebene die Macht. Europa wird zum Sinnbild autoritären Regulierungswahns. Der dokumentiert sich für die Republikaner auch in jener politisch bewussten Kritik seitens der egalitären Demokraten, die sich am republikanischen Freiheitsbewusstsein aufhängt,² während die Despoten in Russland, die Liberalen in Argentinien, die kommunistischen Machthaber in China,

-
- 1 Daraus ergibt sich in der BRD eine deutliche Polarisierung zwischen der FDP sowie der CDU/CSU auf der einen Seite (Liberalismus verbunden mit Konservatismus) und der SPD, den Grünen und Der Linken (egalitäre Traditionen) auf der anderen Seite, die sich an der Dauerpolemik der erstgenannten Gruppe gegen Bevormundung und »Besserwisserei« festmacht und sich in dieser Hinsicht von der Polemik durch die US-amerikanischen Republikaner nur schwer unterscheiden lässt. Dass FDP und CDU/CSU – durchaus ernsthaft – zugleich eine egalitäre Position einklagen und je auf eigene Weise pluralistisch oder rousseauistisch vertreten, macht sie im politischen Diskurs diffus widersprüchlich und unglaubwürdig.
 - 2 In dieser Hinsicht sei auch darauf hingewiesen, dass der im politischen Diskurs von allen Beteiligten permanent verwendete Begriff »liberal« für das, was damit als Gegenargument gegenüber den republikanischen Vorwürfen mangelnder Meinungsfreiheit gemeint ist, nämlich die egalitäre Seite demokratischer Freiheit, ebenfalls auf den Wirrwarr in den Köpfen verweist. Mit dieser unsauberen Begriffswahl wird gerade verschleiert, dass die republikanischen Angriffe auf die Demokratie *liberale* demokratische Argumente sind, deren politische Herkunft unter dem Eindruck der konservativen Ausrichtung des US-Republikanismus lediglich etwas verschwimmt.

die arabischen Scheichs, die antidemokratischen Populisten und Populistinnen in Europa usw. offen für das amerikanische Kampfprogramm sind, gemeinsam gegen Emanzipation vorzugehen. Jene Phalanx von Antidemokraten hat großes Interesse an kapitalistischer Geschäftemacherei, die die gemeinsame Perspektive der egalitären politischen Systeme auf Diplomatie und auf Menschenwürde durch »Deals« ersetzt. Damit ist in der Tat das »westliche Bündnis«, die »atlantische Gemeinschaft«, kurzum »der Westen«, geplatzt, und die Europäer benehmen sich wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Es ist nicht erkennbar, dass die politische Klasse geschweige die Wortführer in der Medienlandschaft irgendetwas verstanden haben, sie haben nur beim Platzen den Knall gehört. Insgeheim hoffen wohl alle auf ein Wunder bei der nächsten US-Wahl – als ob das grundsätzlich etwas ändern könnte.

Die Rolle des Konservatismus wurde bei der Erörterung der innerstaatlichen und der weltpolitischen Funktion naturrechtlicher Traditionen von demokratischer Vergesellschaftung, einschließlich der Rolle der sozialistischen Staaten für die Ausgestaltung der einen – der aufgeklärten – Seite der demokratischen Tradition, bis hier hin nicht einbezogen. Im Verhältnis zu den naturrechtlichen Traditionen der bürgerlichen Revolution sowie gegenüber dem daraus hervorgegangenen Sozialismus repräsentiert er den Versuch, das, womit diese drei Logiken moderner Vergesellschaftung gebrochen haben, zu retten und der bürgerlichen Gesellschaft anzupassen. Das Prinzip der Geltung von Besonderheit, so wie es aus dem christlich-humanistischen Individualitätsbegriff folgt und im Feudalismus als Herrschaftsprinzip bestimmend gewesen war, soll als kulturelles Erbe in den Ideen von Persönlichkeit, Charakter, Identität, Eigenart usw., aber auch von Volk und Heimat, bewahrt werden und auf der Ebene von Sinnzusammenhängen und Herkunftspflege in das demokratische politische Leben, das von der Idee der Gleichheit beherrscht wird, eingebaut werden. So wird die politisch dem Adel geschuldete und verpflichtete Position der Bewahrung von Privilegien bürgerlicher Konservatismus, der die Tradition hochhält und zukunftsfähig gestalten will; Maßstab von Geltung ist die individuelle Repräsentation von objektiv geltenden Werten. Die theoretischen Anschlussmöglichkeiten an die aufklärerische und

die liberalistische Position wurden oben bereits in Verbindung mit den verschiedenen Individualitätsbegriffen beschrieben. Zentral ist die Idee der Bewährung. Bewährung ist die Denkfigur, die es erlaubt, das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Allgemeinen (oder der Freiheit und der Vorbestimmung) widerspruchsfrei aufzulösen, wenn dem Rechnung getragen werden soll, dass das Allgemeine das Einzelne vorbestimmt, das Einzelne aber dennoch dem Prinzip der Freiheit gehorchen können soll. Es ist eine Konstruktion, der zufolge sich der Einzelne dessen, was er als Vorbestimmung vorfindet, im Nachhinein seiner eigenen freiheitlichen Entwicklung förderlich bemächtigen kann. Das humanistische Individuum bewährt sich – auch vor sich selbst – in seinem Streben danach, dass es die allgemeinen Werte eines übergeordneten Ganzen (oder der Gesetze Gottes) in seinem Leben so ideal wie möglich verwirklicht und damit dem Sinn des Ganzen bestmöglichen Ausdruck verleiht; darauf baut der Konservatismus auf. Demgegenüber bewährt sich der liberale Bürger unter den Bedingungen der Selektion im evolutionären Fortschrittsprozess in der Konkurrenz als leistungstarker Überlebenskünstler; der Maßstab von Geltung ist Erfolg. Der aufgeklärte Demokrat aber bewährt sich unter seinesgleichen und vor den formellen und informellen Tugendwächtern, wenn er Emanzipationsschritte vorweisen kann, die beispielhaft für das Vorankommen von Menschlichkeit sind. Die Förderung von abweichenden Lebensformen als Maßstab politischen Fortschritts ist im Rahmen des angelegten politischen und moralischen Maßstabs gleichberechtigter Geltung nicht paradox, weil das Gleichheitsprinzip nicht Gleichschaltung bedeutet, sondern formal gemeint ist: Rechtsschutz von Andersartigkeit. Unter gemeinsamer Bindung an den Wert von sich bewährender Individualität kann dann die bürgerliche Gesellschaft zusammengehalten werden, indem die Vertreter aller drei Prinzipien bürgerlicher Herrschaft zwar grundsätzlich aneinander vorbeireden, sich aber gleichwohl in politischen Kompromissen formal einigen; denn die Differenzen der Idee der Bewährung des Individuums setzen sich in allen philosophischen Begriffen der politischen Grundwerte durch – allen voran im Freiheitsbegriff. Die öffentlichen politischen Diskurse zerfasern in heillose Missverständnisse.

Die Diffusion verstärkt sich im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit des Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie an die drei anderen Traditionen. Der Sozialismus ist nur anschlussfähig an die Aufklärung, aus der er hervorging – mit der ihm innewohnenden antidemokratischen jakobinischen Tendenz, wie oben beschrieben. Die Sozialdemokratie muss lavieren: Sie muss sowohl mit dem Kapital mitspielen, als auch ihrer Verbundenheit mit der Idee der Emanzipation Ausdruck verleihen, die sie mit dem Sozialismus wegen beider Herkunft aus der egalitären Aufklärung verbindet. Mit dem Konservatismus verbindet sie oberflächlich nichts außer der Distanz zum Liberalismus, die sie aber genauso wie der Konservatismus taktisch aus dem Spiel halten muss, weil sie sich dem Kapital anbiedern muss. Das heißt, sie muss sich egalitär und trotzdem irgendwie liberal gebärden, um im Tagesgeschäft Kompromisse mit den Interessen des Kapitals eingehen zu können, aber sie braucht andere affirmative Argumente als der Konservatismus – die Sozialdemokratie hängt insgesamt ziemlich in der Luft.

Auf einer tieferliegenden Ebene gibt es jedoch eine Gemeinsamkeit mit dem Konservatismus, die auf die epistemologische Grundlage der Aufklärung im Rationalismus zurückgeht. Sie erlaubt dann doch, eine Verbindung zu deren parteipolitischer Form im Konservatismus herzustellen, allerdings mit der Differenz, die aus dem Verhältnis der oben beschriebenen Individualitätsbegriffe folgt. Die Differenz geht auf die zwischen dem cartesischen Rationalismus und dem monadologischen Rationalismus von Leibniz zurück. Diese beiden Paradigmen des Rationalismus widersprechen der empiristischen Epistemologie und damit dem liberalistischen Naturrecht, so dass sich gegenüber dem Liberalismus über die taktischen Kooperationen im Tagesgeschäft hinaus eine metatheoretische Gemeinsamkeit zwischen Sozialismus/ Sozialdemokratie und Konservatismus ergibt. Vernunft besteht dann aus der wachsam (konservativen) Vorsicht gegenüber Fortschrittsversprechungen. Diese Wachsamkeit kann sich mit der (sozialdemokratischen) Idee sozialer Gerechtigkeit verbünden, weil darin Maßstäbe für jene Vorsicht zu finden sind, insoweit sie bedingungslosem kapitalistischen Fortschritt widersprechen. Substanziell wird die Gemeinsamkeit

eher in einzelnen Personen wirksam – wie etwa seinerzeit bei Heiner Geissler.

Die Situation, dass der Konservatismus und die Sozialdemokratie dem Kapitalismus auf ihre jeweils eigene Art entgegenstehen, sich mit ihm aber dennoch ins Benehmen setzen, zwingt beide programmatisch zu wahltaktischem Pragmatismus. Der folgt Schwerpunktsetzungen, die sich daraus ergeben, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden politischen Traditionen bei beiden zu einem rechten und einem linken Parteiflügel führen. Der rechte Flügel der Konservativen tendiert zur republikanischen Art der Kooperation zwischen Liberalismus und Konservatismus. Der linke Flügel schließt an die egalitäre Verteilungspolitik der Sozialdemokratie an. Die »soziale Marktwirtschaft« ist das Ergebnis in der Nachkriegspolitik der BRD. Die wird im Arbeitskampf vor allem von den sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammen mit der gewerkschaftlich orientierten »katholischen Soziallehre« im Gefolge von Götz Briefs, Nell-Breuning usw. getragen. Der rechte Flügel der Sozialdemokratie tendiert zu einer sozialstaatsbeflissenen Annäherung an Prinzipien des Republikanismus³ und laviert pragmatisch, der linke Flügel ist egalitär ausgerichtet.

Für die Beurteilung der Einflussmöglichkeiten faschistischer Bewegungen auf den Republikanismus ist eine weitere Charakteristik der konservativen Tradition zu bedenken. Analog zur Aufspaltung des Sozialismus in eine revolutionäre Ausrichtung einerseits und die in den Kapitalismus integrierte Variante andererseits, differenziert sich der Konservatismus in eine bürgerliche und eine revolutionäre Tradition. Die revolutionäre Linie kündigt in der Bewegung der »konservativen Revolution« der Idee der Vernunft als Grundlage zukunftsfähigen politischen Handelns die Gefolgschaft auf und ersetzt sie durch die Idee der Tatkraft. Sie rekurriert darauf, dass eine Gesellschaft, die Individualität in Verbindung mit einer egalitär moralisierenden Vernunft begründet sieht, sich nicht mehr – wie im bürgerlichen Konservatismus anvisiert – durch den Bezug auf Tradition zukunftsfähig erneuern

3 Der zuletzt aus der SPD ausgetretene Wolfgang Clement kann als Beispiel dienen.

kann. Individualität kann sich nur durch entschiedenen Widerstand gegen diese Kultur bewähren. Damit werden die alltagspolitischen Verbindungsmöglichkeiten zum bürgerlichen Konservatismus in dessen Anschlussfähigkeit an die egalitäre Aufklärung und den Sozialismus gekappt.⁴ Dagegen ist die Anschlussfähigkeit an den leistungsstarken Egoisten mit republikanischer Ausrichtung evident. Auch der sieht sich im Recht, der gesellschaftliche Zukunft dadurch zu dienen, dass er die Apostel der Vernunft (wie etwa die Professorenschaft) und der egalitären Moral bekämpft. Das passt dazu, dass auch jener »Tatmensch« im Sinne der konservativen Revolution der Zukunft seines Volkes durch den Widerstand gegen die egalitäre Vernunft und Moral dient. Der Republikanismus kann sich dieser Linie des Konservatismus bedienen. Die konservativen Revolutionäre hätten seinen liberalen Ursprung verachtet, aber den republikanischen milliardenschweren »Machern« gegen die egalitäre Volksherrschaft kommt Schützenhilfe aus den virulenten Beständen dieses politischen Lagers gelegen.

Im Rahmen der aggressiven republikanischen Politik besteht die Funktion des Konservatismus im Wesentlichen darin, die liberale Verankerung des Republikanismus umzulenken in den Bezug auf völkische und rassistische Wertorientierungen. Das bedeutet nicht, dass die demokratischen konservativen Parteien per se diese Rolle einnehmen. Aber sie ermöglichen diesen Brückenschlag⁵ im Unterschied zur egalitären Demokratietradition, die dafür die Gefahr des Jakobinismus und

-
- 4 Vgl. zu diesem Problemkomplex Eisel 2021, Teil 6 und 7, insbesondere die Unterkapitel über Hans Freyer und Ernst Jünger. Vgl. auch, im Rahmen eines romantischen Horizonts begriffen, Schmitt (1982) zur Polarisierung im Konservatismus: »Es gibt eine Romantik der Energie und eine der Dekadenz, Romantik als unmittelbar aktuelles Leben und Romantik als Flucht in Vergangenheit und Tradition« (ebenda, 7).
 - 5 Zur epistemologischen Gemeinsamkeit des Konservatismus mit dem monodologischen Rationalismus von Leibniz und den damit gegebenen Anknüpfungspunkten zwischen Konservatismus und Rassismus vgl. Eisel 2021, insbesondere Teil 7 sowie allgemein zu den Anschlussmöglichkeiten der konträren politischen Traditionen Eisel 2021a, »Epistemologische und politische Zusammenhänge im Hintergrund der Idee der Person«.

Stalinismus in sich trägt. Damit erhält die US-amerikanische Politik in Verbindung mit ihrer Funktion für die Expansion und Intensivierung der Kapitalbildung eine zusätzliche Sprengkraft für die Demokratien. Der ohnehin autochthon gesellschaftlich vorhandene Anteil an Faschismus diffundiert in Bewegungen und Parteien, die dann kapitalistischen Fortschritt an die Kraft ihres Volkes gebunden sehen und damit auf Stimmenfang gehen: »... great again«/»alles für«. Der Nationalsozialismus sah das genauso und kann sich jederzeit, gestützt durch die virulenten alten Ideologien und Befürworter, neu konstituieren. Was in der US-amerikanischen Politik vorgeführt wird, ist Liberalismus in Reinform in einem ständig wirksamen konservativen Grenzbereich zum Nationalismus und Rassismus.

Über ökologisch angepasste Naturausbeutung, die Permanenz von Naturzerstörung und die beiden Ausrichtungen grüner Politik

In dieser politischen Situation durchmischen sich die Strategien der kapitalistischen Einvernahme von Natur: ökonomisch kalkulierte Ausbeutung durch den Einsatz als Arbeitsmittel und Ausplünderung als freies Gut. Dass der Prozess gegenläufig ist, beeindruckt das Kapital nicht. Ganz im Gegenteil: die Prosperität der Wertbildungsmöglichkeiten verdoppeln sich. Einerseits resultiert aus der Möglichkeit zur Doppelstrategie politische situations- und ortsgebundene Flexibilität im Sinne der Schwerpunktwahl für die eine oder die andere Naturaneignungsstrategie. Andererseits ist die Kombination beider Strategien im gleichen Kontext jederzeit möglich und wohl die überwiegende Praxis der Verwirklichung kapitalistischer Interessen. Eine solche Mischung von Raub und kostenmäßig verbuchter Ausbeutung ist seit Bestehen des Industriekapitals normale Praxis. Gleichwohl ist die zunehmende Schwerpunktbildung auf der Seite ökobewusster Kapitalbildung, also der auch mit ökologischem Kalkül verbuchten Nutzung des zuvor durch Ausgrenzung Eingegrenzten, zu erwarten – eben die Art von achtsamer Ausbeutung, die zuvor für die Kapitalverwertung noch keine Rolle spielte und nun eine dritte Variante der Naturaneignung darstellt.¹ In Verbindung mit der veränderten Praxis kapitalistischer Naturausbeutung ergibt sich die Konstitution jenes »Natursubjekts« durch seine

1 Vgl. ausführlich Eisel 2026.

juristische Anerkennung und seine politische Vertretung durch eine eigens auf diesen Konstitutionszusammenhang ausgerichtete Parteienkonstruktion. Ganz analog der beschriebenen parteipolitischen Zuständigkeit der naturrechtlichen Tradition für das Kapital und des Sozialismus für die Arbeiterklasse vertreten nun die grünen Parteien die Interessen des neuen ökonomischen Vertragspartners des Kapitals: der Natur. Sie sind anschlussfähig an die anderen naturrechtlichen bzw. sozialrevolutionären Traditionen. Ihr aufklärerisches Potenzial zeigt sich, wenn gesellschaftliche Vielfalt in Verbindung mit Egalität gedeutet und Multikulturalität befürwortet wird.

Demgegenüber kann in grünen Parteien und Bewegungen die konservative Tradition mobilisiert werden, wenn Vielfalt zusammen mit Eigenart getreu dem synökologisch-holistischen Paradigma teleologisch verstanden wird und auf die politische Ebene übertragen zu organisatorischen Gesellschafts- oder Weltmodellen führt. Dann kommt zum Tragen, dass auch der Konservatismus für Multikulturalität eintritt, wenn sie nicht egalitär begründet wird. Bezugspunkt von Vielfalt ist dann das Verhältnis des Heimischen zum Fremden. Die Vielfalt der Gesellschaft wird begrüßt unter der Maßgabe, dass das in sie eindringende Fremde (wie etwa Gastarbeiter oder Asylanten) sich derart in die neue Heimat integriert, dass es sich deren »Leitkultur« aneignet und auf Grundlage der von außen mitgebrachten Eigenart differenziert ausgestaltet. Diese Art des Einfügens gestaltet den Reichtum der heimischen Kultur aus. Deren Tradition erhält Anregungen für ihre eigene zukunftssträchtige Erneuerung. Die unterliegt dem Telos einer Annäherung an immer idealere Anpassungsbeziehungen an ihre natürliche Umwelt, wenn man die kulturelle Entwicklung im Rahmen einer historischen Perspektive von Fortschritt als Höherentwicklung begreift. Hieran schließt die völkisch Perspektive in Verbindung mit dieser Art des positiven Verhältnisses des Konservatismus zur Multikultur an: Aus der zunehmenden »Verwurzelung« des Volkes in seinen Boden schöpft dieses Volk seine Kraft und die Berechtigung zur Expansion; es muss dazu falsche Fremdlinge, die die Kultur schwächen könnten, weil sie sich nur als Schmarotzer einnisten, abwehren. Fremdartiges dagegen, das sich produktiv einfügt, weil es mit seiner Eigenart der heimischen Kultur zusätzlichen, neuen Aus-

druck verleiht, erhöht deren Vielfalt und steigert ihre Fähigkeit zur Höherentwicklung.

Dem Syndrom entspricht das synökologische Paradigma, das dem ganzheitlichen Politikverständnis der grünen Bewegung zu Grunde liegt. Nicht dass die grünen Parteien solche völkischen Thesen vertreten und politisch umsetzen würden, die treten eher im Rechtsradikalismus auf, wenn der auf die ökologische Problematik abhebt. In den grünen Parteien wird die synökologische Perspektive kurzerhand mit der egalitären Strategie paradox gemischt. Der Kurzschluss mit der egalitären Seite der Bewegung ruft die grundlegende innere Spannung ihrer Parteien und einen diffusen Diskurs hervor, wie er oft auf Parteitage deutlich wird. Jenes Paradigma sieht die Entwicklungsfähigkeit und -dynamik einer Pflanzengesellschaft daran gebunden, dass die funktionierende gemeinsame Vielfalt aller in ihr vorhandenen Individuen von Arten die Anpassung an die abiotische Umgebung gewährleistet. Die Ganzheitlichkeit dieses Geschehens konstituiert den Vorrang dieser Lebensgemeinschaft im Hinblick auf den Entwicklungserfolg gegenüber den Einflussfaktoren, die von den umgebenden Bedingungen auf das Überleben der einzelnen Gesellschaftsmitglieder ausgehen. Das artgerechte Zusammenleben der Individuen gewährleistet die Entwicklung. Sie brauchen einander in genau dieser Bindung an zueinander passende Eigenarten, um als Gesellschaft zu überleben, eine Gesellschaft, die in ihrer Ganzheit ein funktionaler Typus ist. Andernfalls – wenn dysfunktionale Elemente (gar massenhaft) eindringen – ist das Überleben des Ganzen gefährdet.² Dieses Primat der Vielfalt von funktionalen Beziehungen in einem organischen Ganzen, dessen Überleben durch Eindringlinge oder eliminierte Funktionsträger in Gefahr ge-

-
- 2 Vgl. in Eisel 2026 »Wärmetod und Monoklimax (mit einem Exkurs über Naturdeterminismus und den politischen Ballast der Zeit T). Zum gesamten Problemkomplex vgl. Eisel 2021, »Parallelen des humanistischen Individualismus mit dem ökologischen und dem geographischen Paradigma: eine Überleitung«, 2021a in allen auf Geographie bezogenen Texten sowie 2003, 2007, 2007a, 2007b, 2007c, 2009, Körner 2000, Trepl 1987, insbesondere 139–153.

rät, markiert die latente Gemeinsamkeit des grünen Paradigmas mit konservativer Politik.

Mit der sozialistischen und der sozialdemokratischen Tradition gibt es dagegen für grüne Parteien eine Gemeinsamkeit, wenn Vielfalt und Individualität im egalitär aufgeklärten Politikverständnis interpretiert wird. Der Liberalismus ist der Gegner, aber die diffuse Anschlussfähigkeit zwischen dem egalitären Verständnis von Multikultur einerseits und Pluralismus andererseits ermöglichen pragmatische Widerspruchsbindungen.³

Allerdings ist die Zukunft des Liberalismus ungewiss. Es wird sich zeigen müssen, wie sich das Verhältnis des Liberalismus zu den anderen demokratischen Traditionen gestalten wird, wenn das Kapital in ein gesellschaftlich organisiertes Verhältnis zum »Natursubjekt« tritt, das heißt aus Gründen der Erschließung eines neuen Ausbeutungsmediums durch das liberalistische Paradigma nicht mehr uneingeschränkt vertreten werden kann, weil sich die Orientierung am glücklichen Leben durch den Genuss von Eigentum, das aus der Mehrwertproduktion hervorgeht, wahrscheinlich nicht mit dem glücklichen Überleben aller Lebewesen koordinieren lässt.

Der ökokapitalistische Trend wird sich entlang des Kostenkalküls planetarischen Naturverbrauchs gestalten. Die milliardenschwere Tech-Branche wird für Achtsamkeit gegenüber der Natur sorgen, wenn damit Profit zu machen ist, ungeachtet ihres Kampfs gegen die neue Art von Wokeness durch grüne Theorien und Politik. Vermutlich wird diese Art von Republikanismus dann »Liberalismus« sein. Die Wahlergebnisse der klassischen liberalen Parteien, insbesondere in der BRD, spiegeln, dass sie in der gegebenen Situation ähnlich in der Luft hängen wie die Sozialdemokratie, der es in Wahlen nicht besser ergeht. Beiden geht ihre – ganz verschieden begründete – Bedeutung für das Kapital verloren. Der progressive, pluralistische Liberalismus hat im Hinblick auf kapitalistische Interessen der Konkurrenz seines im Republikanismus konservativ degenerierten Kerns nichts entgegen zu setzen, und die

3 In der Schweiz existiert eine »Grünliberale Partei« GLP.

Sozialdemokratie, als geduldete Stellvertretung der egalitären Aufklärung für den ökonomischen Bereich, hat in ihrem Kompromiss mit dem Kapital keine Wählergrundlage mehr, wenn ihre verteilungspolitischen Versprechungen unter den Bedingungen globaler Konkurrenz zwischen despotischem Kapitalismus und den Tech-Milliardären zunichte gemacht werden.

Die beiden Pole des Widerspruchs zwischen Ökokapitalismus und Naturnutzung-Kapitalismus widersprechen sich zwar kategoriell und in der Theorie, aber sie fügen sich in der Realität zwanglos zur Doppelstrategie von Naturnutzung im Rahmen der Mehrwertbildung durch die Ausbeutung von Arbeitskraft. Charaktermasken wie Elon Musk forcieren diese kombinierte Strategie, die das System ohnehin auszeichnet. Dass er und seine Mitstreiter das im rechtsgerichteten republikanischen Fahrwasser zelebrieren, macht das Kapital auf neue Weise durch altbekannte Zerstörer der Demokratie politisch gefährlich.

Naturrecht im Widerspruch – eine kritische Rekapitulation mit Klarstellungen

Ich trete – trotz eines gewissen Unbehagens über den Jakobinismus der egalitären Fortschrittsparteien, das in den pointierten Charakterisierungen der Kritik an emanzipativen Bestrebungen zu etwas distanziert anmutenden Formulierungen geführt haben mag – uneingeschränkt für alle Arten von emanzipatorischen Bestrebungen und Vervielfältigungen von Lebensformen ebenso wie für konsequenten Naturschutz sowie die entsprechende Ausrichtung von Politik ein – obwohl Umweltschutz der Kapitalverwertung zu Gute kommt. Das Gesellschaftsmodell der französischen Revolution ist unverzichtbar und konstitutiv verbunden mit der Idee der Freiheit des Einzelnen. Neue Formen der Selbstfindung sind damit eingeschlossen. Das Widerstandsrecht gegen staatliche Willkür oder restriktive Gängelung ist dabei unbenommen und eine Sache konkreter fallbezogener Abwägungen über Angemessenheit, was die allgemein verbindliche Durchsetzung, Überwachung und Sanktionierung egalitärer Schutzmaßnahmen für Minderheiten angeht. Hierbei kann nüchternes konservatives Denken in seinem Bezug auf Tradition hilfreich sein.

Gleichzeitig sehe ich das Problem, dass die verständnislose prinzipiengeleitete staatliche Exekution von Egalität sowie der moralische Gestus von eingeleiteten gesetzlichen Regelungen das Problem, das sie bekämpfen sollen, verstärkt hervorrufen; es entsteht der beschriebene fatale Zirkel. Der Bereich all dessen, was möglicherweise rassistisch genannt werden könnte, weitet sich aus. Dadurch wächst ständig die Gefahr, dass Bürger sich in irgendeiner Weise falsch äußern oder verhalten;

Unsicherheit und Trotz breiten sich aus. Diese gesellschaftliche Atmosphäre erzeugt das Gefühl von Unfreiheit. Sie ist es, auf die das Verdikt der Gegner von Wokeness anspielt, wenn sie sagen, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt. Die Diagnose stimmt. Ihr wird politisch und journalistisch entgegnet, in den westlichen Demokratien sei jede Rede-weise erlaubt, die nicht den freiheitlich demokratischen Grundordnungen widerspreche – und dies in wirklich weiten Grenzen des Zulässigen. Auch diese Diagnose stimmt. Es wird aneinander vorbeigeredet, denn die eine Ebene, auf der Gängelung beklagt wird, ist die einer lebensweltlichen Atmosphäre mit ihren unmittelbaren Evidenzen; die rigiden moralischen Ansprüche und die staatlichen Regulierungen nehmen zu. Zugleich sind solche Ansprüche und Regeln legitim und demokratisch grundsätzlich geboten.

Die andere Ebene betrifft die durchaus sehr offene demokratische Organisation der Meinungsfreiheit, die mit der demokratischen Sicherung der Freiheitsidee zusammenhängt – davon ist nicht berührt, dass es jene lebensweltlichen Einengungen gibt, die eigentlich egalitär befreiend für alle gemeint sind, aber bei vielen auf Unverständnis stoßen. Lebensweltliche Atmosphäre von Unmut prallt auf juristische und politische Reglements zum Minderheitenschutz, die jedoch ihrerseits durch ein emanzipationsorientiertes gesellschaftliches Milieu atmosphärisch mit moralischem Druck versehen werden. Zwei Wahrheiten und Milieu-Atmosphären, die sich logisch, ideengeschichtlich und emotional ausschließen – Freiheit wird eingeschränkt/Freiheit wird nicht eingeschränkt –, aber gleichwohl zutreffen, liegen im Rahmen der institutionellen Dominanz des egalitär-emanzipatorischen Selbstverständnisses in einem Gemisch von gegensätzlich polarisiertem Moralempfinden im Streit. Die Dominanz resultiert unter anderem aus der Rekrutierung der Autoren in den wortführenden Medien aus einem intellektuellen Milieu, das überwiegend egalitäre Orientierungen präjudiziert; das bringt ihnen das Urteil »Lügenpresse« ein und verlagert die Informationsbeschaffung der Erbosten auf die Plattformen, auf denen sie sich mit Gleichgesinnten selbst bestätigen können. Die politische Gewichtung und Handhabung der gegensätzlichen Prinzipien gestaltet sich in den demokratischen Staaten je nach geschichtlicher Tradition

unterschiedlich und kann die Schwerpunktsetzung in Abhängigkeit von kontingenten Bedingungen verschieben. Dabei ist nicht unerheblich, dass ja die emanzipatorische Tradition nicht nur eine Art Anregung zur Emanzipation vorgibt. Vielmehr ist sie ein politisch-moralisches Programm mit erheblichen Sanktionen, das sich als vorsorglicher Schutz des gesellschaftlichen Lebens vor antagonistischem Stillstand versteht und auf diese Weise zu einer anmaßenden Attitüde von Fortschrittlichkeit werden kann. In der französischen Revolution wurde das idealtypisch vorexerziert.

Jener Unmut der Regulierungsgegner gründet – in Europa überwiegend unerkannt – im republikanischen Prinzip des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, blieb dort aber Atmosphäre; in den USA ist er parteipolitisch institutionalisiert. Dagegen dominierte in Europa die egalitär-demokratische bzw. sozialdemokratische Staatlichkeit in einer vernünftigen Balance mit dem liberalen Naturrecht. Die Europäer werden nun aufgeschreckt, weil der Republikanismus in seiner prekären, mit völkischen Idealen aufgeladen Form plötzlich in Europa Wahlen gewinnt oder zu gewinnen droht, das heißt institutionell wird. Die völkisch radikalisierten Republikaner der USA sind von dieser Art von europäischem Republikanismus begeistert.

Solange der politische Diskurs und das, was man die »fortschrittlichen Kräfte« nennt, nicht den eigenen Anteil an der schief laufenden Diskussion über Meinungsfreiheit erkennt, dreht sich der Verursachungszusammenhang fatal um: die demokratisch Gutmeinenden stimulieren rassistische Tendenzen. Gleichwohl: Die Gleichberechtigung von Lebensformen und der Schutz von Minderheiten (auch der scheinbar merkwürdigsten Art) steht als schrittweiser Entwicklungsfortschritt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zur Disposition. Aber die Überheblichkeit der Vorreiter für das politisch korrekte Denken, Reden und Verhalten gegenüber all jenen, die im Rahmen eines mehr oder weniger diffusen Bewusstseins von Normalität und Naturgegebenheit leben, und denen weder das Recht zu einem solchen Leben abgesprochen, noch die Pflicht zur permanenten Emanzipation staatlich auferlegt werden kann, verschärft mit der Vorstellung, solche Zumutungen seien politische und vor allem moralische Selbstverständlichkeiten für

jedermann und jede Frau, den Widerstand gegen das, was auch ohne solche unreflektierte Besserwisserei als faktische Entwicklung schon zu Problemen führen muss; denn diese Spaltung zwischen privilegierten intellektuell arrivierten Biographien mit demonstrativem Hang zur Emanzipation einerseits und »normaler Bevölkerung« andererseits ist ein gesellschaftliches Faktum. Aufmerksamkeit auf Widersprüche, Hilflosigkeiten, Eigenanteile könnte jenen privilegierten Vorreitern politischer Vernunft und menschlicher Toleranz zugemutet werden. Stattdessen sind sie intolerant, apodiktisch und diskriminierend im Urteil, wenn es um die Durchsetzung von Toleranz und Gleichberechtigung geht. Sie könnten das Dilemma ihrer Position erkennen und sich damit auseinandersetzen. Der offizielle politische Diskurs wehrt sich zwar zurecht gegen die einer eigenen Logik folgenden, meist verschwörungstheoretisch begründeten Vorwürfe, die bestehenden demokratischen Gesellschaften würden die Freiheit des Einzelnen mit Füßen treten. Solange aber die privilegierten Vordenker und Vordenkerinnen des »Kulturbetriebs«, die Politiker und Politikerinnen sowie die »Qualitätsmedien« nicht den konstitutiven Eigenanteil an der verfahren polarisierten Situation erkennen und berücksichtigen, werden alle Maßnahmen dem rechtsradikalen Populismus entgegen zu treten, nicht nur ins Leere laufen: sie werden den Konflikt verschärfen. Insbesondere lenken alle schiefen Diskussionen und Schuldzuweisungen vom Wichtigsten ab: die vom populistischen Oberflächengeschehen gänzlich unabhängige Herkunft und Logik des rechtsradikalen, rassistischen Grundbestands der modernen Demokratien zu rekonstruieren.

Es wird entscheidend sein, ob die Akteure des politischen Diskurses zu einer Reflexion auf die Sachlage, ihre Scheinwidersprüche und Selbstwidersprüche, in der Lage sind. Denn es ist nicht auszuschließen, dass das Wichtigste, worauf jene engagierten Demokraten rekurrieren, die Emanzipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen, sich im Rahmen von Handlungsweisen, die durch die übliche Kurzsichtigkeit und Theorielosigkeit apodiktischer Positionierungslogik parteipolitischen Handelns bestimmt wird, allmählich politisch selbst zerstört. Wesentlich ist, dass nicht der falsche Gegensatz zwischen zwei Positionen, einer anti-demokratischen (mit abstrus anmutendem, tatsächlich aber lediglich

nicht begriffenem Freiheitsbegriff) und einer demokratischen (mit »demokratiegemäßem« Freiheitsbegriff) hergestellt wird. Es handelt sich vielmehr um das Spannungsfeld der beiden in der bürgerlichen Revolution entstandenen, demokratischen Naturrechtslehren mit zwei legitimen Freiheitsbegriffen.

Die eine Position besteht darauf, dass die Menschenrechte sowie die gesellschaftliche Verfasstheit naturgegeben sind, so dass der Staat zwar den Auftrag hat, die Gemeinschaft zu regieren, aber alle Einzelnen zugleich das Recht haben, sich diesem Regiment zu widersetzen, wenn es nicht die individuellen Interessen (und Selbstgenüsse) im Blick hat, die jederzeit als natürlich begründet erkennbar sind. Das widerspricht in jeder Hinsicht der anderen Vorstellung, der Staat habe – damit die Gesellschaft gerecht und freiheitlich bleibe und möglichst noch freiheitlicher und gleichgesinnter werde – das Recht und die Aufgabe, die Bürger zu etwas zu erziehen, das möglicherweise ihrem eigenen Lebensgefühl widerspricht, weil ihnen die moralischen Voraussetzungen für eine demokratische Innerlichkeit und Interessiertheit noch fehlen – so die anmaßende egalitäre Diagnose, wenn Bürger nur einfach in Ruhe gelassen werden wollen. Naturgegeben sind in beiden Fällen Freiheit und Gleichheit, aber im einen Fall sind sie naturgegebene Selbstverständlichkeiten materiellen Überlebens (und sogar Tugenden, wenn man Shaftesbury folgt), die (notfalls) gegen den (leider unumgänglichen Staat) verteidigt werden müssen; im anderen Fall sind es moralische Maximen für zukünftige Menschlichkeit, die erst noch als natürliche Tugend ausgebildet werden muss, so dass der Staat Verantwortung dafür trägt, dass das auch geschieht. Die innere Spannung zwischen den Grundlagen des rechtsgerichteten republikanischen Populismus einerseits und jenen des Trends zum Jakobinismus andererseits existiert seit Anbeginn der Demokratie.

Grundsätzlich ist aber für die aktuelle Situation eine Verdeutlichung unterschiedlicher Ebenen der politischen Einflussnahme sowie eine politische und moralische Gewichtung angebracht: Die Unfähigkeiten progressiver egalitärer Politik betreffen positionslogische Verengungen, theoretische Unwissenheit und strategische Kurzsichtigkeit, aber keinen Angriff auf die Menschenwürde. Demgegenüber sind die hass-

erfüllten aggressiven Maßnahmen gegen emanzipatorische und demokratische Bestrebungen, wie sie im Republikanismus der USA deutlich werden und in verschiedenen Staaten Europas auf unterschiedliche Weise um sich greifen, bestürzende politische Entwicklungen.

Wenn also unter diesen Voraussetzungen der degenerierte Republikanismus mitsamt seinen rassistischen Trittbrettfahrern verstanden und auf seine legitimen und respektablen demokratischen Wurzeln zurückgeführt wird, sowie zudem die völkischen und rassistischen Entwicklungen in diesen Rahmen verständlich eingeordnet werden, so handelt es sich um ein theoretisches Verständnis. Es ist unerlässlich für eine realistische Einschätzung der im Blickpunkt befindlichen Prozesse. Mit theoretischem Verständnis ist aber keineswegs ein politisches und moralisches Einverständnis verbunden. Es ist im Gegenteil angesichts der theoretisch aufgedeckten Zusammenhänge gerade dadurch ausgeschlossen. Das bedeutet, dass vernünftige und politisch relevante Kritik nur ohne jede moralische und richtungspolitische Haltung möglich ist. Rationales Verständnis ergibt sich vielmehr durch eine strikt theoretische Annäherung an das, was durchaus auch bereits vorgängig – auf Grund eines moralischen Urteils, politischer Einschätzung und historischer Erfahrung – als kritikwürdige Position ins Auge gefasst wurde. Diese hermeneutische Position lässt sich in der Regel zwanglos einnehmen, wenn alle sich auftuenden Widersprüche zugelassen sowie die gegnerischen Positionen ihres apodiktischen Charakters entkleidet und auf die Logik ihrer Herkunft als gesellschaftliches Bewusstsein zurückgeführt werden, ohne sie umstandslos als aus einer »wohlbekannten Ecke kommend« abzuqualifizieren, weil sie der eigenen politischen Herkunft widersprechen. Dieser Zugang verhindert umgekehrt, vorschnell einer dem eigenen Vorurteil entsprechenden Position zuzustimmen, ohne die Wahrheit der Sinnzusammenhänge der Gegenseite zu berücksichtigen. Das heißt, die moralische Position wird nicht im Gestus einer Anklage mit den eigenen Werten konfrontiert. Kritik ergibt sich aus der Aufklärung über den Sinn, aber auch die paradigmatisch zwingenden politischen Konsequenzen derjenigen Positionen, die verständlich als Bestandteil der durch eben diese Paradigmen strukturierten Zusammenhänge vorgeführt werden. Die Wertung

liegt dann in der eröffneten Möglichkeit, Position eingedenk der nun jeweils realistisch erkennbaren Konsequenzen jeder der Haltungen zu beziehen. Das lässt zwar alle Positionen zu, erlaubt aber nicht mehr, prekäre Aspekte zu leugnen und sich vor deren Konsequenzen zu drücken. Maßstab von Wertung bleibt das Erbe der christlich-humanistisch definierten Menschenwürde im besonnenen Abgleich mit den beiden modernen naturrechtlichen Prinzipienreitereien unter Anwendung des kategorischen Imperativs.

Im Rahmen der moralischen Schieflage zwischen den völkisch degenerierten Republikanern und den egalitären Tugendwächtern, die sich eifertig der Menschenwürde befleißigen, stehen sich zwei Paradigmen gegenüber. Dass eine Überzeugung der Inhaber des einen durch die des jeweils anderen ausgeschlossen ist, kann jederzeit im politischen Diskurs beobachtet werden; Paradigmen funktionieren so. Es gibt keine Möglichkeit, durch empirische Belege das eigene Paradigma dem Inhaber des anderen plausibel zu machen.¹ Daher ist auf der grundsätzlichen Ebene eine Lösung des Problems nicht zu erwarten. Nur die Umstände für ein gedeihliches Miteinanderauskommen können die Schwierigkeiten variieren. So gab es ein balanciertes Zusammenleben in vielen Fällen in den Demokratien. Die Rückkehr zu dieser »diplomatischen« Balance mit dem Ziel, den politischen Erfolg der völkischen Infiltration des um sich greifenden Republikanismus zu verhindern, kann nicht – wie in der BRD politisch eingeleitet – durch stärkeres Wirtschaftswachstum und erhöhte Geldausgaben für Brückensanierung oder Kindertagesstätten gelingen. Die Ebene der Anspannung liegt woanders: Das Projekt der Moderne ist außer Kontrolle geraten. In der Vielzahl der naturwüchsigen Fortschrittsentwicklungen, die mit

1 Paradigma wird hier im inzwischen gebräuchlichen, diffusen Wortsinn gebraucht, der aber von seiner Stoßrichtung her gleichwohl eine gewisse Berechtigung hat. Zu den Bedingungen, die der Begriff im strengen Sinne zu erfüllen hat, vgl. neben Kuhn 1968 vor allem Mastermann 1974; vgl. auch Eisel 2021a »Widerspenstige Tatsachen: Exkurs zu einer versäumten Klärung« in »Konservatives geographisches Paradigma mit Hang zum Fortschritt oder: Wie kann man seinem eigenen Gegenteil Genüge tun?«, 162–170.

der Kapitalverwertung einhergehen, akkumulieren und verweben sich Sinnprobleme, die sich weder technologisch noch sozialpolitisch noch bürokratisch lösen lassen. Genau diese Lösungen werden aber – erfolglos – in Angriff genommen. Dabei geht die technologische Lösung durch die Digitalisierung der Lebenswelt mit der wohlmeinenden sozialen Lebensverbesserung und emanzipativ gerichteten Reglementierung eine unheilige Allianz ein; diese Allianz ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Bevor der politische Diskurs sich nicht dieser Problemlage und jener Sinnenebene vergewissert, kann zu der alten Balance, die unter weniger komplexen Bedingungen der Weltlage und des Zusammenlebens sowie in einer Atmosphäre der Gemeinsamkeit nach dem letzten großen Weltkrieg und dem Faschismus gelang, nicht zurückgefunden werden – falls das überhaupt noch möglich ist. Der entscheidende Ausgangspunkt von demokratischer Politik und von Maßnahmen gegen ihren Zerfall wäre, das Dilemma zu begreifen, in dem sie sich grundsätzlich befindet: dem Widerspruch zwischen emanzipatorischer Orientierung mit den lauernden jakobinischen Tendenzen einerseits und dem legitimen persönlichen Vorbehalt gegenüber Emanzipation als politisches Freiheitsrecht gegenüber jeglicher Staatlichkeit, prekär verbunden mit den möglichen dogmatischen rassistischen und faschistischen Konsequenzen, andererseits. Allerdings besteht wenig Anlass zur Hoffnung, dass die konkrete politische Auseinandersetzung einen Ort zur Verfügung hat, der ihr die wirksame parlamentarische Debatte dieser komplexen Sachlage ermöglicht.

Die irritierenden kulturellen, geistigen und ökonomischen Transformationen, die oben in »Paradoxe Umbruch: Subjektivität im Niedergang – Selbstbestimmung im Vormarsch« beschrieben wurden, sowie die Summe weltpolitischer Spannungen und Umwälzungen kommen einer Implosion der vom Abendland ausgehenden Zivilisation gleich: die offenbar funktionierende Verbindung von undemokratischer Herrschaft mit privater Kapitalbildung, die endlosen Flüchtlingsströme, oligarchische Kapitalbildung, terroristische Anschläge durch Staaten, Geheimdienste und terroristische Organisationen, ein mehrschichtiger globaler Religionskrieg, ethnische Genozide, Cyberkriminalität, welttouristische imperialistische Natur- und Kulturzerstörung, Pira-

terie, Diskriminierung von Minderheiten, korrupte Bürokratien und mafïöse Gesellschaftsstrukturen, ein weltweiter Kulturkampf gegen Modernisierung bei gleichzeitig exponentiell beschleunigter Modernisierung, ungeschminktes Lügen in der politischen Kommunikation, Waffen- und Menschenhandel, massenhafte Folterungen und Umerziehungen, weltweite Drogensucht, Wasserknappheit, Terrorstaaten und -netzwerke, ausufernde Bandenkriege, pädophile Netzwerke und organisierte Kinderschändung, neuerliches Wettrüsten, enorme Kindersterblichkeit, die marode Moral von Großbanken, Hedgefonds und Brokern, Kontinuität des Antisemitismus, grassierende Hungersnot, der weltweite Einfluss einer Vielzahl mafïöser Clans, Dürrekatastrophen, beliebige Angriffskriege, Meeresverschmutzung, der Nahost-Konflikt, rasant ansteigende Artensterblichkeit, größte Massenarmut bei gleichzeitigem Superreichtum, neo-imperialistischer Kampf um Rohstoffe, finanzkapitalistische Zusammenbrüche.² Unter diesen Bedingungen radikalisiert sich die Ausbeutbarkeit des innerdemokratischen Widerspruchs in der Weise, dass die politische Tradition, die schon immer beiden demokratischen Linien als dritte – antiegalitäre und antirepublikanische – Version vom richtigen Leben gegenüber stand, an deren Widerspruch anknüpft und die Sinnebene bedient, auf der der Republikanismus ein günstiges Einstiegsangebot macht: konservative, völkische und rassistische Weltkonstruktionen diffundieren in die demokratische Spannungsbeziehung und verleihen dem radikalisierten Republikanismus eine zusätzliche fatale Stoßrichtung.³

-
- 2 Es wäre eine eigene Untersuchung zu rekonstruieren, welche der zahllosen Spannungen und Transformationen in welcher Art von Zusammenspiel die geschilderte Polarisierung sowie deren Übernahme durch faschistische Bewegungen forcieren, statt etwa ganz andere Konsequenzen zu präjudizieren – was formal ja nicht prinzipiell ausgeschlossen ist.
 - 3 Es ist selbstverständlich, dass der Liberalismus mit seinen zentralen Orientierungen an Toleranz, Pluralismus, Chancengleichheit, kontingenter Freiheit, Fortschritt usw., wenn er diesen Prinzipien ein glückliches Leben konsequent demokratisch abzugewinnen ermöglicht, nicht grundsätzlich so degenerieren muss, wie es in den USA geschieht.

Digitalisierte Kapitalverwertung, digitalisierter Stalinismus und degenerierter Republikanismus – mit Folgerungen zur Diskriminierung von aufgeklärter Wissenschaft¹

Auch wenn, wie hier zum Thema gemacht, die egalitäre, latent moralische Seite der demokratischen Tradition mit ihrem eigenen Beitrag der Stimulanz rassistisch aufgeladener republikanischer Aversionen in diesen fatalen Prozess verstrickt ist, so erklärt das doch nicht die rasanten Dynamik, mit der die Angriffe auf die Demokratie um sich greifen. Die ergibt sich aus einem veränderten Verhältnis der Kapitalverwertung zu der für sie nützlichen politischen Herrschaft im Rahmen der Transformation dieser Produktionsweise durch die Digitalisierungstechnologie und deren Inbesitznahme durch das Finanzkapital. Der Einfluss der Tech-Milliardäre auf die US-amerikanische Politik wird durch die Übereinstimmung der Interessen geleitet und forciert, die sich aus der Kapitalverwertung und dem republikanischen Paradigma ergeben. Auch das Kapital ist an weitestgehender Deregulierung gesellschaftlicher Prozesse interessiert; der Liberalismus ist in Verbindung mit der Entstehung des Kapitalismus darauf von Anbeginn programmatisch festgelegt. Deshalb werden nun durch die Trump-Administration

1 Vgl. zum historischen Kontext des despotischen Charakters kommunistischer Systeme Eisel 2026 »6. Räuberischer Despotismus« sowie »Despotisches Gemeineigentum im Industriezeitalter« in Teil 8.

bürokratische Verwaltungen, egal ob sie effektiv arbeiten oder nicht, drastisch reduziert oder einfach abgeschafft. Das trifft insbesondere Vorsorgeregelungen wie etwa die Gesundheitsversorgung. Sie sind dem republikanischen Antibevormundungswahn ein Dorn im Auge.²

Dieser Wahn baut auf der Normalität des republikanischen Demokratieverständnisses auf und radikalisiert sich in diesem Ausmaß durch die Einflussnahme der Nutznießer der digitalisierten Kapitalverwertungsprozesse, die zu diesem Zweck ihre Konkurrenz ruhen lassen und sich zusammenschließen. Sie vertreten ungeschminkt ihr Programm der Zerstörung der Verwaltungsstruktur des demokratischen Systems der USA sowie der Zerstörung der Demokratien weltweit. Unter verschwörungstheoretischer Perspektive nennt sich jede unliebsame Administration für den konservativ radikalisierten, nationalistischen Republikanismus »Deep State«.

Ein Widerspruch scheint sich zu ergeben, wenn man einbezieht, dass die Trump-Administration ihrerseits erheblich ihre Machtbefugnisse ausweitet und zum Beispiel Universitäten bevormundet sowie Wissenschaftler politisch diskriminiert. Es geht hierbei jedoch darum, Institutionen sowie die Sphäre wahrheits- und faktenbezogenen Denkens im Dienste des republikanischen Freiheitsverständnisses zu kontrollieren.³ Der Idee der Vernunft wird Entschlossenheit und Tatkraft entgegengesetzt, wie es schon die konservativen Revolutionäre

2 Der Ausstieg aus diversen internationalen Organisationen belegt die republikanische Aversionen gegenüber Obrigkeiten – zumal, wenn sie nationale Richtlinien überstimmen oder juristisch verantwortlich machen können. Das kann dann als nationale (republikanisch widerständige) Fürsorge gegenüber einer demokratisch verseuchten Weltgemeinschaft deklariert werden. Die von Trump definierten Kriterien für den »anti-amerikanischen« Charakter dieser Institutionen sind signifikant für den hier entwickelten Begründungszusammenhang der Aversion gegenüber egalitären Prinzipien.

3 Vgl. die Übereinstimmung der experimentalwissenschaftlichen Methodologie mit den Prinzipien der Demokratie in Verbindung mit dem Gleichheitsprinzip in Eisel 2006.

getan hatten.⁴ In der US-amerikanischen Form bezieht sich die Tatkraft im Dienste des Kapitals auf skrupellose Geschäftemacherei im Horizont von völkischem Common Sense. Die Tradition aufklärerischen Denkens ist ein diffuser Gefahrenherd und Hort der Ausbreitung von Wokeness. Für die Republikaner ist ihre eigene dogmatische Art der Bevormundung kein Freiheitsentzug, sondern eine präventive Maßnahme zur Austrocknung möglicher Quellen von Unfreiheit, das heißt egalitärer Aktivitäten, die für sie nur anmaßende Besserwisserei und unnötige Vorschriften sind – insgesamt von Emanzipationsbestrebungen im weitesten Sinne und von staatlicher Fürsorge. Wenn dabei der akademische Berufsstand der Professoren unter Kollektivverdacht gestellt wird, so geht es darum, naturgegebene Selbstverständlichkeiten in ihrer bodenständigen Statik und Plausibilität dem gelegentlich distanzierten und abgehoben wirkenden Habitus privilegierter Intellektualität polemisch entgegen zu stellen, um reflektiertes, aufklärendes, differenzierendes Denken zu diskriminieren. Die begriffslose Entrüstung der Betroffenen und ihrer selbsternannten Anwälte führt dann in der Folge zurück in den beschriebenen Zirkel der Produktion von Unmut und egalitärer Bevormundung.

Dass das Kapital nicht an Staatsaufsicht interessiert ist, bedarf keiner Situationsanalyse. Die Produktionsweise ist in Einheit mit dem Liberalismus entstanden, der eben dies zum politischen Programm mit naturrechtlicher Begründung demokratischer Herrschaft machte. Der »Nachtwächterstaat« hat lediglich über die reibungslose Nichtverletzung privater Interessen zu wachen, die auf die naturgegebene Lust auf Eigentum ausgerichtet sind. Freiheit bedeutet, dabei glücklich zu werden (vgl. oben sowie Kötze 1999). Deshalb richtet sich der gemeinsame Angriff des Finanzkapitals und der radikalisierten Republikaner auf alles am demokratischen Prinzip, was auf eine Ausweitung und inhaltliche Bestimmung von gemeinsam organisierter Menschlichkeit und deren Fortschritt hinausläuft. Das ist die Seite der französischen

4 Vgl. zu diesem Problemkomplex Eisel 2021, Teil 7, insbesondere die Unterkapitel über Hans Freyer und Ernst Jünger.

Aufklärung und Revolution, gemäß der dem Einzelnen eine emanzipative egalitäre Moral abverlangt wird, die vom Staat überprüft und gelenkt wird. So spart Donald Trump im Rahmen seiner »Deals« und sonstigen außenpolitischen Aktivitäten die Frage der Verletzung von Menschenrechten grundsätzlich aus mit dem Argument, er rede Anderen nicht hinein, wie sie leben wollen. Das heißt, es geschieht nicht nur aus Gründen der Geschäftemacherei, sondern weil egalitäre Menschenrechte ihm als Republikaner egal sind, wenn sie nicht auf (liberale) Chancengleichheit für erfolgreiches Handeln bezogen sind.⁵ Seine unsinnige Zollpolitik dokumentiert die überspitzte, nationalistische Handhabung der liberalistischen Gleichheitsvorstellung.

Darin sind sich Kapital und Republikaner einig: Durch die Verbindung von Menschenwürde mit Staatlichkeit werden Administrationen moralisch ermächtigt und inhaltlich vorbestimmt; das widerspricht der liberalen Demokratie und der Kapitalverwertung. Die geforderten Tugenden laufen darauf hinaus, dass alle Menschen ihr Leben frei entfalten können sollen wie sie wollen; darin sollen sie gleichberechtigt sein. Dagegen haben Liberale nichts. Aber wenn das bedeutet, dass sie nicht nur das Recht zur freien Entfaltung haben, sondern es auch nachweisbar in der Weise tun sollen, *dass sie dem Prinzip Ausdruck verleihen und alles Andere tunlichst zurückstellen sollen*, damit eine menschenwürdige Zukunft eröffnet bleibt, spielen sie nicht mit. Daraus ergibt sich aber umgekehrt, dass Lebensentwürfe, die an Emanzipation nicht interessiert sind, administrativ und moralisch latent diskriminiert werden, wenn die egalitäre Perspektive in Anschlag gebracht wird. Sie kommen in den Verdacht traditionalistischer Verstocktheit und naturalistischer Hypostasierung des Althergebrachten; die liberalistische Resistenz

5 Der Ausstieg der USA aus humanen Hilfsorganisationen und der Entwicklungshilfe ist konsequent und verweist auf die republikanische Gegnerschaft gegenüber der aufklärerischen »Brüderlichkeit«, die auf die rousseauistische naturrechtliche Tugend des Mitleids zurückgeht. Der Entstehungszusammenhang zwischen Kapitalentwicklung unter Konkurrenzbedingungen und dem Naturrecht auf privaten Genuss des Lebens lässt bei den Republikanern dafür wenig Sympathie aufkommen.

gegen moralische Besserwisserei bekommt einen hinterwäldlerischen Beigeschmack.

Dieser polemische Verweis der Demokraten auf die Zufriedenheit mit dem Naturgegebenen und mit Konvention hat aber eine Wahrheit darin, dass jene Resistenz gegen Besserwisserei zukunftsprospektivisch prekär überhöht werden kann. Dem Liberalismus geht gewissermaßen seine eigene theoretische und politische Basis verloren, wenn er sich dem moralischen und normativen Druck, der in der egalitären Tradition mit der Idee freier Lebensentfaltung einhergeht, widersetzt. Denn der Widerstand ist – wie mehrfach beschrieben – das Einfallstor der konservativen Weltsicht. Der Rückgriff auf das Naturgegebene gegenüber der woken Polemik gegen verstocktes Establishment kann in letzter Konsequenz zu der rassistischen These führen, dass das natürliche Fortpflanzungspotenzial von Völkern darüber bestimmt, welche dieser Völker eine geschichtliche, hochkulturelle Zukunft haben.⁶ Das Naturgegebene wird als die natürliche Ausstattung von Subjektivität für ihre Geschichtsmächtigkeit begriffen. Ausgehend vom Erbgut kann beurteilt werden, wieviel ein Volk wert ist. Diese rassistische Radikalisierung ist keine originär republikanische Position, aber an deren Widerstand gegen Wokeness angeschlossen, das heißt unter gewissen Umständen strategisch willkommen: wenn egalitäre Emanzipation um sich greift und den »normalen« Menschen das Leben unbequem macht. Dann bietet sich die rassistische Idee natürlicher Ungleichheit an, das republikanische Widerstandsrecht gegen emanzipatorische Gleichheit naturalistisch zu popularisieren; Donald Trump spricht von »schlechten Genen« der Migranten.

Dem Kapital ist die Gefahr des Rassismus egal. Es konnte unter dem Nationalsozialismus gut mit ihm leben. Die Sorge der Wirtschaftsbesse, dass angesichts der ausländerfeindlichen Atmosphäre dem Fachkräfte-

6 Das ist die rassistische Radikalisierung des oben im Zusammenhang mit der völkischen Interpretation der konservativen Idee von Multikultur beschriebenen synökologischen Paradigmas.

mangel nicht beizukommen sei, ist ein ökonomiestrategischer Aspekt, der nur begrenzt etwas über inhaltliche politische Sorgen aussagt.⁷

Mit der aufmerksamen Aversion der egalitär Selbstbestimmten gegen den populistischen Rückgriff auf das Naturgegebene schließt sich der Kreis zu der eigenen Beteiligung an ihrer Diskriminierung durch die Republikaner. Die Republikaner bekämpfen das Prinzip, das sie ihrerseits ebenfalls latent diskriminiert und die Tech-Milliardäre einfach das, was ihnen nicht in den Kram passt, weil es Profitmaximierung und technischen Fortschritt unter den Vorbehalt von Menschlichkeit stellen könnte: Wokeness. Sie setzen dem »Tugenden« entgegen, die sich im völkisch und nationalistisch aufgeladenen Republikanismus ergeben mussten und zerschlagen Administrationen als solche. Das kommt zwar nicht der Masse republikanisch gesinnter Menschen materiell zu Gute, setzt aber die Machtübernahme von Politik durch das Finanzkapital durch. Die kapitalistischen Gottesstaaten, die russischen Oligarchen und der chinesische Privatkapitalismus beteiligen sich an der Zerstörung der egalitären Demokratie, und das Finanzkapital stellt ihnen die digitalen politischen Plattformen für die Zerstörung von innen bereit, weil es inzwischen an undemokratischer Herrschaft mehr interessiert ist als an demokratischer.

Es begründet seine Strategie damit, dass sich in China das effektivere politische Umfeld für die Kapitalverwertung entwickelt hat und langfristig auf dem Weltmarkt dominieren wird. Die US-Milliardäre – aber nicht nur sie – sehen sich in Konkurrenz zum despotischen Kapitalismus, lehnen aber nicht den Despotismus ab, sondern wollen gerade dessen Effektivität in der Organisation der Kapitalverwertung auf ihre

7 Eine Meldung aus der Allgemeinen Zeitung, Mainz/Rheinhausen vom 22. 11. 2025: »Ein kleiner, aber wachsender Anteil, so berichten es Mittelstandsverbände, hat mit Schwarz-Rot abgeschlossen – und sieht eine bessere Alternative in der Beteiligung der AfD an der Macht«. (Aufgrund von Mitglieder-Austritten hat danach der »Verband der Familienunternehmer« Abstand von den zur Diskussion stehenden Aussagen genommen bzw. klärende Interpretationen geliefert.)

Weise erreichen.⁸ Das bedeutet, dass alle demokratischen Regelungen und demokratiegeschichtlichen Ideale, die dem Republikanismus in der Weise entgegenstehen, dass sie zugleich die ungehemmte Entwicklung der Kapitalverwertung behindern, abgeschafft werden müssen. Das sind die egalitären rousseauistischen Prinzipien und Tugenden. Da sie jakobinische und stalinistische Konsequenzen zeitigen können, ergäbe das – selbst wenn man nach der chinesischen Lösung schiele – gewissermaßen den falschen Despotismus für das westliche Finanzkapital. Deshalb wird unter seinem Druck durch den Kampf gegen Wokeness präventiv an die demokratische Seite der Wurzeln der gemeinsamen Demokratietradition die Axt angelegt und der Republikanismus völkisch aufgeladen. Auf diese Weise bietet der Republikanismus für das Finanzkapital die angemessenere Form der Anknüpfung an eine autoritäre Transformation des demokratischen Systems an als der Despotismus, mit dem konkurriert werden soll. Die Zustimmung der Bürger zur Kapitalverwertung, das heißt der Widerspruch gegen egalitäre Tugenden, wird medial durch die Eigentümer von Plattformen sowie TV-Sendern orchestriert. Zur eigenständigen Annäherung an »chinesische Verhältnisse« bietet die Digitalisierung des Weltgeschehens ein probates Mittel.

In China gibt es dagegen eine andere Ausgangsposition: Es gibt jenen in Stalinismus transformierten Jakobinismus bereits; das heißt, der Jakobinismus muss nicht wie in den USA im demokratischen Keim erstickt werden, sondern der existierende Stalinismus muss geeignet praktiziert werden. Dort wird zur staatlichen Pflege privater Kapitalverwertung durch die Verbindung von Digitalisierung, Einheitspartei und Jakobinismus der Stalinismus digital modernisiert und entschärft in einem moralischen Erziehungsprogramm und digitalen Überwachungssystem. Der Staat definiert und setzt auf ein Punktesystem von

8 Der Ghostwriter der US-amerikanischen Republikaner und Tech-Milliardäre Curtis Yarvin sieht seine Vision von der *Effektivität* der Kapitalverwertung für die USA in China, darüber hinaus insbesondere aber in Singapore, beispielhaft verwirklicht. Er hat aber eine andere gesellschaftliche Verwirklichung im Auge (vgl. oben).

Wokeness, um für das Kapital eine Situation der moralischen Zustimmung zum gesellschaftlichen System und der leistungsorientierten Ausrichtung auf das »Zusammenwirken aller« (Rousseau) zu bewirken. Der despotische Aspekt unbedingter Macht in der staatlichen Lenkung, das heißt die ehemalige Planwirtschaft, wird unterlaufen durch dieses digital formierte Kollektiv eifrig Punkte sammelnder Nutznießer des neuen Wohlstands; parallel wird gegenüber Kritikern und okkupierten Ethnien der alte Stalinismus praktiziert. Das ist insgesamt die ideale Grundlage für private Kapitalbildung ohne demokratischen Überbau.

Diese Art einer woken Lösung kann die des Republikanismus nicht sein; sein Paradigma schließt das aus. Die chinesische Lösung ist zu tugendhaft gleichgeschaltet – gewissermaßen woker Despotismus. Um China widerstehen zu können, verfährt er umgekehrt. Um die Herrschaft des Finanzkapitals zu stabilisieren, willigt er in die Gleichschaltung der Meinungsbildung gegen egalitäre demokratische Prinzipien durch die Digitalisierung der Kommunikation ein, die sich in den Händen eben dieses Finanzkapitals befindet. Es wird ebenfalls – wie in China – ein affirmatives Kollektiv zu erzeugen versucht, nur in diesem Falle nicht egalitär moralisch gleichgeschaltet, sondern gegen Emanzipation und Moralisierung gleichgeschaltet. Damit übernehmen die Plattformen des Kapitals die politische Macht. Die wird dann weiterhin auf demokratischen Wahlen beruhen, aber die gesellschaftliche Verfassung in ihrer republikanischen Logik des Widerstandsrechts gegen alles, was sich vom Naturgegebenen zu emanzipieren trachtet und dies für alle als Möglichkeit einfordert, wird auf US-amerikanisch-völkische Art »chinesische« Effizienz zu erreichen suchen.

Die Transformation des Kapitalismus in Einheit mit der Transformation der Demokratien wird getragen von einer Paradoxie: Die nationalistische, gegebenenfalls völkische Koppelung der beiden sich widersprechenden Paradigmen des Liberalismus und des Konservatismus erweist sich für das Kapital als optimale politische Herrschaft im Vergleich mit der demokratischen, die aus der Verbindung der beiden Naturrechtslehren der bürgerlichen Revolution hervor ging. Sie ist effektiver dann, wenn sie Liberalismus und Konservatismus darin verbündet, dass beide gegen egalitäre Emanzipation stehen, die

ihrerseits keine den ökonomischen Prinzipien der Kapitalverwertung geschuldete und sie legitimierende Grundsätze enthält. Emanzipation steht lediglich formal kompatibel ebenfalls für das Prinzip Fortschritt. Insoweit sich diese Orientierung auf die Wissenschaften bezieht, die technologischen Fortschritt ermöglichen, trägt diese Gemeinsamkeit mit dem Liberalismus. Wenn sie dagegen Fragestellungen im Dienste egalitärer Gleichheit politisch und moralisch anvisiert, wird sie durch die Einheit von Liberalismus und Konservatismus im Republikanismus ausgeschaltet.

Die egalitäre Tradition der Idee von Fortschritt führt in ihrem gesellschaftlichen Selbstverständnis zum Typus »soziologischer« Fragestellungen, welche die Vorstellung des Naturgegebenen durch die Frage nach einem paradoxen, wechselseitig konstitutiven Verhältnis von Individualität und umgebender gesellschaftlicher Ganzheit ersetzen – so startete diese wissenschaftliche Disziplin im 19. Jahrhundert. Ausgeschlossen wird durch diese Art der Fragestellung die Reduktion dieses Verhältnisses einerseits auf individuelle (psychische oder aber genetische) Ursachen von gesellschaftlichen Prozessen⁹ sowie andererseits seine Reduktion auf ein natürliches Evolutionsgeschehen. Beides liefe auf die Erklärung durch Naturgegebenheit hinaus, die dem rousseauistischen Verständnis von den Beziehungen zwischen den Individuen und der Gesellschaft widerspräche, in dem Individualität nur in Auseinandersetzung mit der Gesellschaft erreichbar ist und eine freie Gesellschaft nur durch individuelle Lernprozesse. Insofern ergibt sich eine Gemeinsamkeit zwischen dem Emanzipationsprinzip und einer Art von wissenschaftlichem Denken, das diese Reduktionen vermeidet. Denn Emanzipation bedeutet eben dies: dem Naturgegebenen zu entkommen, seine Proklamation als interessengeleiteten Schein zu entlarven. Das korreliert mit der Idee der Aufklärung: Unverschuldeter

9 Es kann in dieser generalisierten Schematisierung nicht die Theoriegeschichte des Paradigmas, das vom Einzelnen her auf allgemeine Systemzusammenhänge schließt, differenzierend berücksichtigt werden. Es umfasst ein breites Spektrum von psychologistischen oder naturalistischen Ansätzen aus verschiedenen Denktraditionen.

Unmündigkeit entkommen zu dürfen setzt voraus, dass das naturwüchsig Gegebene in seiner diskriminierenden Funktion nicht in einer individuellen Naturgegebenheit unentrinnbar verankert ist,¹⁰ das heißt nicht wie eine Schuld verantwortet werden muss; Naturgegebenheit ist ein für die Herrschenden nützlicher Schein. Denn statt eigenen Verschuldens ist Unmündigkeit aus dem Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft erwachsen – wie es die bürgerlichen Revolutionäre gegenüber dem Feudalsystem und absolutistischer Herrschaft geltend machten. So gilt umgekehrt: Wenn Unmündigkeit als Naturgegebenheit legitimiert wird, ist das Recht auf den Bruch mit dem naturwüchsig Scheinenden gegeben: Emanzipation.

Die Trump-Regierung und die Tech-Milliardäre bekämpfen aber die Art von Wissenschaft, deren Denken verhindert, dass gesellschaftliche Tatbestände psychologisch oder evolutionär erklärt werden, das heißt Missstände dem psychischen, physischen und ethnischen Unvermögen Einzelner oder aber einem naturgesetzlichen Prozess angelastet werden können. (Davon ist nicht berührt, dass in dieser allgemeinen Atmosphäre das Verdikt auch Wissenschaftler treffen kann, die in den Bereichen Psychologie, Genetik, Evolution usw. erfolgreich forschen; es geht vielmehr um die ideologische Nutzung derer Forschung als naturalistische Gesellschaftstheorie.) Die zusätzliche Reduktion der einen Bedingung (Psyche) auf die andere (Evolution) unter Rekurs auf die neurologische und genetische Ebene, das heißt des individuellen Beitrags der Einzelnen zum gesellschaftlichen Geschehen auf die Gesetze der Evolution, stellt die übliche konsequente Radikalisierung des antiemanzipatorischen/antisoziologischen Impulses dar. Die Evolution kann auch jederzeit durch Gottes Wille ersetzt oder begründet begriffen werden; das verschafft dem naturalistischen Reduktionismus dann höhere Weihen.

10 Das Gegenteil ist konstitutiv für das völkische Denken und den Rassismus. Vgl. dazu Eisel 2021, Teil 7, insbesondere »Walter Darré: Vollkommenheit durch Züchtung« sowie in 2021a vielfältig variiert in allen geographiebezogenen Texten, meist im Diskussionsrahmen über Naturdeterminismus sowie über Lamarckismus.

Dieser Feldzug gegen fortschrittliches gesellschaftstheoretisches Denken läuft parallel zu dem, was aus der Verbindung zwischen Liberalismus und Konservatismus für deren gemeinsame Beziehung zur Kapitalverwertung im Hinblick auf den technologischen Fortschritt folgt. Für den Liberalismus ist die Festlegung auf diesen Fortschritt im Dienste des Kapitals trivial. Das organologische, auf die Geltung des Besonderen ausgerichtete Paradigma des Konservatismus dagegen erkennt technischen und industriellen Fortschritt an, wenn er der Tradition dient, das heißt im Dienste des Erfindungsgeistes und der »Ingenieurskunst« eines Volkes dessen Überlegenheit über andere Völker Ausdruck verleiht. Die Logik der Radikalisierung der konservativen Position im völkischen Denken und dessen Transformation im US-amerikanischen Selbstverständnis als dominierende Weltmacht wurde oben mehrfach beschrieben. Durch die Gemeinsamkeit zwischen Republikanismus und Konservatismus in beiderlei Hinsicht – gegen aufgeklärtes Denken und für das nationale Kapital – ergibt sich ein Übergewicht von konservativen Inhalten und Strategien im Republikanismus gegenüber egalitärer Geisteshaltung und Politik.

Diese Phalanx nützt dem Kapital, weil es vom republikanischen Paradigma ohnehin getragen wird und die konservative Verstärkung dieser Gemeinsamkeit eine zusätzliche, sinnorientierte Legitimation über das liberale Leistungsprinzip hinaus verschafft. Reste von proletarischer Solidarität in der Stellung gegenüber dem Kapital können völkisch attackiert werden. Die politischen Inhalte dieser konservativen Verstärkung interessieren das Kapital nicht; ob Minderheiten sich diskriminiert fühlen oder nicht, ist für die Kapitalverwertung unerheblich. So entsteht die eigenartige und verwirrende Situation, dass in den USA das Kapital sich dabei wohl fühlt, wie der Liberalismus in einer konservativen, immer auch latent oder offen völkischen und rassistischen politischen Atmosphäre verschärft zum Zuge kommt, obwohl republikanische Politik auf das liberale Naturrecht zurückgeht. Die Situation, dass durch den Bankrott des Sozialismus nicht nur menschenverachtende politische Systeme von der historischen Bildfläche verschwunden sind, sondern durch den Wegfall ihrer egalitären Zukunftsperspektive das Kapital keinen Gegenspieler mehr gegen seine globale Ausdehnung hat, wird politisch fatal,

weil diese Dominanz des Kapitals im Weltmaßstab ganz automatisch die Demokratie untergräbt, wenn dessen Erfolg sich nicht nur durch die Verbindung von Republikanismus und Konservatismus steigern lässt, sondern parallellaufend auch in der Verbindung von Privatkapital mit despotischer oder oligarchischer Herrschaft bewährt. Das sind gleichgerichtete Prozesse gegen die Demokratie, getragen vom Erfolg der digitalen technologischen Revolutionierung der Kapitalverwertung.

Innerhalb der demokratischen Systeme ist die Dynamik des Prozesses durch die Einheit von Liberalismus und Kapitalismus begründet. Diese triviale Einheit gerät durch die gemeinsame Stoßrichtung des Republikanismus mit der des Konservatismus ins konservative Fahrwasser ohne die Verbindung zu den Kapitalinteressen zu verlieren. Im Gegenteil: Der Konservatismus leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität eines gesellschaftlichen Klimas, das dem Kapital zu Gute kommt. Denn die liberalen Annehmlichkeits- und Glücksversprechen für Kapitaleigentümer sind mit Voraussetzungen und Erfolgsanstrengungen verbunden, die für viele Bürger illusorisch sind, und für emanzipatorische Lebensentwürfe gibt es im Alltagsdruck der Meisten keinen Raum. Demgegenüber macht der Konservatismus auf der Ebene einer sinnerfüllten Lebensführung, gerade insoweit sie an das Naturgegebene anknüpft, das reichhaltigere und leichter lebbare Angebot. Er bietet Alternativen zu solchem Erfolgs- oder aber Emanzipationsdruck, Alternativen, die an den Bodensatz sinnstiftender Werte anzuknüpfen erlauben: Gottes Liebe, Volksgemeinschaft, Heimat, familiäre Bande, eine glorreiche Nation. Das sind Werte, mit denen selbst bei materieller Not als Lebensgefühl Stolz und Selbstbewusstsein verbunden werden können. Beides verschafft Geltung. Die erlaubt, jene schwer erfüllbaren mehrschichtigen Formen von Alltagsdruck und »moderner« Schnelllebigkeit auszuhalten. Durch seine republikanische Linie und deren Kumpanei mit dem Konservatismus forciert der Liberalismus sein Gegenteil und löst sich politisch in Luft auf. Dem Kapital ist das egal.

Wunsch und Wirklichkeit: Über politische Selbstblockaden

Fazit: Die um die Demokratie Besorgten müssen nicht nach äußeren Feinden Ausschau halten, sondern sich der demokratieimmanenten, seit der bürgerlichen Revolution bestehenden Widersprüche bewusst werden und sich insbesondere dessen politisch bemächtigen, was durch diese Widersprüche von der liberalen Seite aus das völkische Denken und den Rassismus stark macht und wie dem von der »progressiven«, egalitären Seite aus ungewollt in die Hände gespielt wird.

Aber mein Ratschlag ist ein Wunschtraum. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Einsicht im woken demokratischen Selbstverständnis einstellt, geht gegen Null. Das liegt nicht zuletzt daran, dass für die egalitäre Weltsicht der Habitus eines gewissen Sendungsbewusstseins zwingend ist. Das rousseauistische Paradigma fordert ja einen moralisch gebotenen Lernprozess auf der Grundlage des Eingeständnisses, dass die Subjekte und mit ihnen die Gesellschaft einem defizitären Zustand von Menschlichkeit unterliegen. Die bisher gesellschaftlich erzwungene Natur des Menschen muss durch eine Konversion von unzulänglicher Empathie durch vernünftige Einsicht in das gesellschaftlich Gebotene in einen Zustand politischer begründeter Tugend transformiert werden. Menschliche Freiheit ist nur durch eine persönliche Anstrengung erreichbar; der kategorische Imperativ formuliert die formale Voraussetzung als Appell. Und es ist eine Sache des persönlichen Engagements, dass alle Menschen das als eine Sache der vernünftigen und brüderlichen Gestaltung von Gesellschaft und Staat angetragen bekommen. Dieses »aktivistische« Selbstverständnis ge-

bietet im Namen der in der bürgerlichen Revolution neu erkämpften Möglichkeiten von Menschlichkeit, jegliche persönliche und politische Ausweitungsmöglichkeit von Gleichheit als Verwirklichung von Freiheit offensiv zu fordern und gewissermaßen im Idealfall mit politischer Strahlkraft zu verkörpern.

Auf dieser Grundlage ist die Vorstellung, dass eine politische Kultur des Verständnisses für die Gegenseite zu so etwas wie einem taktischen Umgang mit den demokratisch durchaus gebotenen Belehrungen und Maßnahmen führen könnte, weltfremd. Eine Einsicht in den eigenen Beitrag zu dem was bekämpft wird – das heißt das Bewusstsein eines selbst mitverschuldeten Dilemmas –, wird kaum herzustellen sein. Nach verlorenen Wahlen rührt sich zwar gelegentlich bei einigen Wortführern zaghafte Selbstkritik in dieser Hinsicht, aber es sind keine institutionellen Kanäle und Mechanismen denkbar, die – gegen die Kraft des egalitären Paradigmas – die geforderte strategische Balance kulturell und politisch umfassend realisierbar machen könnten. Das gilt insbesondere angesichts der beschriebenen Weltlage: der bereits bestehenden Polarisierungen und Verhärtungen nationaler und internationaler Beziehungen, der Übermacht ökonomischer Prozesse, die in die Richtung der Zerstörung von Demokratie weisen, der politiktheoretischen und philosophischen Ahnungslosigkeit der Wortführer aller Kontrahenten, der polarisierenden Standpunktlogik politischer Prozesse überhaupt, der populistischen Ausrichtung von alltagspolitischen Entscheidungen und politischen Prozessen an Wählergunst, der geschickten Verstärkung des demokratischen Dilemmas durch den virulenten völkischen und rassistischen Grundbestand der demokratischen Systeme, der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft und des Verlusts der Steuerbarkeit von Gesellschaft durch Politik – das heißt insgesamt: angesichts der Angriffe von Seiten der Antidemokraten sowie des heterogenen politischen Drucks, der auf der Kommunikationssituation lastet.

Den anderen beiden demokratischen Fraktionen kann eine Einsicht in solche Verstrickungen ohnehin nicht abverlangt werden. Dem Liberalismus fehlt jener strukturelle Impuls der Weltverbesserung, gegen den er sich im Gegenteil vehement wehrt. Daher wäre es nicht nur aus

den oben genannten weltpolitischen Gründen verlorene Liebesmüh, von ihm eine kritische Reflexion auf ein mitverschuldetes Dilemma des demokratischen Systems zu erwarten. Denn sein Programm wirtschaftsinteressengeleiteter Politik wird auch durch die gegebene Situation und Weltlage brauchbar erfüllt; es gibt kein Dilemma, nur gewisse Unannehmlichkeiten – falls man sich überhaupt noch an John Locke oder Shaftesburys Enthusiasmus erinnert. Weltverbesserung könnte allenfalls in die Orientierung an Naturbeherrschung und technischem Fortschritt hineingelesen werden, aber die ist eben sowieso konform mit der Weltentwicklung. Dass der Liberalismus sich dabei ideengeschichtlich, politiktheoretisch und politisch als demokratisches Prinzip selbst abschafft, weil er dem radikalisierten Konservatismus die Tore öffnet, hätte er einzusehen. Aber dagegen stehen eben jene Interessen und das Desinteresse am moralischen Gestus, der den ökonomischen Bindungen des Liberalismus fremd ist; die Haltung von Elon Musk zur Empathie bringt das auf den Punkt. Dass im politischen Alltag von redlichen Liberalen auch »menschlich« geredet und gehandelt sowie etwa für Gleichberechtigung, Pluralismus und Minderheitenschutz eingetreten wird, ist davon nicht berührt.

Der Konservatismus ist auf Weltverbesserung aus wie die Egalitären, aber konträr zum Rousseauismus. Er beklagt die moderne »Gleichmacherei« als Niedergang der Art von Individualität, die in Tradition lebendig ist. Deshalb ist der Impuls auf Weltverbesserung an den Kampf gegen Gleichheit gebunden. Auch das läuft nicht auf einen Widerspruch hinaus, der ein Dilemma für die Demokratie erzeugt, denn im Kampf gegen das egalitäre Prinzip kann Anschluss an den populistisch radikalisierten Republikanismus gesucht und Tradition unter der Schirmherrschaft des Kapitals gepflegt werden. Alles bestens, kein Dilemma in Sicht. Allenfalls diese prekäre Kumpanei mit dem Liberalismus und damit auch der ökonomischen Wirklichkeit der Gleichmacherei könnte Konservative irritieren. Aber das würde voraussetzen, dass es nicht die Perspektive auf eine besondere, nationale Form von technischem Fortschritt und industrieller Produktion gäbe, so dass der technische Fortschritt statt der Gleichmacherei einer besonderen Tradition zur Ehre gereichen kann; das völkische Denken sieht das

vor und der Nationalsozialismus hat es programmatisch vollzogen. Dass also die Möglichkeit völkischer und rassistischer Konsequenzen des Konservatismus in Rechnung gestellt werden muss, wird einfach geleugnet und – paradox – durch »Brandmauern« als blockiert versprochen; das Problem wird durch Bekenntnisse gelöst. Die gelten der demokratischen und der ökonomischen Grundordnung. Denn es gibt das Interesse, weiterhin eine Rolle in der bürgerlichen Demokratie zu übernehmen. Die wird erfolgreich mit den ökonomischen Interessen der Liberalen koordiniert. Die Differenz: Mit kapitalistischem Fortschritt soll möglichst immer auch Tradition erneuert werden. Im redlichen Konservatismus ist natürlich in der Tagespolitik – je nach Fraktionierung deutlicher oder verhaltener, aber sicher ernst gemeint – ein egalitärer Gestus üblich.

Trotz der Diskrepanz zwischen dem jeweiligen politischen Paradigma und den persönlichen egalitären Einstellungen bei den Liberalen und den Konservativen tragen gerade auch diese inkonsistenten Haltungen die Tagesgeschäfte der Demokratie. Die Diskrepanz bricht aber regelmäßig auf, wenn von der egalitären Seite der Bogen überspannt wird, das heißt grüne, sozialreformerische und alternativkulturelle Forderungen – vor allem, wenn sie nicht zur »Wirtschaftslage« passen – als dogmatisch überzogen empfunden werden und damit die Paradigmen in den Vordergrund rücken. Dieses diffuse ideologische Hin und Her ist – vor allem auch durch wechselnde Regierungskoalitionen – der schwer durchschaubare Normalzustand der Demokratien.

So gibt es bei keiner der politischen Richtungen einen Impuls der Reflexion auf ein situatives Dilemma aufgrund des Widerspruchs des demokratischen Naturrechts; es gibt nur ideologische oder interessenbedingte Blindheit und kontraproduktive Aktivitäten auf der ganzen Linie. Die üblichen Talkshow-Appelle an allerlei Verantwortliche, Verständigung durch eine verbesserte Streitkultur herzustellen, verfehlen völlig das Problem. An dem bestehenden Streit lässt sich nichts rationalisieren, solange die Problemlage nicht begriffen und in Angriff genommen ist. Damit schließt sich aber der Kreis: beides schließt sich auf Grund seiner Voraussetzungen selbst aus. Zudem schließt die Logik politischen Handelns, das heißt die Bereitstellung gesellschaftlich

verbindlicher Entscheidungen, die Registrierung, Einbezugnahme und Aufarbeitung von Widersprüchen grundsätzlich aus; karrierepolitisch organisierte Parteiarbeit verstärkt diese Unfähigkeit. Der beschriebene Selbstzerstörungsprozess der Demokratien und die Zerrüttung der Zivilisation wird weitergehen und von den nationalen und internationalen Feinden der Demokratie verstärkt werden. Insofern konnte meine Analyse einerseits nicht anders enden, als im Hinweis auf das, was zu tun wäre. Andererseits folgt aus ihr gleichzeitig, dass der Ausweg obsolet ist. Das Dilemma setzt sich bis in seine rationale Rekonstruktion fort.

Danksagung

Für die mehrfache Durchsicht des gesamten Textes sowie anregende Kommentare danke ich Steffen Heise.

Literatur

- Darré, R. W. (1934⁴): Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse. J.F. Lehmanns Verlag, München. (Zuerst 1929)
- Eisel, U. (1986): Die Natur der Wertform und die Wertform der Natur. Studien zu einem dialektischen Naturalismus, Berlin.
- Eisel, U. (1991): Warnung vor dem Leben. Gesellschaftstheorie als »Kritik der Politischen Biologie«. In: Hassenpflug, D. (Hg.): Industrialismus und Ökorumantik. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, 159–192.
- Eisel, U. (2002): Das Leben ist nicht einfach wegzudenken. In: Lotz, A., Gnädinger, J. (Hg.): Wie kommt die Ökologie zu ihren Gegenständen? Gegenstandskonstitution und Modellierung in den ökologischen Wissenschaften. Beiträge zur Jahrestagung des Arbeitskreises Theorie in der Ökologie in der Gesellschaft für Ökologie vom 21.-23. Feb. 2001, Theorie der Ökologie, Bd. 7, Frankfurt a.M., 129–151.
- Eisel, U. (2003): Tabu Leitkultur. Natur und Landschaft, Jg. 78, H. 9/10 (Themenheft »Heimat – ein Tabu im Naturschutz?«), 409–417.
- Eisel, U. (2005): Das Leben im Raum und das politische Leben von Theorien in der Ökologie. In: Weingarten, M. (Hg.): Strukturierung von Raum und Landschaft. Konzepte in Ökologie und der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Westfälisches Dampfboot, Münster, 42–62.
- Eisel, U. (2006): Die Struktur politischer Geltung des Bürgers und die Struktur der Erfahrungswissenschaft. Teil I in: Eisel, U., Körner, S., Die Versachlichung der Welt. Über die Rolle der Wissenschaft in der Demokratie. In: Eisel, U., Körner, S. (Hg.): Landschaft in einer Kul-

- tur der Nachhaltigkeit, Band 1. Die Verwissenschaftlichung kultureller Qualität. Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung, Heft 163, Universität Kassel, Kassel, 8–17.
- Eisel, U. (2007): Vielfalt im Naturschutz – ideengeschichtliche Wurzeln eines Begriffs. In: Potthast, T.(Hg.): Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert? Erweiterte Ergebnisdokumentation einer Vilmer Sommerakademie. Naturschutz und biologische Vielfalt 48. Veröffentlichungen des Bundesamts für Naturschutz, 25–40.
- Eisel, U. (2007a): Heimatliebe diesseits von rechts und links. Eine Replik auf zwei Anwälte des richtigen Lebens. In: Piechocki, R., Wiersbinski, N. (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Naturschutz und biologische Vielfalt, H. 47, Veröffentlichungen des Bundesamtes für Naturschutz, Bonn – Bad Godesberg, 147–193.
- Eisel, U. (2007b): Der aufrechte Gang eines Weltbürgers im tiefen Jammertal und ein entschlossener Phänomenologe im Widerstand. Über Selbstmitleid und Verfolgungswahn als theoretische Basis. In: Piechocki, R., Wiersbinski, N. (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Naturschutz und biologische Vielfalt, H. 47, Veröffentlichungen des Bundesamtes für Naturschutz, Bonn – Bad Godesberg, 225–234.
- Eisel, U. (2007c): Politisch korrekte Heimat? Ein polemischer Essay über politisches Engagement in der Wissenschaft sowie einige Gedanken über die Funktionsweise von Ideen. In: Piechocki, R., Wiersbinski, N. (Hg.): Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker. Naturschutz und biologische Vielfalt, H. 47, Veröffentlichungen des Bundesamtes für Naturschutz, Bonn – Bad Godesberg, 353–402.
- Eisel, U. (2009): Orte als Individuen. Zur Rekonstruktion eines spatial turn in der Soziologie. In: Eisel, U., Landschaft und Gesellschaft. Räumliches Denken im Visier. Belina, B., Michel, B. und Wissen, M. (Hg.): Raumproduktionen: Theorie & gesellschaftliche Praxis, Band 5, Westfälisches Dampfboot, Münster, 226–279.
- Eisel, U. (2009a): Pluralistischer Schein mit praktischem Geltungsanspruch ohne Geltung. Eine Antwort auf Martin Gorkes Stimmungs-

- bild. In: Piechocki, R., Erdmann, K.-H. (Bearb.): Naturschutzbe-
gründungen im Visier. Konflikte um ökologische und ethische Ar-
gumentationsmuster. Veröffentlichungen des Bundesamtes für Na-
turschutz, BfN-Skripten 254, Bonn – Bad Godesberg, 53–71.
- Eisel, U. (2012): Wörterbuch-Artikel »Naturzustand« und »Naturrecht«
in <http://www.naturphilosophie.org>.
- Eisel, U. (2021): Individualität als Entwicklungsprinzip. Band 1: Huma-
nismus im Widerspruch. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Eisel, U. (2021a): Individualität als Entwicklungsprinzip. Band 2: Erdver-
bundene Geschichte. Westfälisches Dampfboot. Münster.
- Eisel, U. (2024): Falsifikationistische Evolutionstheorien. Reflexionen
über die Konvergenz metaphysischer, epistemologischer und biolo-
giethoretischer Positionen am Beispiel von Karl Raimund Popper
und Charles Sanders Peirce. In: Florian Bellin-Harder (Hg.): Land-
schaft und Vegetation Reflexionen zu Erkenntnistheorie, Herstel-
lung und Interpretation (Festschrift für Stefan Körner). transcript,
Bielefeld, 69–134.
- Eisel, U. (2026): Naturaneignung. transcript, Bielefeld.
- Enzyklika Veritatis splendor von Papst Johannes Paul II. an alle Bi-
schöfe der katholischen Kirche über einige grundlegende Fragen
der menschlichen Morallehre. Verlautbarungen des Apostolischen
Stuhls 111, 6. Aug. 1993.
- Foucault, M. (2005): »Omnes et singulatim«: zu einer Kritik der politi-
schen Vernunft. In: Analytik der Macht. Suhrkamp, Frankfurt a.M.,
188–219.
- Habermas, J. (1967²): Naturrecht und Revolution. In: Habermas, J., Theo-
rie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Luchterhand, Neu-
wied/Rhein und Berlin, 53–88.
- Herder, J. G. v. (1784–1791): Ideen zur Philosophie der Geschichte der
Menschheit. Digitale Bibliothek (DB), Band 2: Philosophie von Pla-
ton bis Nietzsche, 28032–29427 (vgl. Herder-Ideen Bd. 1, Johann
Gottfried Herder: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Mensch-
heit, Bd. 1 und 2. Herausgegeben von Heinz Stolpe, Aufbau Verlag,
Berlin und Weimar, 1965.

- Hofmann, W. (1968²): Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Sammlung Göschen, Band 1205/1205a, de Gruyter & Co, Berlin.
- Kirchhoff, Th. (2007): Systemauffassungen und biologische Theorien. Zur Herkunft von Individualitätskonzeptionen und ihrer Bedeutung für die Theorie ökologischer Einheiten. In: Eisel, U., Trepl, L. (Hg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur, Band 16, Freising.
- Körner, St. (2000): Das Heimische und das Fremde. Die Werte Vielfalt, Eigenart und Schönheit in der konservativen und in der liberal-progressiven Naturschutzauffassung. Fremde Nähe – Beiträge zur interkulturellen Diskussion. Band 14, LIT Verlag, Münster/Hamburg/London.
- Kötzle, M. (1999): Eigenart durch Eigentum. Die Transformation des christlichen Ideals der Individualität in die liberalistische Idee von Eigentum. In: Eisel, U. und Trepl, L. (Hg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur, Band 10, Berlin.
- Kuhn, Th. S. (1968): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Locke, J. (1690): Versuch über den menschlichen Verstand, Zweites Buch, S. 142. Digitale Bibliothek Band 2: Philosophie, S. 13871–14418; 142–689 (vgl. Locke-Versuch Bd. 1, S. 272). Zur Konkordanz: Sigelliste, S. 23/11. Digitale Bibliothek Band 2: Philosophie; dort nachgewiesen: Locke: Versuch über den menschlichen Verstand, S. 427. Digitale Bibliothek Band 2: Philosophie, S. 14156 (vgl. Locke-Versuch Bd. 1, S. 272).
- Locke, J. (1977a): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Erstes Buch. Aufdeckung der falschen Prinzipien und Widerlegung der Begründung der Lehre Sir Robert Filmers und seiner Nachfolger. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 61–199.
- Locke, J. (1977b): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Zweites Buch: Über den wahren Ursprung, die Reichweite und den Zweck der staatlichen Regierung. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 200–354.
- Locke, J. (2006): Versuch über den menschlichen Verstand, Band 1: Buch I und II. Meiner, Hamburg.

- Mager, W. (2004): Genossenschaft, Republikanismus und konsensgestütztes Ratsregiment. Zur Konzeptualisierung der politischen Ordnung in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt. In: Schorn-Schütte, L. (Hg.): Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Politische Theologie – Res Publica – Verständnis – konsensgestützte Herrschaft, R. Oldenbourg Verlag, München, 13–122.
- Mastermann, M. (1974): Die Natur eines Paradigmas. In: Lakatos, I., Musgrave, A. (Hg.): Kritik und Erkenntnisfortschritt. Vieweg, Braunschweig, 59–88.
- Maurer, R. (1982): Ökologische Ethik? Allgemeine Zeitschrift für Philosophie, 1, 17–39.
- Maurer, R. (1988): Der Ansatzpunkt einer ökologischen Ethik. In: Kluxen, W. (Hg.): Tradition und Innovation. XIII. Deutscher Kongreß für Philosophie. Bonn 24.-29. Sept. 1984, Hamburg, 380–390.
- Mouffe, Ch. (o.J.): Demokratische Staatsbürgerschaft und politische Gemeinschaft. Epistem. Online-Magazin für eine philosophische Praxis, Nr. 1. (Zuerst: Democratic Citizenship and the Political Community, In: Mouffe, Ch. (1993): The Return of the Political. Verso, London, 60–73.
- Nagel, A., Eisel, U. (2003): Ethische Begründungen für den Schutz der Natur. In: Körner, S., Nagel, A., Eisel, U. (Hg.): Naturschutzbegründungen. BfN-Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Münster-Hiltrup, 52–107.
- Niederberger, A., Richter, E. (Hg.): (2014): Themenheft »Republikanismus«. Zeitschrift für Politische Theorie, 5. Jg., H. 1.
- Saave, A. (2022): Einverleiben und Externalisieren. Zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise. transcript, Bielefeld.
- Schmitt, C. (1982⁴): Politische Romantik. Duncker & Humblot, Berlin.
- Shaftesbury, Third Earl of (o.J. [1905]): Untersuchung über die Tugend. Philosophische Bibliothek Band 110, Meiner, Leipzig. (Zuerst: 1711 in überarbeiteter Fassung)

- Shaftesbury, Third Earl of (1980): *Die Moralisten. Eine philosophische Rhapsodie. Eine Wiedergabe gewisser Unterhaltungen über Natur und Moral.* Meiner, Hamburg, 37–215. (Zuerst 1709)
- Spaemann, R. (1987): *Das Natürliche und das Vernünftige.* In: Schwemmer, O. (Hg.) (1987): *Über Natur. Philosophische Beiträge zum Naturverständnis.* Klostermann, Frankfurt a.M., 149–164.
- Trepl, L. (1987): *Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart.* Athenäum, Frankfurt a.M.
- Uehlein, F. A. (1976): *Kosmos und Subjektivität. Lord Shaftesburys Philosophical Regimen.* Alber, Freiburg/München.
- Vesting, Th. (1998): *Die Ambivalenz idealisierter Natur im Landschaftsgarten. Vom Garten des guten Feudalismus zum republikanischen Garten der Freiheit.* In: Eisel, U. und Trepl, L. (Hg.): *Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur*, Band 8, Berlin.
- Vogl, J. (2010/2011²): *Das Gespenst des Kapitals.* diaphanes, Zürich.
- Vogl, J. (2021): *Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart.* Verlag C.H.Beck, München.
- Vogl, J. (2024): *Elon Musk ist eine Charaktermaske. Spiegel-Gespräch vom 30. 11. 2024, Der Spiegel Nr.49, 112–114.*

